

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR
FASCHISMUS- UND
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**BULLETIN
Nr. 3**

**Thema:
Der Warschauer Aufstand 1944**

1994

INHALTSVERZEICHNIS

Thema

Werner Röhr: Gewittersturm über Warschau – Politische Akzente des Aufstandes 1944 1

Veranstaltungen der Gesellschaft

Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1994 56

Veranstaltungen im zweiten Halbjahr 1994 58

Wissenschaftliche Konferenz der Gesellschaft: Kapitulation und
Befreiung das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa 59

Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft

Gerlinde Grahn: Beuteakten in russischen Archiven 64

Martina Dietrich: Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus 67

Wolfgang Thormeyer: Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach 72

Wolfgang Thormeyer: Der Beitrag der deutschen Justiz zur Ahndung
der in den besetzten Gebieten verübten NS-Verbrechen 77

Wolfgang Thormeyer: Kollaboration im Zweiten Weltkrieg –
Landesverrat oder patriotische Tat? 82

Informationen

Martin Moll: Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz eröffnet 88

[1:]

Werner Röhr

GEWITTERSTURM ÜBER WARSCHAU – POLITISCHE AKZENTE DES AUFSTANDES 1944

Der Warschauer Aufstand von 1944 gehört zu jenen Ereignissen in der Geschichte Polens, die in diesem Lande widersprüchliche Gefühle und Gedanken hervorrufen. Seine kontroverse Beurteilung hängt nicht nur mit der Tragödie Warschaus, sondern ebenso mit seinem zwiespältigen Charakter zusammen:

* Er war ein Höhepunkt des bewaffneten Kampfes gegen die Okkupationsherrschaft des deutschen Faschismus.¹ Nach fünf Jahren Unterdrückung und Diskriminierung, Verelendung und Terrorisierung, nach riesigen Verlusten durch Mordterror und Völkermord bestand für die Warschauer Bevölkerung endlich die Möglichkeit, den verhaßten Besatzern im offenen Kampf entgegenzutreten. Ungeachtet des gravierenden Mangels an Waffen und Munition brachten Kampfesmut und Opferbereitschaft der Aufständischen die Okkupanten in eine schwierige Lage. Erst nach neun Wochen erbitterter und verlustreicher Kämpfe konnten sie den Widerstand brechen. An jedem der 63 Kampftage habe der Aufstand, so klagte Himmler, „300 [2] Mann Infanterie gekostet“². Die Niederschlagung hielt zwei Monate lang etwa 25.000 deutsche Soldaten mit schweren Waffen vom Kampf an anderen Fronten ab. Selbst das Armeeoberkommando (AOK) 9, dem die zur Niederschlagung eingesetzten Truppen unterstanden, mußte einräumen: „Die Polen kämpfen wie Helden“³.

* Auch wenn die polnischen Soldaten und Offiziere die geheimen Instruktionen ihrer Führung und deren politische Absichten nicht kannten, so waren gerade sie für den politischen Charakter des Aufstandes maßgebend.⁴ Der Exilregierung in London, ihrer Delegatur in Warschau und dem Kommando ihrer Landesarmee (Armia Krajowa – AK) ging es bei dem Aufstand entscheidend um die eigene politische Macht. Er war eine politische Machtdemonstration mit militärischen Mitteln. Militärisch war der Aufstand gegen die deutschen Okkupanten gerichtet, politisch aber gegen das eine Woche zuvor gebildete Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego – PKWN) als faktische provisorische Regierung Polens und gegen die Sowjetunion. Innenpolitisch sollten so der Machtanspruch der vor 1939 herrschenden Klassen Polens realisiert und gesellschaftliche Veränderungen mit Gewalt verhindert werden. Außenpolitisch sollte die Macht der Exilregierung in der Hauptstadt vor deren Befreiung durch die Rote Armee geltend gemacht werden. Da sich diese Demonstration gegen die Sowjetunion richtete, wurde absichtlich auf jede Information und jede Absprache mit ihr verzichtet. [3:] Aber auch die westlichen Alliierten wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die abenteuerliche Zielsetzung zog zwangsläufig militärisch abenteuerliche Konsequenzen nach sich.

Seit 50 Jahren ist der Warschauer Aufstand Gegenstand heftiger ideologischer Auseinandersetzungen. Sie begannen in den ersten Augusttagen 1944 und erlebten zum 50. Jahrestag einen weiteren Höhepunkt. Publizistik und Geschichtsschreibung zu diesem Thema bieten ein kaum zu übertreffendes

* Die Zitate aus dem Polnischen wurden vom Autor übersetzt. Auf die polnischen Buchstabenzeichen bei Namen und Ortschaften mußte aus technischen Gründen verzichtet werden.

¹ Der militärische Verlauf ist vielfach dargestellt worden, hier sei auf zwei frühe Darstellungen verwiesen, die nachhaltigen Einfluß auf alle späteren ausübten: Jerzy Kirchmayer, *Powstanie Warszawskie*, Warszawa 1959; sowie Hanns von Krannhals, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt/Main 1962. Einen spezifischen militärhistorischen Abriss bietet: Wojskowy Instytut Historyczny (WIH), *Polski ruch oporu 1939-1945 (Polski czyn zbrojny w II. wojnie światowej, Bd. II)*, Warszawa 1988, Kap. XV von Kazimierz Sobczak und Tadeusz Rawski. Die vielleicht ausführlichste Gesamtdarstellung verfaßte Antoni Przygowski, *Powstanie Warszawskie w sierpniu 1944*, Bde. 1, 2, Warszawa 1980.

² Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam ((BAP), Film 13 361, Rede Himmlers in Klein-Berkel am 3.11.44.

³ Bundesarchiv Koblenz (BAK), Zsg 122/59, KTB des AOK 9, Eintragung vom 5.9.44.

⁴ Zu den politischen Akzenten des Aufstandes vgl. Ryszard Nazarewicz, *Z problematyki politycznej powstania warszawskiego 1944*, Warszawa 1985, sowie von seiten der Exilhistoriker Jan M. Ciechanowski, *Powstanie Warszawskie. Zarys podłoża politycznego i dyplomatycznego*, Warszawa 1989 (London 1971) und ders., *Na tropach tragedii. Powstanie Warszawskie 1944. Wybór dokumentów wraz z komentarzem*, Warszawa 1992.

Beispiel dafür, wie – unbekümmert um die historische Wahrheit – die jüngste Geschichte als Arsenal der Gegner des Sozialismus benutzt wird. Denn seit 1944 haben jene politischen und sozialen Kräfte Polens, deren Politik zur Septemberrücklage 1939 wie zur Tragödie Warschaus 1944 führte, nichts unversucht gelassen, die Verantwortung für die fürchterlichen Folgen ihres Tuns der polnischen Linken und der Sowjetunion aufzubürden. Im Kampf um die Besetzung und Beherrschung des historischen Bewußtseins des Volkes scheinen Forschung und Wahrheit nicht selten auf der Strecke zu bleiben, wenn jahrzehntealte Legenden, Lügen und Fälschungen – durch mächtige Interessen genährt – neue Vitalität entfalten.

Im folgenden sollen vor allem die politischen Zwecke erörtert, nicht aber der militärische Verlauf im einzelnen geschildert werden.

I. Okkupationsherrschaft und Aufstandsplanung

Nach der Niederlage Polens bildete General Wladyslaw Sikorski am 30. September 1939 in Paris (ab 1940: London) eine polnische Exilregierung. Sie stützte sich auf vier Parteien, die ebenso wie Sikorski selbst vorher in Opposition zum Sanacja-Regime⁵ gestanden hatten: die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS)⁶, die Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe – SL/wörtlich: Volkspartei), die Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe – SN) und die kleine Partei der Arbeit (Stronnictwo Pracy – SP). Wenn auch nicht als politische Organisation, so konnte doch die Sanacja entscheidende Positionen für sich reservieren: Sie stellte den Exilpräsidenten und besetzte so wichtige Ministerien wie das Außen- und das Finanzministerium. Doch den stärksten Einfluß konnten sich die militärischen und politischen Vertreter der Sanacja in den Streitkräften sichern. Neben Exilpräsident Stanislaw Radkiewicz war General Kazimierz Sosnkowski der wichtigste politische Exponent des Sanacja-Flügels der polnischen herrschenden Klassen. Er leitete zunächst in der Regierung Sikorski als Minister das Komitee für Angelegenheiten des Landes und war gleichzeitig Kommandant des Kampfbundes (Zwiazek Walki Zbrojejj – ZWZ). Nach Sikorskis Verträgen mit der UdSSR 1941 schied er aus der Regierung aus, avancierte jedoch nach dessen Tode zum Oberkommandierenden aller dem Londoner Lager unterstehenden Streitkräfte.

Im besetzten Polen baute die Exilregierung einen illegalen Verwaltungsapparat auf. Seine Bezeichnung als „Untergrundstaat“ wird durch einen euphorischen Gebrauch dieses Terminus auch nicht treffender, fehlten doch dieser Verwaltung entscheidende Attribute der Staatsmacht.⁷ An der [5:] Spitze stand der Bevollmächtigte der Regierung für das Land, der sog. Delegat. Zum Delegaten wurde 1940 Cyryl Ratajski berufen, seine Nachfolge trat im Herbst 1942 Jan Piekalkiewicz an.⁸

In Polen war der Kommandeur des ZWZ General Stefan Rowecki („Grot“), der mächtigste Vertreter des Sanacja-Flügels. Der ZWZ stand unter der Führung aktiver Offiziere und lehnte sich an Pilsudkis Polnische Militärorganisation (Polska Organizacja Wojskowa - POW) aus dem ersten Weltkrieg an. Im Bestreben, sich alle dem Londoner Lager politisch zuzurechnenden Widerstandsorganisationen militärisch unterzuordnen, wurde der ZWZ 1942 in Landesarmee (Armia Krajowa – AK) umbenannt.⁹

⁵ Sanacja (Sanierung) nannte sich das Regierungslager nach dem siegreichen Staatsstreich von Jozef Pilsudski im Mai 1926. Ihm verhalfen nicht nur ein Teil der Streitkräfte, sondern auch die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft zum Erfolg, letztere vor allem durch einen Streik der Eisenbahner, der den Transport seiner militärischen Gegner nach Warschau verhinderte. Die Politik [4:] der Sanacja orientierte sich jedoch nicht an den Interessen der Arbeiter, sondern vor allem an denen einiger Großgrundbesitzer. Das Sanacja-Lager behielt die parlamentarische Regierungsform als Fassade bei, ging jedoch auch terroristisch gegen die politischen Vertreter der Arbeiter, der Bauern und demokratischer Kräfte vor. Der Sanacja-Flügel stand auch im politischen Gegensatz zum Endecja-Flügel (Nationalpartei Dmowskis) der herrschenden Klassen (Bourgeoisie und Grundbesitzer). Vgl. Andrzej Garrowicki, Jozef Pilsudski 1867-1935, Warszawa 1989.

⁶ Auf die Spaltungen der PPS und die wechselnde Repräsentanz ihrer Fraktionen in den Vertretungskörperschaften des Londoner Lagers kann hier nicht eingegangen werden.

⁷ Vgl. Stefan Korbonski, Polskie Panstwo Podziemne, Paris 1975.

⁸ Zunächst hatte es mehrere Bevollmächtigte für unterschiedliche Landesteile gegeben, Ratajsky war für das GG zuständig.

⁹ Zum politischen Charakter dieses Zusammenschlusses in der AK siehe Jan Janusz Terej, Na rozstajach drog. Ze studiow nad obliczem i modelem Armii Krajowej, 2. Wyd., Warszawa 1980.

Der Prozeß, die vielen kleineren Formationen um sich zu scharen und dann einzugliedern, hatte viele Widerstände zu überwinden und hatte durchaus ambivalente Resultate. Am 14. Februar 1942 erkannte die Exilregierung den ZWZ als alleinige offizielle Formation der Regierung an und gab ihm die Vollmacht, alle der Londoner Regierung politisch verpflichteten Einheiten entweder seinem Befehl zu unterstellen oder aufzulösen. Insgesamt wurden dem ZWZ/AK von 1939 bis 1944 rund 50 Militärorganisationen angeschlossen.¹⁰

Der Machtanspruch der Sanacja äußerte sich auch in dem Versuch ihres Hauptquartiers, sich das Politische Verständigungskomitee (Polityczny [6:] Komitet Porozumiewawczy – PKR) der vier Parteien unterzuordnen. Die Regierung Sikorski förderte einerseits die militärische Zentralisierung, andererseits erkannte sie das Politische Verständigungskomitee als politische Vertretung des Landes an.

Die politischen Gegensätze zwischen den Flügeln des Londoner Lagers erstreckten sich auf alle grundlegenden politischen Fragen, schlossen daher das Verhältnis zur Sowjetunion ebenso ein wie die Widerstandskonzeption und Aufstandsplanung.¹¹ Der politischen Vergangenheit und den politischen Ansprüchen der Offiziere des ZWZ begegneten die Anti-Sanacja-Parteien mit großem Mißtrauen.

Der vom Londoner Lager getragene Widerstand hatte viele Stränge. Hier sei auf die drei wichtigsten verwiesen, einmal die Planung und Vorbereitung eines gesamtnationalen Aufstandes, zum anderen Nachrichtendienst sowie Diversion und Sabotage.¹² Alle waren eng mit den strategischen Plänen Großbritanniens verbunden. Die Aktionen vieler Widerstandsorganisationen in Polen war in die fast alle Länder Europas umfassende Tätigkeit der britischen Special Operations Executive (SOE) eingeordnet. Diversion und Informationsgewinnung erfolgten z. T. in ihrem direkten Auftrag und unter Finanzierung durch die SOE.

Die im Verständnis der Führung der AK wichtigste Tätigkeit war die Planung und Vorbereitung eines allgemeinen nationalen Aufstandes gegen die Okkupanten. Dieser war mit den polnischen Streitkräften im Exil gemeinsam durchzuführen und mit den strategischen Plänen Frankreichs und [7:] Großbritanniens zu koordinieren. Bis zum Aufstand sollte die AK allerdings „Gewehr bei Fuß“ stehen.¹³ Gedacht war an eine einmalige und kurze Aktion. Der Aufstand sollte sich nicht aus einem längeren bewaffneten Kampf ergeben. Die AK-Führung konzentrierte sich auf Sabotage, Diversion und Nachrichtendienst und lehnte einen Partisanenkampf, wie er seit 1942 von der Volksgarde (Gwardia Ludowa – GL; ab 1944: Volksarmee, Armia Ludowa – AL) geführt wurde, entschieden ab. Ständige bewaffnete Kampfaktionen würden die für den Aufstand notwendige Kräftekonzentration zu zersplittern und Repressalien des Okkupanten herausfordern. Die Kritik der GL, daß ein Aufstand aus dem Stand scheitern müsse, weil nur eigene Kampferfahrungen zu einem erfolgreichen bewaffneten Aufstand befähigen könnten, wies die AK-Führung zurück. Die Praxis erwies allerdings die Richtigkeit der These, daß nur entschiedener und auch bewaffneter Widerstand den Terror der Okkupanten begrenzen könne, da dieser in erster Linie nicht Reaktion und Repressalie, sondern Instrument der Durchsetzung der Okkupationsziele war.¹⁴ Erst der bewaffnete Widerstand der polnischen Bauern

¹⁰ Der ZWZ vereinigte 1940 rund 50.000 Mann. Im Ergebnis der Vereinigung schwoll die Zahl stark an. Die Schätzungen polnischer Historiker bewegen sich zwischen 150.000 und 380.000 Mann, meist um 300.000. Die Schätzungen sind schwierig, weil die AK sich nach Zügen aufbaute, von denen zunächst nur ein Kern, das sog. Skelett, gebildet wurde. Vgl. WIH, *Polski ruch oporu*, S. 235 ff.

¹¹ Vgl. Eugeniusz Duraczynski, *Stosunki w kierownictwie podziemia londyńskiego 1939-1943*, Warszawa 1966.

¹² Vgl. Kazimierz Leski, *Zycie niewlasciwie urozmaicone, Wspomnienia oficera wywiadu i kontrwywiadu AK*, Warszawa 1989; Włodzimierz Borodziej, *Terror i polityka. Policja niemiecka a ruch oporu w GG 1939-1944*, Warszawa 1985; WIH, *Polski ruch oporu*, a. a. O., Kap. VI.; Auf deutsch liegt vor: Waldemar Tuszynski/Tadeusz Tarnogrodzki, *Geschichte des polnischen Widerstandskampfes 1939-1945. Militärgeschichtlicher Abriss*, Berlin 1980.

¹³ Am 18. Juni 1940 hatte General Sosnkowski den ZWZ angewiesen, jegliche bewaffnete Aktion einzustellen und „Gewehr bei Fuß“ zu stehen. Dies hing einmal mit der Niederlage Frankreichs zusammen, zum anderen mit dem Feldzug der Polizei gegen die Partisanenabteilung von Major Henryk Dobrzanski („Hubal“) vom März bis Juni 1940 im GG. Vgl. *Polski ruch oporu*, S. 822 ff. sowie Marek Szymanski, *Oddzial majora „Hubala“*, Warszawa 1977.

¹⁴ Vgl. Ryszard Nazarewicz, *Drogi do wyzwolenia. Koncepcje walki z okupantem w Polsce i ich tresci polityczne 1939-1945*, Warszawa 1979, S. 167 ff.

gegen ihre Aussiedlung im Kreise Zamosc im Spätherbst 1942 zwang die AK-Führung, zunächst partiell und dann sukzessive von ihrer „Gewehr-bei-Fuß“-Haltung abzugehen.¹⁵

Von den einzelnen Planungsphasen und -varianten können hier nur einige skizziert werden. Sie alle gingen von der Annahme der „zwei Feinde [8:] Polens“ aus: Deutschland und die Sowjetunion. Ein erster Plan (Raport operacyjny nr. 54) von Anfang 1941 sah den bewaffneten Kampf sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die Sowjetunion vor. Er basierte auf der Annahme, die Deutschen würden sich wie 1918 aus Polen zurückziehen. Dieser Aufstandsplan kannte weder Sabotage und Diversionshandlungen noch Partisanenaktionen. Für einen Aufstand von zwei bis drei Tagen wurde nicht einmal erwogen, größere Kreise der Bevölkerung zu bewaffnen, denn man wollte die Übergabe von Waffen an Gegner der Sanacja vermeiden.¹⁶

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion schloß Sikorski mit der UdSSR am 30. Juli 1941 ein Abkommen. Zugleich erklärte die UdSSR alle seit dem 23. August 1939 zwischen ihr und Deutschland geschlossenen Verträge für ungültig. Dies hieß jedoch nicht, daß die UdSSR zur Anerkennung der polnisch-sowjetischen Grenze vom 1.9.1939 zurückkehrte. Das Abkommen vom 30. Juli 1941 kam nur zustande, weil die Grenzfrage ausgeklammert wurde. Das anschließende Militärabkommen vom 14. August 1941 sowie die Deklaration über Freundschaft und gegenseitige Hilfe vom 4. Dezember 1941 hätten die Aufstandsplaner zu entscheidenden Veränderungen veranlassen müssen.¹⁷ Doch das Verhältnis der ZWZ/AK-Führung zur Sowjetunion änderte sich im Grunde wenig. Zwar hob Sikorski als Oberster Befehlshaber in einer Depesche vom 3.3.42 an Rowecki dessen Befehl auf, der Roten Armee im Fall ihres Betretens polnischen Territoriums in den Grenzen von 1939 bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Rowecki stand jedoch unverändert auf der Plattform der zwei Feinde und verhielt sich ablehnend zu Sikorskis Instruktion, die UdSSR wenigstens zeitweise als Bündnispartner zu behandeln und einer Polen befreienden Roten Armee keine Kämpfe zu liefern. In einem Radiogramm [9:] nach London vom 22.6.42 bekräftigte Rowecki: „Rußland war und wird unser Feind sein.“¹⁸ Einen bewaffneten Aufstand gegen die deutschen Okkupanten sah der Kommandeur der AK nur für den Fall vor, daß die Deutschen im Westen den anglosächsischen Kräften erliegen und dann von selbst den Rückzug aus den okkupierten Gebieten beginnen würden. Roweckis Plan, die AK gegen eine Polen von den deutschen Okkupanten befreiende Rote Armee einzusetzen, widersprach den Absichten Sikorskis, der kein schnelles Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition erwartete. Aber auch Sikorski verband die Aufstandsplanung mit der Absicht, die Sowjetunion vor die vollendete Tatsache der Anwesenheit britischer Truppen in Polen zu stellen. Daher dementierte er Roweckis Aussage, Großbritannien hätte die Hegemonie in Osteuropa an Rußland abgegeben.

Im nächsten Plan (Raport operacyjny nr. 154) vom September 1942, den Rowecki und sein Stabschef, General Tadeusz Pelczynski („Grzegorz“), unter Berücksichtigung einiger Hinweise Sikorskis ausgearbeitet hatten, war vorgesehen: Der Aufstand hat erst zum Zeitpunkt der unzweifelhaften militärischen Niederlage Nazideutschlands zu beginnen. Hauptziel ist die Liquidierung der Okkupationsmacht im Generalgouvernement (GG). Obgleich Rußland potentieller Gegner bleibt, werden zunächst keine bewaffneten Kämpfe für den Fall vorgesehen, daß die Rote Armee die polnisch-sowjetische Grenze vom 1.9.1939 überschreitet. Doch hielten sich Rowecki und Pelczynski diese Möglichkeit offen. Auch in diesem Plan wurde vor allem davon ausgegangen, daß Deutschland im Westen kapitulieren und sich wie 1918 aus Polen zurückziehen werde.¹⁹

¹⁵ Vgl. Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbior dokumentow polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej. Pod redakcja Czeslawa Madajczyka, 2 Bde, Warszawa 1977.

¹⁶ Armia Krajowa w dokumentach, 5 Bde, Londyn 1970-81, hier Bd. 1, S. 438-443.

¹⁷ Nach Sosnkowskis Widerspruch gegen das Abkommen mit der UdSSR unterstellte Exilpremier Sikorski sich den ZWZ unmittelbar und warf Sosnkowski hinaus.

¹⁸ AK w dokumentach, Bd. 2, S. 277 f.

¹⁹ AK w dokumentach, Bd. 2, S. 328 ff. Dieser „Plan powstania powszechnego. Raport operacyjny nr. 154/III dowodey Armii Krajowej gen. dyw. s. Roweckiego“ wurde bereits in Nr. 2 der „Niepodleglosc“ (S. 166-212) in London veröffentlicht.

Sikorski kennzeichnete im Schreiben vom 28. November 1942 an Rowecki den Plan der AK-Führung, den militärischen Kampf mit der Roten Armee [10:] aufzunehmen, als hellen Wahnsinn und wiederholte am 6. Februar 1943 noch einmal: „Ihr müßt begreifen, daß Polen weder heute noch in Zukunft einen Krieg an zwei Fronten führen kann und eine Verständigung mit Rußland unabdingbar ist.“²⁰ Denn nach der Stalingrader Schlacht war auch für die verbohrtesten Sowjetfeinde die Möglichkeit nicht mehr zu ignorieren, daß nicht britische Truppen, sondern die Rote Armee die deutschen Okkupanten aus Polen vertreiben werde. Im Zusammenhang damit befahl Sikorski Rowecki: „Jedoch für den allerschlimmsten Fall, wenn ein Eindringen erfolgen sollte, bevor unsere Verbündeten zu uns gelangen, und ohne genauere Absprachen mit uns, müßten wir den Russen zuvorkommen und vollendete Tatsachen schaffen, durch die Schaffung und die Übernahme der militärischen und der administrativen Macht im Lande, an die erste Stelle die östlichen Städte setzend mit Wilna und Lwow an der Spitze. Die sowjetische Armee müßten wir als Bündnispartner behandeln, aber für jede Illoyalität von ihrer Seite eine anglosächsische Intervention fordern ... Den Trumpf der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Armee können wir politisch gewinnen.“²¹

Diese Orientierung sollte 1944 für die Aktion „Burza“ (Gewittersturm) entscheidende Bedeutung gewinnen: An die Stelle eines bewaffneten Aufstandes trat damit in den Planungen eine militärisch-politische Demonstration. In dem von Rowecki im Februar 1943 erarbeiteten Aufstandskonzept war bereits eine gestaffelte Auslösung vorgesehen: Der Aufstand sollte im Osten beginnen, sobald die Rote Armee die Grenze vom 1.9.39 überschreite und stufenweise nach Westen ausgedehnt werden. Bezugspunkt war nicht der Rückzug oder die Auflösung der Wehrmacht, sondern der Vormarsch der Roten Armee. Roweckis Februarplan war zwar militärisch gegen die deutschen Okkupanten gerichtet, politisch aber gegen die Rote Armee. Er leitete zu den späteren Plänen für „Burza“ über.

[11:] Bei allen Planungsvarianten darf auch die innenpolitische Funktion des Aufstandes nicht übersehen werden: Er sollte den Machtanspruch der bis 1939 herrschenden Klassen nach außen und innen mit Gewalt absichern.

Rowecki kehrte am 8. Juni 1943 zur ursprünglichen Konzeption zurück, nach der der bewaffnete Kampf gegen die Rote Armee aufgenommen werden sollte, sobald sie die Grenzen von 1939 überschreite. Zur Begründung schrieb er dem Premier: „Die einzige zweckmäßige und begründete Haltung gegenüber Rußland ist angesichts dessen unsere Position der Verteidigung und der Aktivität, also eine grundsätzlich feindliche ... Selbst der Versuch einer Anerkennung der Russen als Verbündete schädigt die Bereitschaft der bewaffneten Kräfte und die Grundlage des ganzen Landes ... Selbst der Versuch einer freundschaftlichen, verbündeten Position spaltet uns und hindert uns, die grundlegenden soldatischen Aufgaben in dem Fall zu erfüllen, daß es notwendig ist, Rußland entgegenzutreten.“²² Für Rowecki war die beste Lösung eine Niederlage der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland. Für günstig hielt er auch ihre Auflösung durch innere Diversion. Praktisch sollte die AK beim Vorücken der Roten Armee gegen sie dieselbe Diversion anwenden wie gegen die deutschen Okkupanten: die Kommunikationslinien bis zur Weichsel und zum San zerstören, den Kampf dort aufnehmen, wo eine minimale Chance bestand, ihn auszufechten, und in der Konspiration verharren, wenn es keinerlei Chance gab. Allerdings sollte die AK in jedem Fall bereit sein, auf Befehl den Kampf gegen Rußland aufzunehmen. Sikorskis Verhältnis zu diesen Vorschlägen ist nicht bekannt. Er kam am 4. Juli 1943 in Gibraltar beim Absturz seines Flugzeuges, dessen Umstände bis heute nicht geklärt sind, ums Leben.

II. 1943: Bürgerkrieg im Untergrund

Nach der Aufdeckung der Gräber der 1939 von der UdSSR internierten und 1940 vom NKWD erschossenen polnischen Offiziere bei Katyn im [12:] April 1943 brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab.²³ Die Sowjetunion nahm die Bitte der

²⁰ AK w dokumentach, Bd. 3, S. 28-32.

²¹ AK w dokumentach, Bd. 2, S. 413.

²² AK w dokumentach, Bd. 3, S. 38-32.

²³ Vgl. Czeslaw Madajczyk, Das Drama von Katyn, Berlin 1991.

Exilregierung an das Internationale Rote Kreuz, bei der Exhumierung der Leichen und der Klärung der Umstände ihres Todes zu helfen, zum Vorwand, der Exilregierung eine direkte Unterstützung der Nazi-Propaganda zu unterstellen. Fehlende diplomatische Beziehungen hinderten beide Regierungen jedoch nicht daran, in London offizielle Verhandlungen zu führen.

Nach dem Tod General Sikorskis wurde Stanislaw Mikolajczyk von der Bauernpartei sein Nachfolger als Chef der polnischen Exilregierung. Die Stellung Sikorskis als Oberster Befehlshaber übernahm jedoch General Sosnkowski. Damit hatte der Sanacja-Flügel nun ausnahmslos die höchsten militärischen Machtpositionen besetzt.

Am 30. Juni 1943 hatte die Gestapo in Warschau General Rowecki verhaftet. Er lehnte die Angebote einer Kollaboration mit den deutschen Faschisten ab und wurde nach dem Ausbruch des Warschauer Aufstandes im Konzentrationslager Sachsenhausen erschossen.²⁴ Nachfolger Roweckis als Befehlshaber der AK wurde der politisch unerfahrene ehemalige Kommandant einer Kavallerieschule, General Tadeusz Komorowski („Bor“). Gleichzeitig hatte die Gestapo auch den Vertreter der Exilregierung im Lande, Professor Jan Piekalkiewicz von der Bauernpartei, verhaftet und ermordet. Zum neuen Delegaten wurde Jan Stanislaw Jankowski bestimmt, ein der Sanacja nahestehender Gutsbesitzer von der Partei der Arbeit. In den Spitzen des Londoner Lagers hatte sich so im Sommer 1943 ein scharfer Rechtsruck vollzogen; die antikommunistischen und antisowjetischen Tendenzen wurden verschärft. Während Sanacja-Offiziere alle Kommandopositionen der Streitkräfte inne hatten, wurde der Apparat des Londoner Lagers im Untergrund des besetzten Landes von [13:] den rechtskonservativen Kräften majorisiert.²⁵ Diese Verschiebung fand auch Ausdruck in den forcierten Bemühungen der AK-Führung, im Zuge ihrer seit 1942 sukzessive vollzogenen Zentralisierung aller dem Londoner Lager zugehörigen militärischen Widerstandsgruppen unter dem Kommando der AK auch die Verbände der NSZ zu integrieren. Formal wurde dies im März 1944 erreicht. Doch die meisten NSZ-Einheiten folgten dem Abkommen nicht und blieben selbständig.

Für die neue Equipe in Exilregierung, Delegatur und AK-Führung gehörte das Prinzip der zwei Feinde Polens ebenso zu den grundlegenden Voraussetzungen ihrer Politik wie die Annahme eines unausweichlichen Konfliktes mit der UdSSR. Diese Verschiebung im Kräfteverhältnis innerhalb des Londoner Lagers war ein wesentliches Moment der politischen Polarisierung im Lande. Sie zeitigte im Sommer 1943 sofort praktische Folgen: Mit dem Überfall auf eine Abteilung der Volksgarde am 9. August 1943 bei Borow und der Ermordung von 29 Partisanen eröffnete die polnische Rechte den Bürgerkrieg im Untergrund. Die Mörder waren Angehörige der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Sily Zbrojne – NSZ), die aus den bewaffneten Kräften der der Exilregierung angehörenden Nationalpartei (SN) hervorgegangen waren. Als nämlich die Nationale Militärorganisation (Narodowa Organizacja Wojskowa – NOW) der SN sich in den ZWZ/AK eingliedern ließ, machte ein Teil ihrer Einheiten diesen Schritt nicht mit und bildete im September mit dem faschistischen Eidechsenbund (Związek Jaszczurczy – ZJ) die NSZ.²⁶ Abteilungen der [14:] NSZ, aber auch AK-Einheiten, verfolgten und mordeten seit 1943 sowjetische und polnische Partisanen (der GL), aber auch fortschrittliche Vertreter der Bauernbataillone (Bataliony Chłopskie – BCH), vor allem aber Kommunisten und Juden²⁷,

²⁴ Vgl. Tomasz Szarota, Stefan Rowecki „Grot“, Warszawa 1983.

²⁵ Vgl. Eugeniusz Duraczynski, Miedzy Londynem a Warszawa. Lipiec 1943 – Lipiec 1944, Warszawa 1986,

²⁶ Die Eingliederung der NOW in die AK begann im Mai 1942. Von den rund 80.000 Mann der NOW wurden 70.000 Mann übernommen. 10.000 vereinigten sich mit dem Związek Jaszczurczy zur NSZ, die politisch den faschistischen Flügel des „Nationalen Lagers“ bildeten und sich neben AK und AL gern als dritte Kraft des polnischen bewaffneten Widerstandes vorstellte. Das trifft zwar auf ihr zahlenmäßiges Erstarken bis 1944 zu, verfälscht aber ihre Rolle als Bürgerkriegspartei ebenso wie ihre erst informelle und dann auch offizielle Kollaboration, so von ihrem Historiker Zbiegniew S. Siemaszko. Narodowe Sily Zbrojne, Londyn 1982.

²⁷ Vom Frühjahr bis zum Jahresende 1943 wurden im GG und im Bezirk Bialystok 550 Widerstandskämpfer durch reaktionäre polnische Einheiten ermordet, darunter 140 Funktionäre der PPR, 250 Soldaten der Volksgarde und 40 Mitglieder der Bauernpartei. Die anderen Opfer waren sowjetische Partisanen und Polen, die mit linken Widerstandsorganisationen zusammenarbeiteten. 260 von ihnen starben von der Hand der NSZ, 280 mordeten reaktionäre Elemente der AK. Vgl. R. Nazarewicz, Drogi, S. 344 ff, 358.

letztere sogar noch während des Aufstandes in befreiten Teilen Warschaus²⁸. Während des Warschauer Aufstandes verübte eine NSZ-Abteilung am 8. September 1944 bei Rżabiec einen bestialischen Mord an 88 polnischen und sowjetischen Partisanen.

Delegatur und AK-Führung waren bestrebt, einen Bürgerkrieg im Untergrund zu verhindern und dem Brudermord entgegenzutreten. So verurteilte die AK-Führung am 18. November 1943 offiziell die Morde der NSZ in Borow.²⁹ Doch in der Praxis war die Methode des politischen Mordes bei NSZ und reaktionären AK-Einheiten nicht sehr verschieden. Die AK-Führung forcierte selbst die politische Polarisierung und verschärfte den Antikommunismus, und zwar nicht nur in der Kreuzzugsmanier der Un-[15:]tergrundpresse³⁰, sondern institutionell: Die Registrierung und Verfolgung der PPR und der Volksgarde leitete die Abteilung „Antyk“ (für: Antikommunismus) beim Hauptkommando der AG. Im Befehl des Hauptkommandos der AK Nr. 116/1 „Über den Kampf gegen den Banditismus“ vom September 1943 wurde den Kommandanten der Bezirke aufgetragen, gegen Plünderer und „umstürzlerisch-banditische Elemente“ vorzugehen.³¹ Nun verhielten sich die einzelnen Kommandeure dabei sehr unterschiedlich, am schlimmsten wütete der Mordterror im Bezirk Białystok.

Der Bürgerkrieg im Untergrund wurde nur von einer Seite geführt, als politischer Mord an Mitglieder der Polnischen Arbeiterpartei und teilweise auch der Bauernpartei und an Partisanen der Volksgarde. Das linke Lager wollte einen Bürgerkrieg im Untergrund vermeiden und handelte gegen andere Widerstandsgruppen nur zur Selbstverteidigung.

Die Kräfteverschiebung innerhalb des Londoner Lagers einerseits, die politische Polarisierung der Kräfte im Lande andererseits führten dazu, daß sich die politischen Widersprüche nicht nur zwischen der PPR und dem Londoner Lager verschärften, sondern auch die politischen Gegensätze innerhalb des letzteren: Zwischen der Regierung und dem Obersten [16:] Befehlshaber, zwischen den die Regierung tragenden Parteien, zwischen der Exilregierung und ihrer Delegatur. Diese Zuspitzung ergab sich zwangsläufig aus den durch den Kriegsverlauf aufgeworfenen Fragen, zu denen das Londoner Lager Stellung nehmen mußte. Da seine Repräsentanten von divergierenden Interessen ausgingen, spitzten sich mit der Situation für die Exilregierung auch die Gegensätze in ihr zu. Polnische Historiker haben diesen Prozeß für das entscheidende Jahr zwischen der Schlacht von Kursk und dem Warschauer Aufstand dokumentiert.³²

Im März 1943 hatte Premier Sikorski einige Vorschläge Roweckis für die Aufstandsplanung gebilligt, vor allem jenen, den Aufstand von Osten her zu beginnen. Seit dieser Zeit bemühte sich die Exilregierung verstärkt darum, dem Aufstand stärkere Unterstützung seiner Alliierten, insbesondere durch die amerikanische Seite, zu sichern. Die Exilregierung nahm ebenfalls Verhandlungen auf, um in der Endphase des Krieges alle ihr unterstehenden polnischen Streitkräfte für den Aufstand in Polen einsetzen zu können. Dies war auch Gegenstand einer Beratung der Komitees der Vereinigten Stabschefs

²⁸ Dieser Sachverhalt wurde aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes von der Warschauer Zeitung „Gazeta Wyborcza“ erstmals bekannt gemacht.

²⁹ Biuletyn informacyjny, Nr. 46 z 18.XI.1943. Die Verurteilung des NSZ-Mordes durch die AK führte zu heftigen Reaktionen der NSZ. In der Folge bildete sich eine gewisse Arbeitsteilung heraus: Die Spezialabteilungen (Akcja Specjalna – AS) der NSZ bekämpften und mordeten Partisanen der Volksgarde, während die über einen besseren Nachrichtendienst verfügenden AK-Bezirke die PPR-Funktionäre auszuschalten bemüht waren. Im Bezirk Lublin verfaßten die Offiziere von AK, NOW und NSZ auf einer Beratung am 6./7. Oktober 1943 ein Protokoll über die Koordinierung ihrer Anstrengungen, die linke Widerstandsbewegung zu bekämpfen. CA KC t 207/22, k151.

³⁰ Wie um zum politischen Mord anzureizen, schrieb das Organ des Hauptkommandos der AK „Biuletyn informacyjny“ am 23.11.43 (Nr. 38): „Jeder Pole, Arbeiter, Bauer oder Intellektueller, der der kommunistischen Propaganda erliegt, der mit den Kommunisten auch nur im geringsten zusammenarbeitet, wird genauso zum Verräter wie ein Volksdeutscher. Ein Pole kann kein Kommunist sein, oder er hört auf, Pole zu sein“. Die von der Delegatur bezahlte „Agencja A“ (A von Antikommunismus) schrieb in der Nr. 8 vom 6.10.1943: „Den Kampf gegen die Kommunisten erachtet die polnische Gesellschaft nicht für einen brudermörderischen Kampf...Der bewaffnete Kampf mit der Kommune muß fortgesetzt und erbarmungslos geführt werden. So wie die Lubliner Bande liquidiert wurde (gemeint ist bei Borow, W. R.), so muß die gesamte Volksarmee und die PPR liquidiert werden, und das in kürzester Zeit.“

³¹ CA KC, t.203/1-2,k.37f. Zit. nach R. Nazarewicz, Drogi, S. 360.

³² Eugeniusz Duraczynski, Miedzy Londynem a Warszawa. Lipiec 1943 – Lipiec 1944, Warszawa 1986.

(Combined Chiefs Staff - CCS) in Washington. Bedingung eines Aufstandes sollte seine genaue Abstimmung mit den Plänen der Alliierten sein, in Abhängigkeit davon, daß deren Einmarsch nach Polen von Süden, aus dem Balkan erfolgte. Eine vollständige Bewaffnung der AK hing von deren Stellenwert für die Pläne der Alliierten ab. Der geplante Nationalaufstand spielte 1943 in der Gesamtstrategie der alliierten Kriegführung eine spezifische Rolle. Er sollte nämlich sowohl auf die Landung in Frankreich als auch auf die sowjetische Sommeroffensive abgestimmt werden und im Juni 1944 sämtliche Verbindungswege zwischen der Ostfront und der zu errichtenden zweiten Front für mindestens 48 Stunden blockieren. Allerdings hätte eine derartige Aktion entsprechender materieller Voraussetzungen bedurft. Der britische Generalstab klammerte sie aus der Gesamtstrategie der Alliierten wieder aus.

[17:] Die führenden Vertreter Großbritanniens und der USA berieten 1943 mehrmals über ihre gegenseitige Abstimmung, so im Januar in Casablanca, im Mai in Washington und im August in Quebec, und fällten dabei Entscheidungen von strategischer Bedeutung. Bei diesen Verhandlungen setzte sich der amerikanische Standpunkt durch, die Operation „Overlord“ im westlichen Frankreich durchzuführen. Diese Entscheidung wurde von der UdSSR in Teheran im November/Dezember desselben Jahres unterstützt. Die Festlegungen von Teheran schlossen ein, daß Polen sich im Operationsbereich der Roten Armee befinden würde: Mitteleuropa und Süd-Osteuropa wurden als ihr Operationsgebiet bestimmt. Alle Rechnungen der polnischen Exilregierung und der AK-Führung auf eine Teilnahme britischer und amerikanischer Streitkräfte an der Befreiung Polens waren damit gegenstandslos geworden. Von der britischen Regierung wurde die polnische Exilregierung über die Teheraner Konferenz informiert. Sie wußte also, daß die Westmächte dort die Curzon-Linie als Grundlage für die polnische Ostgrenze akzeptiert hatten. Sie erfuhr, daß alle von der Roten Armee befreiten Länder als sowjetische Interessensphäre gelten sollten.

Unter diesen Voraussetzungen waren die führenden Politiker des Londoner Lagers bestrebt, die Verwirklichung der Teheraner Abmachungen hinsichtlich Polens zu unterlaufen. Im Maße ihrer Beunruhigung über die sowjetischen militärischen Erfolge erlitt ihr Realitätssinn Einbußen. Wie sehr politisches Wunschdenken im Londoner Lager die Wahrnehmung der Realität prägte, zeigt eine Denkschrift des Delegaten Jankowski für Premier Mikolajczyk vom 10. Februar 1944 über territoriale Kriegsziele Polens: Über die polnisch-sowjetische Grenze vom 1. 9. 39 hinaus sollte Litauen dem polnischen Staat einverleibt werden - und im Falle militärischer Schwäche der Sowjetunion Lettland und Estland ebenfalls - während die Ukraine und Weißrußland politisch und militärisch mit Polen verbunden werden müßten.³³

[18:]

III. Gesamtnationaler Aufstand oder Aktion „Burza“?

Unverzichtbar für das Gelingen eines Nationalaufstandes gegen die deutsche Okkupationsherrschaft wäre dessen Abstimmung mit jener Armee gewesen, in deren Operationsbereich sich Polen befand. Ebenso unerlässlich für sein Gelingen war eine Hilfe mit Waffen, Munition und anderen Kampfmitteln durch Polens Verbündete, Während die Exilregierungen aller europäischer Länder, die im Operationsgebiet der alliierten Armeen lagen – ob Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen oder die Tschechoslowakei –, entsprechende Abkommen aushandelten, vermied die polnische Regierung trotz britischen Drängens jede Vereinbarung. Zwar gab es trotz ‘des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Kontakte und Verhandlungen im Mai und Juni 1943 in London, doch machte die polnische Seite jede Übereinkunft von einer Anerkennung der Grenzen von 1939 abhängig. Delegat Jankowski sprach sich im Februar 1944 sogar gegen jegliche Verhandlungen mit der Sowjetunion aus.

Starke Kräfte in Exilregierung und Delegatur sowie die AK-Führung rechneten darauf, doch noch die Teheraner Abmachungen umgehen und über die Regierungen in London und Washington stärkeren

³³ CA KC, t.202/II-165, zit. nach R. Nazarewicz, Z problematyki, S. 48. Der Text der Denkschrift befindet sich auch im Sikorski-Institut in London, wurde [18:] von den Emigrationshistorikern jedoch nur von Ciechanowski erwähnt, der die Denkschrift als unmittelbare Fortsetzung der Politik Pilsudkis interpretiert.

Druck auf die UdSSR ausüben zu können, sobald die alliierten Kräfte in Europa gelandet wären. Nun duldeten aber keine der alliierten Armeen im Rücken ihrer Front irgendwelche Truppen oder Partisanen, mit denen sie keine vertraglichen Regelungen hatte. Auch die Rote Armee verfuhr so. Erst das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) schloß am 26. Juli 1944, d.h. eine Woche vor dem Warschauer Aufstand, einen solchen Vertrag mit der sowjetischen Regierung ab.

Je näher die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands rückte und je offensichtlicher es wurde, daß nur die Rote Armee Polen befreien würde, desto paradoxer wurde die Haltung des Londoner Lagers: In dem Maße, wie das Interesse der Briten und der Amerikaner an einem polnischen [19:] Aufstand und an der Tätigkeit der AK nachließ, wuchsen seine Hoffnungen auf deren Einmischung in die polnischen Fragen. Anstatt eigene, innerpolnische Lösungen zu suchen und mit der Sowjetunion zu verhandeln, setzten sie immer stärker auf äußere Kräfte, die aus Klassensolidarität mit der polnischen Bourgeoisie bereit wären, diese politisch und militärisch zu unterstützen.

Das sinkende Interesse der Alliierten drückte sich auch in der Beschränkung ihrer Waffenabwürfe für die AK im ersten Quartal 1944 aus. Ein Besuch von Mikolajczyk in Washington konnte daran nicht viel ändern. Schließlich entschieden die Stabschefs der USA und Großbritanniens in der Frage der Hilfe für einen Aufstand in Polen am 7. Juli 1944:

* Die alliierte Führung hat nicht die Möglichkeit, auf dem Luftweg ausreichende Mengen Waffen zur Sicherung eines Aufstandes zu liefern. Möglich wäre das allein zu Lande, oder über das Meer im Zusammenhang mit sowjetischen Operationen.

* Den Termin eines Aufstandes in Polen können nur die polnischen Stellen in Abstimmung mit dem am meisten interessierten Bündnispartner vornehmen, der UdSSR.

* Die Diversionstätigkeit gegen die deutschen Kommunikationslinien ist eine vor allem für die UdSSR nützliche Operation und sollte daher mit ihr abgestimmt werden.³⁴

Die Planungen der AK sahen nicht vor, durch den Aufstand die Befreiung Polens durch die Sowjetunion zu unterstützen. Im Gegenteil, je näher die Front rückte, desto mehr fürchtete man in der Führung des Londoner Lagers, ein gesamtnationaler Aufstand könnte eine „vorzeitige“ Niederlage Deutschlands herbeiführen helfen. Das Interesse am Aufstand erlahmte sichtlich, schließlich wurde der Plan eines allgemeinen Aufstandes durch [20:] den der Aktion „Burza“ ersetzt. In der „Instruktion der Regierung für das Land“ vom 27. Oktober 1943 und im Befehl des Kommandeurs der AK vom 20. November 1943 wurden die Ziele für „Burza“ festgelegt: Aufgabe der AK sollte es sein, im Maße des Rückzuges der Wehrmacht einzelne Ortschaften einzunehmen, um dort der Roten Armee und den mit ihr verbündeten Streitkräften der 1. Polnischen Armee (Berling-Armee) wie auch den Partisanen der Volksarmee als bereits etablierte Staatsmacht der Londoner Exilregierung gegenüberzutreten. Im Falle des sowjetischen Vormarsches hatten die jeweiligen AK-Einheiten unmittelbar vor dem Durchbrechen der Front bzw. vor der Befreiung einer Stadt offen aufzutreten und Kampfhandlungen gegen die deutschen Truppen aufzunehmen. Dabei könnten sie ggfs. mit den sowjetischen Einheiten zusammenwirken. Gemeinsam mit den zivilen Vertretern der Exilregierung vor Ort sollte sich der AK-Kommandeur dem sowjetischen Kommandeur vorstellen. Dieses Auftreten hatte in die Forderung auf politische und militärische Anerkennung als Hausherr, als legitime Macht des umkämpften Gebietes sowie als militärischer Bündnispartner zu münden. Auf diese Weise wäre mit einem Minimum militärischen Einsatzes gegen die deutschen Okkupanten ein Maximum an politischer Anerkennung zu erreichen. Diese Hausherrnenrolle sollte zuerst in jenen Gebieten östlich der Curzon-Linie praktiziert werden, die 1939 zum polnischen Staat gehörten, seither aber von der Sowjetunion als ihr integrales Staatsgebiet beansprucht wurden.

Statt eines militärischen Kampfes, der auf die Schwächung, Vertreibung und Zerschlagung der Okkupanten abzielte, sollte „Burza“ also entscheidend eine politische Demonstration mit militärischen Mitteln sein: Militärisch gegen die Wehrmacht gerichtet, war der politische Zweck die Demonstration

³⁴ Vgl. Leon Mitkiewicz, Powstanie warszawskie, in: Zeszyty Historyczne, Paris 1962, H. 1, S. 132-38.

des Machtanspruchs gegenüber der Roten Armee und der polnischen Linken. Nur ein Teil der AK-Einheiten sollte offen auftreten, die anderen hatten auch im Hinterland der Roten Armee in der Konspiration zu verbleiben. Sowohl die illegalen als auch die bekannten AK-Kräfte sollten ihre geheime Kommunikation mit der AK-Führung in Warschau aufrechterhalten. Würden sie deshalb von der Roten Armee inhaftiert werden, so sah die Instruktion den Übergang zur militärischen Selbstverteidigung vor, bei gleichzeitigem Protest bei den Alliierten.

[21:] Die AK-Führung war besorgt, ihre Soldaten könnten sich der 1. Polnischen Armee anschließen, die an der Seite der Roten Armee Krieg gegen die deutsche Okkupationsmacht führte. Sie gab Befehl, jeden Versuch gewaltsam zu unterbinden. Dies hinderte jedoch einzelne Soldaten und manche Einheiten nicht daran, in die Reihen jener polnischen Armee überzutreten, die Krieg gegen die Okkupanten führte. Während des Warschauer Aufstandes ordnete das Polnische Komitee zur Nationalen Befreiung am 15. August 1944 für die befreiten Gebiete eine Mobilisierung an. Die AK-Führung befahl deren Boykott und übte Terror gegen polnische Wehrpflichtige aus. Sie verhinderte so, daß schnell stärkere Kräfte zur Befreiung Warschaus mobilisiert werden konnten.

Am 3. Januar 1944 überschritt die Rote Armee die polnisch-sowjetische Grenze vom 1. 9. 39, Am 5. Januar erklärte Exilpremier Mikolajczyk die Bereitschaft seiner Regierung, diplomatische Beziehungen mit der UdSSR aufzunehmen. Doch am 11. Januar veröffentlichter die Nachrichtenagentur TASS den Standpunkt der sowjetischen Regierung, daß die polnischsowjetische Grenze mehr oder weniger entlang der Curzon-Linie verlaufen könnte, In einer Verlautbarung vom 14. Januar vermied die polnische Exilregierung, zur Grenzfrage Stellung zu nehmen und bat die Regierungen Großbritanniens und der USA um Vermittlung im polnisch-sowjetischen Streit.

Die Aktion „Burza“ begann in Wolhynien. Dort kämpfte die für diesen Zweck zusammengezogene 27. AK-Division ab 18. März 1944 mit Teilen der 2. Belorussischen Front gemeinsam im Angriff auf Kowel.³⁵ Die Exilregierung gab dem ein großes Echo, wollte sie doch ein Beispiel ihres angeblich positiven Verhältnisses zur UdSSR vorweisen, zugleich aber die notwendigen konkreten Entscheidungen und Absprachen vermeiden. Der sowjetische General Sergejew forderte am 26. März vom Kommandeur dieser AK-Division, sich der Führung der 2. Belorussischen Front operativ unterzuordnen, gewährte ihr aber das Recht, ihre Eigenständigkeit zu bewahren und sich in eine reguläre Division umzubilden. Sergejew [22:] informierte sie, daß die sowjetische Führung im Hinterland ihrer Front keinerlei Partisanenabteilungen dulden werde. Der exilpolnische Historiker Jan Ciechanowski schrieb darüber: „Es war klar, daß die Russen die Soldaten der AK an der Front sehen wollten, aber nicht in ihrem Rücken.“³⁶ Doch die Instruktionen der AK-Führung für ihren Divisionskommandeur waren bewußt so gehalten, daß sie für die Rote Armee unannehmbar sein sollten. Zum Konflikt kam es über die Aufrechterhaltung des geheimen Funkkontaktes der 27. Division aus dem Hinterland der Roten Armee mit der AK-Führung, die sich bekanntlich im Hinterland der deutschen Front befand. Ein deutscher Gegenangriff auf Kowel entsetzte die Stadt und führte dazu, daß sich die 27. Division wiederum im Hinterland der Deutschen befand. Ihr Kommandeur wollte nun die Front überqueren, um an der Seite der Roten Armee zu kämpfen. Das Haupt-Kommando der AK untersagte es ihm.³⁷

War es in Wolhynien gelungen, einen ernsthaften Konflikt zu vermeiden, so trat er in Vilnius (polnisch Wilna) um so unvermeidlicher ein. Am 7. Juli 1944 griffen drei Abteilungen der AK mit insgesamt 5500 Mann die faschistische Garnison an. In diesen Kampf griffen sowjetische Einheiten am nächsten Tage ein, am 13. Juli wurde die Stadt befreit. Doch die UdSSR erkannte den Hoheitsanspruch der AK auf die litauische Hauptstadt nicht an. Sie entwaffnete die Offiziere und einen Teil der AK-Mannschaften und internierte sie.

Die Führung der AK hatte den Eindruck gewonnen, daß ihre Kräfte dann von der Roten Armee toleriert würden, wenn sie wirklich mit den Deutschen gekämpft hatten. Sie war deshalb bemüht, vor voraussehbaren Konflikten mit der Roten Armee Kampfhandlungen gegen die Deutschen zu führen.

³⁵ Michal Fijalka, 27. Wolynska Dywizja Piechoty AK, Warszawa 1986.

³⁶ Ciechanowski, Powstanie, S. 226.

³⁷ Vgl. Tadeusz Sztumberk-Richter, Artylerzysta piechorem, Warszawa 1966, S. 249 und 284.

Vilnius war dafür nur ein besonders krasser Fall. Unzweideutig kennzeichnete General Komorowski die Ziele dieser Politik in seinem Be-[23:]richt an General Sosnkowski vom 14. Juli 1944: „Indem wir den Sowjets ein Minimum an militärischer Hilfe geben, schaffen wir ihnen jedoch politische Schwierigkeiten. Die AK unterstrich den Willen des Volkes im Streben nach Unabhängigkeit. Das zwingt die Sowjets, unseren Willen gewaltsam zu brechen und schafft ihnen Schwierigkeiten im Beurteilen unserer Forderungen... Es wird offene Gewalt folgen müssen, das kann den Protest der uns freundschaftlich verbundenen Verbündeten hervorrufen.“³⁸

im Zuge der Aktion „Burza“ befreiten AK-Einheiten gemeinsam mit sowjetischen Truppen oder kurz vor ihnen wichtige Ortschaften zwischen der Grenze vom 1.9.39 und dem Bug. Die UdSSR negierte alle Ansprüche der polnischen Exilregierung auf ihr Staatsgebiet vom 1.9.39, soweit es östlich der Curzon-Linie lag. Der Anspruch der offen auftretenden AK-Einheiten, diese Gebiete zu verwalten, endete mit ihrer Entwaffnung. Da einige Verbände sich ihrer Entwaffnung widersetzen, kam es auch zu Kämpfen, Erschießungen und Deportationen. Der Versuch der AK, ohne ein Grenzabkommen der Regierung mit der UdSSR durch die Operation „Burza“ diese Gebiete zu behaupten, erlitt Schiffbruch.

Auch westlich des Bug traten Abteilungen der AK in zahlreichen Städten und Ortschaften offen hervor und schufen dort den Vertretern der Delegatur die Möglichkeit, die Macht zu übernehmen. Da in diese Ortschaften auch Einheiten der Volksarmee einrückten und örtliche Nationalräte bildeten, gab es nicht selten zeitweise eine Doppelherrschaft. Doch insgesamt scheiterten die mit „Burza“ verfolgten Pläne auch dort, wo sie nicht unmittelbar zum offenen Konflikt mit der Roten Armee führten. Daher bestand für die AK-Kräfte die Alternative zwischen einem Anschluß an die 1. Polnische Armee, die offizieller Bündnispartner der Roten Armee war, oder der Entwaffnung und Auflösung. Manche Formationen ließen sich entwaffnen, andere versuchten, dieser Alternative zu entgehen und verblieben in der Konspiration. Sie bekämpften und terrorisierten die junge Volksmacht im befreiten Polen. Doch ein großer Teil ehemaliger AK-[24:]Mitglieder kämpfte schließlich in den Reihen des Wojsko Polskie gegen Hitlerdeutschland.

IV. Voraussetzungen Ende Juli/Anfang August 1944

Warschau war noch im März 1944 aus der Aktion „Burza“ ausdrücklich ausgenommen worden. Erst im Juli 1944 kehrte die AK-Führung zur Idee zurück, Warschau müsse das Zentrum des Aufstandes sein. Dies ergab sich aus seiner Stellung als Hauptstadt. Angesichts des Vormarsches der Roten Armee entschieden die Generale Komorowski, Okulicki und Pelczynski am 21. Juli, den Aufstand zum Zeitpunkt des Rückzugs der Wehrmacht über die Weichsel zu beginnen und ordneten ab 25. Juli für die AK in Warschau Alarmbereitschaft an. Am 26. Juli ermächtigte die Regierung den Kommandanten der AK, den Aufstand zu einem vom ihm gewählten Zeitpunkt auszurufen. Sie ernannte ihren Delegaten in Warschau zum stellvertretenden Premier und berief drei Minister. Diese vier bildeten den Landesministerrat (Krajowa Rada Ministrow – KRM), jenes Gremium, das vor Ort die Staatsmacht verkörpern sollte.

Die Ermächtigung des AK-Kommandanten und die Ernennung des Vizepremiers sollten die Position des Premiers bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Moskau über eine künftige polnische Regierung und über die polnisch-sowjetische Staatsgrenze stärken. Unter dem Druck Churchills hielt sich Mikolajczyk vom 30. 7. bis zum 9. 8. zu Gesprächen mit dem PKWN und mit der sowjetischen Regierung in Moskau auf. Der Aufstand in Warschau und die Beherrschung der Hauptstadt sollte seine politische Trumpfkarte dabei werden. Am 3. August informierte er Stalin über den Aufstand als vollendete Tatsache - ohne um Unterstützung zu bitten. Erst beim Abschlußgespräch am 9. August bat Mikolajczyk um den Abwurf von Waffen und um Luftverteidigung gegen die Bombardierung der Stadt.

Zweifellos war für die Entscheidung, „Burza“ auch in Warschau auszuführen – und die Operation zugleich auf die Hauptstadt zu beschränken – neben der Befürchtung, die Rote Armee und die 1.

³⁸ Zit. nach A. Przygonski, Powstanie, Bd. 1, S. 338.

Polnische Armee [25:] könnten Warschau befreien, ein zweites Ereignis von ausschlaggebender Bedeutung: Der Landesnationalrat (Krajowa Rada Narodowa – KRN) berief am 21. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) zum Organ der Vollzugsgewalt im befreiten Territorium Polens. Vorsitzender dieser de facto provisorischen Regierung wurde Edward Osobka-Morawski. Der Landesnationalrat übernahm selbst die Aufgabe eines provisorischen Parlaments. Sein Vorsitzender Boleslaw Bierut wurde damit Staatsoberhaupt. Zugleich erließ der Landesnationalrat ein Dekret über die Bildung des Polnischen Heeres (Wojsko Polskie – WP), das aus der Vereinigung der Volksarmee und der Polnischen Armee in der UdSSR hervorgehen sollte. Oberbefehlshaber und Marschall wurde Michal Zymierski („Rola“). Mit dem Wojsko Polskie gab es neben der illegalen AK im Lande offizielle polnische Streitkräfte, die zudem an der Seite der Sowjetunion aktiv am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilnahmen.

Am 22. Juli 1944 richtete das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung ein „Manifest an das polnische Volk“. In diesem programmatischen Aufruf wird der Aufbau Polens als volksdemokratischer Staat im Ergebnis revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen angekündigt: Erstens eine Bodenreform, zweitens die Übernahme der Großindustrie, des Transportwesens und der Banken durch den Staat, drittens volle politische Rechte für die Werktätigen. Das Manifest kündigte eine Veränderung der polnischen Außenpolitik an, vor allem eine Politik des dauerhaften Bündnisses mit der UdSSR und eine Lösung der Frage der polnischen Ostgrenze, ebenso die Gewinnung „angestammter polnischer“ Gebiete im Westen und an der Ostsee. Als besonders dringlich wurden im Manifest all jene Aufgaben benannt, die zur Mobilisierung der Bevölkerung für eine Befreiung des ganzen Landes von der Okkupationsherrschaft führen sollten. Der eigensüchtige Monopolanspruch der bisher herrschenden Klassen Polens auf die Staatsmacht war vor aller Öffentlichkeit in Frage gestellt. Das Manifest meldete nicht nur den Anspruch des linken Lagers auf die Staatsmacht in Polen vernehmlich an, es verfügte über eine kriegstüchtige Armee, die auch wirklich Krieg gegen Deutschland führte.

[26:] Die Macht des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung als provisorische – Lubliner – Regierung³⁹ erstreckte sich auf die befreiten Wojewodschaften Lublin, Bialystok, Rzeszow und teilweise Warschau. Diese Gebiete umfaßten im Herbst 1944 rund 80.000 km² mit fast sechs Millionen Einwohnern. Das PKWN konnte sich zwar nur schrittweise durchsetzen. Doch seine ersten wichtigen Aufgaben, die Durchführung der Landreform und die Mobilisierung für den Krieg gegen Deutschland, konnte es trotz des Terrors des Londoner Lagers mit Erfolg durchführen. So verlief der Prozeß der Übernahme der Macht im befreiten Teil Polens durch das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung seit dem 21. Juli 1944 zunächst ohne ernsthafte oder größere blutige Konflikte und bot so keinen Anlaß für „einen Skandal im Weltmaßstab“, wie ihn die AK-Führung durch „Burza“ herbeiführen wollte, um ihre westlichen Verbündeten doch noch zur Aufgabe der Teheraner Beschlüsse zu nötigen.

Wie ein Damoklesschwert schwebte über den Politikern des Londoner Lagers nunmehr die reale Perspektive einer Machtübernahme durch das PKWN in ganz Polen. Dies zu verhindern, und die eigene Macht in der Hauptstadt zu errichten, bevor Rote Armee und Wojsko Polskie sie befreiten, war der politische Zweck des Aufstands. Ihm wurden alle militärischen Ziele des Aufstandes untergeordnet.

Nicht so sehr Entscheidungszwang, Besorgnis und Nervosität beeinträchtigten die Wahrnehmungsfähigkeit der AK-Führung. Vielmehr trug die politische Zielsetzung dazu bei, daß Militärs und Politiker die gegebenen Bedingungen nicht mehr nüchtern und vorbehaltlos einzuschätzen vermochten. Ihre Absicht, der Roten Armee im Interesse des eigenen Machterhalts zuvorzukommen und ihr gleichzeitig eine politische Falle zu stellen, ließ sie entscheidende Realitäten mißachten oder verkennen:

- Die sowjetische Sommeroffensive hatte der Wehrmacht ihre bisher größte Niederlage zugefügt: Eine ganze Heeresgruppe (Mitte) war zer-[27:]schlagen worden. In der irrigen Annahme, die Wehrmacht würde Warschau nicht verteidigen, sondern sich vor der sowjetischen Offensive zurückziehen, mißachteten die Generale, daß die Offensive sich Mitte Juli 1944 erschöpft hatte. Ihren

³⁹ Am 27. Juli 1944 wurde das PKWN von der UdSSR als Provisorische Regierung anerkannt.

Spitzen fehlten Treibstoff und Munition, z. T. war die Kommunikation unterbrochen. Der Widerstand der Wehrmacht vor Warschau versteifte sich. Ab 26. Juli trafen neue deutsche Divisionen ein, aus Rumänien, Holland und Italien herangeführt. Am 30. Juli erkannte die Wehrmachtführung, daß der sowjetische Panzerkeil nicht auf Warschau-Praga zielte, sondern über Radzymin auf einen Brückenkopf an Narew und Bug. Denn Warschau sollte nicht frontal über die Weichsel hinweg angegriffen, sondern umgangen werden. Im Süden bestand bereits ein Brückenkopf bei Magnuszew, den die Wehrmacht zwar blockieren, aber nicht eindrücken konnte. Gegen den sowjetischen Panzerkeil bei Wolomin und Radzymin nordöstlich von Warschau warf sie frische Truppen ins Gefecht: von Praga aus die Division Hermann Göring und die 19. Panzerdivision, von Norden die 4. Panzerdivision und von Osten die 5. SS-Panzerdivision „Wiking“ und die 3. SS-Panzerdivision „Totenkopf“. Diese Verbände erlangten gegenüber dem 3. sowjetischen Panzerkorps ein entschiedenes Übergewicht. Am 2. und 3. August konnten sie den sowjetischen Panzerkeil bei Radzymin und Wolomin abwehren und bei Okuniew stoppen. An dieser größten Panzerschlacht auf polnischem Boden waren auf deutscher Seite 500 und auf sowjetischer Seite 400 Panzer beteiligt. Die sowjetische Niederlage vereitelte den Plan, das rechte Weichselufer zu besetzen und nördlich Warschaws einen Brückenkopf zu schaffen. Die seit dem 18. Juli ununterbrochen kämpfende 2. Panzerarmee war am 6. August nicht mehr in der Lage, den Angriff fortzusetzen und ging auf der Linie Miedzylesie-Okuniew zur Verteidigung über.

In Frankreich war die Operation „Overlord“ erfolgreich. Die Streitkräfte der Alliierten konnten am 31. Juli nach schweren Kämpfen bei Avranches aus ihrem Brückenkopf ausbrechen und in großer Breite Frankreich befreien. Zeitgleich mit dem Warschauer Aufstand wurde Paris durch einen Aufstand befreit. Ebenso wie der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte trug die Landung der Alliierten dazu bei, den Entschluß zum Attentat auf Hitler endlich umzusetzen. Wenn allerdings die [28:] AK-Führung das Attentat vom 20. Juli 1944 als Symptom für eine Erosion der Okkupationsmacht ansah, so täuschte sie sich. Panikerscheinungen der deutschen Okkupationsverwaltung am 22. und 23. Juli in Warschau wurden schnell überwunden.

- Exilregierung und AK-Führung kannten die Stellungnahme der Alliierten Stabschefs vom 7. Juli, die sich für außerstande erklärten, ausreichende Mengen Waffen zur Sicherung eines Aufstandes zu liefern. Und sie ignorierten deren Aufforderung, den Termin des Aufstandes mit der UdSSR abzustimmen.
- Am 27. Juli hatte sich die polnische Exilregierung offiziell an die britische Regierung mit der Bitte gewandt, dem bevorstehenden Aufstand Unterstützung durch die Luftstreitkräfte zu geben. Doch am 29. Juli lehnte die britische Regierung offiziell jede Hilfe für den Aufstand ab. Premier Mikolajczyk verschwieg allerdings diese Information neun Tage lang vor der AK-Führung. Diese wußte aber bereits, daß weder polnische Luftstreitkräfte noch die polnische Fallschirmjäger-Brigade zur Verfügung stehen würden. Sie waren von den Briten anderweitig eingesetzt. Jan Nowak, Kurier des Obersten Befehlshabers Sosnkowski, informierte am 28. Juli in Warschau die Generale Komorowski und Pelczynski persönlich, daß sie weder auf Waffenabwürfe noch auf den Einsatz der Fallschirm-Brigade rechnen könnten.⁴⁰
- Da erst Mitte Juli entschieden worden war, „Burza“ auch in Warschau durchzuführen, waren in den Wochen zuvor noch viele Waffen aus der Stadt geschafft worden. Am 1. August verfügte die AK in Warschau über 25.000 bis 35.000 Kämpfer, von denen aber nur 2500 bis 3500 bewaffnet waren. Nur ein geringer Teil von ihnen hatte militärische Kampferfahrungen. Die Munitionsvorräte reichten für zwei bis drei Tage. Damit waren entscheidende militärische Voraussetzungen des Aufstandsplans nicht gegeben.

[29]

V. Die Entscheidung über die Auslösung des Aufstands

Die drei polnischen Generale Komorowski, Hauptkommandeur der AK, Okulicki, sein Stellvertreter, und Pelczynski, sein Stabschef, entschieden am 31. Juli 1944 um 18 Uhr, den Aufstand am nächsten

⁴⁰ Vgl. Jan Nowak, Kurier z Warszawy, Londyn 1978.

Tage um 17 Uhr zu beginnen. Der Exilpremier Mikolajczyk hatte vor seinem Abflug nach Moskau den Aufstand gebilligt, der Oberste Befehlshaber General Sosnkowski lehnte ihn ab. Die Entscheidung der Generale fand die Billigung des Delegaten Jankowski. Andere Gremien bzw. Personen wurden nicht gefragt, sondern durch Befehl informiert.

Um den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen, hatte das Triumvirat seit Mitte Juli täglich, zuletzt zweimal täglich beraten. Ausgehend von dem politischen Postulat, die eigene Macht mindestens zwölf Stunden vor dem Einmarsch der Roten Armee öffentlich zu errichten, waren die Generale einer Fehlmeldung aufgesessen: Der Warschauer Kommandeur der AK, Oberst Antoni Chrusciel („Monter“), überbrachte um 17 Uhr die Nachricht, die ersten sowjetischen Panzer seien schon in Praga, dem Stadtteil östlich der Weichsel. Die Meldung war falsch. Sie beruhte auf Hörensagen und wurde nicht noch einmal überprüft. Noch am Vortage hatte der Chef der Abt. II (Aufklärung) des Hauptkommandos der AK, Oberst Kazimierz Iranek-Osmecki, über die Zuführung frischer deutscher Truppen berichtet.⁴¹ Im Moment der Entscheidung entwickelte sich bereits der deutsche Gegenangriff. Noch am Vormittag des 31. Juli hielt Komorowski den Zeitpunkt um mehrere Tage für verfrüht. Alle drei Generale waren Befürworter einer beschleunigten Entscheidung über den Beginn, ohne Rücksicht auf eine mögliche Verständigung mit der Roten Armee. Ungeachtet dessen übte Okulicki stärksten Druck auf den zögernden Komorowski aus, dem jener sich beugte. Selbst als eine Stunde nach dieser Entscheidung Offiziere des Hauptkommandos meldeten, an der Front entwickle sich der deutsche Gegenangriff, wurde sie nicht zurückgenommen. Der Leiter der Operationsabteilung des Hauptkommandos der AK, [30:] Oberst Jozef Szostak, fragte überrascht: „Brauchten Sie denn, Herr General, den Chef der Abteilungen II und III zu dieser Entscheidung nicht?“⁴²

Die Generale standen unter einem prekären Entscheidungszwang. Der politische Zweck des Aufstandes ließ sie fehlende militärische Voraussetzungen ignorieren. Ihre Fehleinschätzung der militärischen Lage, ihr kritikloser Optimismus hinsichtlich der Chancen, die politische Funktion des Aufstandes erfolgreich durchzusetzen, war fatal und hatte fürchterliche Folgen. Obwohl der Aufstand jahrelang geplant und vorbereitet worden war, wurde er nun improvisiert und unzureichend vorbereitet begonnen.

Die Durchführung wurde der AK des Warschauer Bezirks mehr oder weniger allein übertragen. Obwohl der Aufstand neun Wochen dauerte, erhielt die Warschauer AK keine entlastende Unterstützung durch Kampfhandlungen der AK in anderen noch okkupierten Gebieten. Größere auswärtige Kontingente der AK zur Verstärkung der Aufständischen kamen nicht nach Warschau. Beim Kampf in der Stadt sollten die Aufständischen vor allem die Flugplätze Okecie und Bielany einnehmen und den Verkehr im Warschauer Eisenbahnknotenpunkt lahmlegen. Außerdem war die Besetzung des Radiosenders in Raszyn ein vorrangiges Ziel.

VI. Die erste Phase des Aufstandes

Die Aufständischen griffen am ersten Tag praktisch alle Stützpunkte der Okkupanten gleichzeitig an. Die deutschen Besatzungen waren auf den Kampf vorbereitet, so daß die Aufständischen im ersten Ansturm nur teilweise Erfolg hatten. Sie konnten die Stadtmitte und Wola besetzen, Doch in der Nacht vom 1. zum 2. August geriet der Aufstand in eine kritische Lage. Teile der AK aus Zoliborz, Ochota und Mokotow zogen sich aus der [31:] Stadt wieder in die Wälder der Umgebung zurück. An die Front geführte frische deutsche Truppenteile griffen in den Kampf ein.

In den nächsten drei Tagen gelang es den Aufständischen, faschistische Stützpunkte in der Innenstadt zu zerschlagen. In der Nacht vom 3. zum 4. August kehrten manche der ausgezogenen AK-Verbände zurück. Zur Überwindung der anfänglichen kritischen Situation trug wesentlich bei, daß mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes ein Aufstand der ganzen Bevölkerung ausgelöst wurde. Es gelang in erbitterten Kämpfen und unter großen Verlusten eine Reihe wichtiger Gebäude in Wola, Stadtmitte und Powisle, darunter die Hauptpost, das Hochhaus am Napoleonplatz, das Kraftwerk, die Militärmagazine

⁴¹ Kazimierz Iranek-Osmecki, *Zarys rozwoju AK*, in: *Niepodleglosc*, Bd. I, 1948 (London).

⁴² Zit. nach Adam Borkiewicz, *Powstanie Warszawskie 1944*, Warszawa 1969, S. 32.

in Stawky, das Rathaus und andere zu erobern. Unmittelbar nach den ersten militärischen Erfolgen wurden an den Ausfallstraßen Barrikaden gebaut. Nach den ersten Aufstandstagen hatten sie mehrere Gebiete in verschiedenen Stadtteilen unter Kontrolle: die Stadtmitte mit der Altstadt sowie Teile von Zoliborz, Mokotow, Czerniakow, Powisle, Sielce, Sadyba.

Doch die wichtigsten militärischen Ziele des Aufstandes konnten nicht erreicht werden: Keine der vier Weichselbrücken wurde eingenommen. Darüber hinaus blieben die beiden Flugplätze, die Kasernen von Wehrmacht, SS und Polizei, insgesamt mehr als 100 größere Gebäude in der Hand der Okkupanten. Mit der Beherrschung der wichtigsten Durchgangsstraßen, durch die auch während des Aufstandes der Nachschub an die Front östlich Warschaws befördert wurde, konnten die Deutschen die einzelnen Zentren der Aufständischen fast vollständig voneinander isolieren. Das deutsche Telefon- und Fernschreibsystem konnte nicht unterbrochen werden. Die Aufständischen selbst aber hatten außerordentliche Schwierigkeiten, die Kommunikation herzustellen. Das Fehlen der notwendigen Nachrichtenverbindungen in der Stadt – während die Funkverbindung mit London durchaus funktionierte – war ein schweres Handikap und trug zur Desorientierung bei.

Manche Militärhistoriker, so z.B. von Krannhals, schätzen ein, daß der Mißerfolg beim Sturm auf die Brücken und Flugplätze die Niederlage des Aufstandes praktisch vorweggenommen habe. Die Einnahme wenigstens [32:] einer Brücke wäre unerlässlich gewesen, um wirksame sowjetische Hilfe, so durch Panzer und schwere Waffen, zu ermöglichen. Die Brücken wurden schließlich am 13. September von der sich aus Praga zurückziehenden Wehrmacht gesprengt. Ebenso verhängnisvoll war der Mißerfolg beim Angriff auf die Flugplätze. Von Bielany und Okecie flogen die deutschen Stukas pausenlos ihre Angriffe gegen die Aufständischen.

Die Unterschätzung der Brücken hing jedoch direkt mit dem politischen Verständnis der Ziele des Aufstandes durch die AK-Führung zusammen: Okulicki schrieb am 6. August an Komorowski: „Wenn wir Warschau nur soweit beherrschen würden, daß eine Umsiedlung des Vizepremiers und von Ihnen möglich wäre. Für diese zwei Machtorgane müßten die zwei repräsentativsten Gebäude eingenommen werden (der Ministerrat und der Hauptstab) und eine vollständige Fassung der Staatsmacht geschaffen werden.“⁴³

Für den Aufstand waren drei Tage vorgesehen, um seine politischen Ziele zu erreichen. Wegen des Munitionsmangels befahl Komorowski am 3. August, zur Verteidigung überzugehen und Munition zu sparen. Damit ging ab 4. August die militärische Initiative wieder an die Okkupanten über. Am 5. August reorganisierte Oberst Chrusciel die Kräfte der Aufständischen. Er bildete drei Kampfgruppen mit eigener Kommandostruktur anstelle der bisherigen Bezirke der AK.

Bereits in den ersten Tagen zerfiel der Aufstand in mehrere Kampfregionen, die untereinander nur losen Kontakt hatten. Kämpfe fanden vor allem um die von den Okkupanten ausgebauten und stark verteidigten Gebäude und Anlagen statt. Die Aufständischen nutzten die ersten Tage, um nach den hohen eigenen Verlusten und dem Nichterreichen wesentlicher Ziele eine Reorganisation vorzunehmen. Da die vielen Freiwilligen nicht bewaffnet werden konnten, bildete man aus ihnen Arbeitsbataillone. Doch die Reorganisation führte nicht zu weiteren koordinierten Angriffshand-[33:]lungen, wie die Okkupanten befürchteten. Die Schwerpunkte der Verteidigung wurden von den deutschen Angriffszielen diktiert.

Da die Barrikaden den Einsatz von Panzern weitgehend verhinderten, wurde die Kämpfe vor allem als Straßen- und Häuserkampf geführt und waren von außerordentlicher Härte.⁴⁴ Die Frontlinien verliefen mitunter durch Häuser, Wohnungen und Keller. Von den Angreifern gefürchtet waren die polnischen Scharfschützen. Die Aufständischen kämpften mit großem Mut, was selbst die deutschen Faschisten notgedrungen anerkennen mußten. Nur mit Handfeuerwaffen und selbst diese in verschwindend geringer Zahl, floßten sie den mit schweren Waffen versehenen deutschen Truppen

⁴³ Zit. nach A. Przygonski, Powstanie, Bd. 1, S. 338.

⁴⁴ Auf Befehl Chrusciels wurden Wehrmachtsoldaten gefangen genommen, Angehörige der SS und der Polizei erschossen.

Angst und Entsetzen ein. Wenn sie später auch über einige schwerere Waffen verfügten, so nicht nur durch Abwürfe der alliierten und der sowjetischen Flugzeuge, sie hatten sie auch vom Feind erobert.

Die Volksarmee (AL) und andere Formationen der polnischen Linken in Warschau wurden vom Aufstand überrascht. Sie schlossen sich ihm sofort an und ordneten sich taktisch der AK-Führung unter, bewahrten aber ihre politische Unabhängigkeit und organisatorische Selbständigkeit. Die Zahl ihrer Soldaten war erheblich geringer als die AK in Warschau. Sie verfügten nur über wenige Waffen. Erst im Verlaufe des Aufstandes verbanden sich diese Einheiten des linken Aufstandsflügels näher miteinander und koordinierten ihr Vorgehen.⁴⁵ Die Volksarmee (AL), die Polnische Volksarmee (PAL) und das Sicherheitskorps (KB) schlossen sich zu den „Vereinigten Streitkräften“ zusammen. Als politische Vertretung bildeten sie die Demokratische Aufstandskoordination (Powstancze Porozumienie Demokratyczne). Sie veröffentlichte in der Schlußphase des Aufstandes am [34:] 26. September einen Aufruf „An die Bevölkerung der Hauptstadt“, in dem sie das PKWN als einziges legales Machtorgan anerkannte und die Einwohner zur Zusammenarbeit mit der Polnischen Armee und der Sowjetarmee bei der Befreiung des Landes aufrief.

Zunächst konzentrierte SS-Gruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski, der mit der Niederschlagung des Aufstandes beauftragt wurde, seine Anstrengungen darauf, die westlichen Stadtviertel Wola und Ochota zu erobern. Die mordenden und brandschatzenden „Truppen“ Reinefarths kamen allerdings nur langsam voran, der Kampf dauerte vom 5. bis 11. August. Da in dieser Zeit in den anderen von den Aufständischen gehaltenen Vierteln nur lokale Gefechte stattfanden, konnte diese Zeit zur Konsolidierung genutzt werden. Mit der Beherrschung von Wola und Ochota war allerdings auch die Verbindung der Kräfte Bachs zur Gruppe Stahel in der Stadtmitte wiederhergestellt. Nunmehr richtete sich der deutsche Angriff auf die Altstadt, während ein Generalangriff auf die anderen Zentren zunächst unterblieb. Die Aufständischen außerhalb der Stadtmitte einschließlich der Altstadt beschränkten sich darauf, ihr Gebiet zu halten.

Pausenlos bombardierten deutsche Stukas die Stadt. Außerdem setzten die Angreifer schwerste Artillerie, wie z.B. den 61-cm Mörser „Thor“ ein. Unter Bomben und Einschlägen wurden Häuser und ganze Straßenzüge zu Trümmern. Dauerbrände verwandelten sie in Schutt und Asche. Gegen die Barrikaden, Bunker und Widerstandszentren wurden mit Sprengstoff gefüllte Kleinstpanzer vom Typ Goliath sowie Flammenwerfer eingesetzt. Überschwere Sturmtriger, Flak, Sturmgeschütze und schwere Artillerie, unterstützt vom Dauerfeuer der Nebelwerfer, sollten die Stellungen der Verteidiger durchbrechen bzw. zerstören.

In die Kämpfe wurde auch die unterirdische Kanalisation einbezogen. Meldegänger und Flüchtlinge, die diese Abwässerkanäle benutzten, wurden von Granaten zerrissen oder erstickten im Rauch der Rauchbomben. Pioniere der Wehrmacht leiteten Gas in die Kanäle und brachten es zur Explosion, so daß ganze Straßenzüge in sich zusammenfielen.

[35:] Der Generalangriff auf die Altstadt begann am 12. August. In erbitterten Abwehrkämpfen konnten 7200 Kämpfer sie gegen eine doppelte Übermacht bis zum 2. September halten. Durch den Bombenterror der Okkupanten und die erbitterten Kämpfe kamen in der Altstadt in diesen Wochen 45.000 Menschen ums Leben. Nach ihrem Fall wurde der Druck auf die anderen Stadtviertel erheblich größer, denn nun wurden die freigewordenen deutschen Kräfte hier eingesetzt. Die zersplitterte Kampfesweise der Aufständischen und die fehlenden Verbindungen erleichterten es, die einzelnen Kampfgruppen des Aufstandes nacheinander zu zerschlagen.

VII. Die Reaktion der Okkupationsmacht

Die deutsche Sicherheitspolizei im Generalgouvernement war seit langem über die Aufstandsplanungen und -vorbereitungen informiert. Die umfassendsten Kenntnisse über die polnischen Widerstandsorganisationen, ihre Strukturen und Absichten hatten der faktische Leiter der Gestapo in Radom,

⁴⁵ Vgl. A. Przygonski, *Udział PPR i AL w powstaniu warszawskim*, Warszawa 1970; Jozef Sek-Malecki, *Armia Ludowa w powstaniu warszawskim*, Warszawa 1962; auf deutsch liegt dazu vor: Zenon Kliszko, *Der Warschauer Aufstand. Erinnerungen und Betrachtungen*, Berlin 1969.

Kriminalrat SS-Hauptsturmführer Paul Fuchs, und der Leiter eines Sonderkommandos des RSHA in Polen, SS-Hauptsturmführer Alfred Spilker. Fuchs machte mit Rückendeckung des RSHA seine eigene Politik ohne Rücksicht auf den Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Krakau. Er war für die polnischen Widerstandsorganisationen der gefährlichste, weil flexibelste Gegenspieler. Die Gestapo Radom verhaftete den Stabschef des ZWZ Janusz Albrecht, den Sekretär der PPR Pawel Finder und weitere führende Widerstandskämpfer. Sie inspirierte und führte die Kollaboration des Eidechsenbundes (ZJ) und mit Teilen der NSZ. Ihr wurde zu Recht eine führende Rolle in der Bekämpfung der Widerstandsbewegung zugeschrieben. Fuchs verfolgte die Taktik, die antikommunistischen Widerstandsorganisationen zu einer informellen Zusammenarbeit mit der Gestapo Radom zu führen, um gemeinsam die Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza -PPR) und die Volksgarde zu bekämpfen.⁴⁶

[36:] Abwehr und Gestapo versuchten seit 1944, direkt mit der AK-Führung ins Gespräch zu kommen. Dies gelang, wenn auch nicht auf höchster Ebene, als der Leiter der Abwehrstelle Wilna Major Christiansen und der dortige AK-Kommandeur General Aleksander Krzyzanowski („Wilk“) im Februar 1944 mehrwöchige Verhandlungen führten. Ihr Zweck war, die dortige AK, welche „Burza“ eröffnen sollte, in eine antibolschewistische Front einzubeziehen, sie mit deutschen Waffen und Nachschub zu versehen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis.

SS-Hauptsturmführer Alfred Spilker leitete ab 1942 das Referat IV AS des Reichssicherheitshauptamtes. Seine Aufgabe bestand darin, im okkupierten Polen nicht nur die Aktionen gegen die Widerstandsbewegung zu koordinieren, sondern politische Kontakte zu den verschiedensten Widerstandsorganisationen zu knüpfen.⁴⁷ Noch in letzter Stunde traf Spilker am 1. August morgens um neun Uhr mit Delegierten der Exilregierung zusammen. Zwei Stunden lang versuchte er vergeblich, sie zu veranlassen, den Aufstand abzublasen.

Nach mehreren folgenlosen Alarmierungen hatten die Okkupanten den Meldungen über den bevorstehenden Aufstand nur skeptisch Glauben geschenkt. Doch waren in der ganzen Stadt Verteidigungsbunker und Befestigungen gebaut worden. Für wichtige Gebäude wurden besondere Sicherungen geschaffen und die Verteidigung der Brücken und Flugplätze verstärkt. Kleinere Posten der Okkupanten wurden eingezogen und durch Stützpunkte ab 100 Mann ersetzt. Die deutschen Bewohner erhielten zusätzlich Waffen. Bereits am 27. Juli hatte Hitler General Rainer Stahel als Stadtkommandant eingesetzt. Alle deutschen Kräfte wurden am 1. August 1944 um 13 Uhr alarmiert, die Bewachung wichtiger Objekte verstärkt.

Überrascht waren die Okkupanten jedoch von der Kraft und dem Umfang des Aufstandes. Da die Abwehrschlacht gegen die sowjetische Sommeroffensive östlich der Weichsel tobte, und alle verfügbaren Divisionen – z. T. nach demonstrativem Marsch durch Warschau – dorthin entsandt wurden, waren in der Stadt nur wenig verfügbare Truppen, insgesamt rund 12.000 Soldaten von Heer, Luftwaffe und SS/Polizei. Zu ihnen kamen einige tausend Mitglieder der SA, von Werkschutz, Bahnschutz und andere bewaffnete deutsche Zivilisten. Sie wurden ebenso wie die sofort zusammengezogenen Einheiten von Heer, Luftwaffe, SS und Polizei General Stahel unterstellt, der die vollziehende Gewalt übernahm. Ab 5. August leitete praktisch SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach den Kampf in der Stadt. Er unterstand ab 13. August dem AOK 9 unter General Nicolaus von Vormann.

Hitler und Himmler betrachteten den Warschauer Aufstand als einen „Segen“, als die endlich gegebene Gelegenheit, Warschau und seine Bevölkerung zu vernichten. Hitler ordnete in seinem „Befehl Nr. 1“ aus den ersten Augusttagen die vollständige Zerstörung der Stadt und die Ermordung aller ihrer Bewohner an: „... es sind keine Gefangenen zu machen. Warschau muß dem Erdboden gleich gemacht werden, und es soll in dieser Hinsicht ein abschreckendes Beispiel für ganz Europa geschaffen werden.“⁴⁸ Damit würde, so Himmler am 21. September 1944 in einer Rede vor Generalen der Wehrmacht, „die Hauptstadt, der Kopf, die Intelligenz dieses ehemaligen 16-, 17-Millionen-Volkes

⁴⁶ Vgl. dazu W. Borodziej, *Terror i polityka*, a. a. O.

⁴⁷ Archiwum Panstwowe miasta Warszawy (APW), SSPF Warschau, 135. CA MSW 184/6,7,22,23; Vgl. K. Moczarski, *Rozmowy z katem*, Warszawa 1977, S. 394 (deutsch: *Gespräche mit dem Henker*, Berlin 1981)

⁴⁸ Aussage von dem Bachs in Nürnberg am 20. 1. 1946, zit. nach von Krannhals, S. 420.

der Polen ausgelöscht, dieses Volkes, das uns seit 700 Jahren den Osten blockiert und uns seit der ersten Schlacht bei Tannenberg immer wieder im Wege liegt.“ Das „polnische Problem“, so Himmler weiter, würde „geschichtlich für unsere Kinder und für alle, die nach uns kommen, kein großes Problem mehr sein.“⁴⁹

Unter dem Kommando von SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth wurden 2740 Mann SS und Polizei aus dem annektierten Wartheland, weiterhin die berüchtigte SS-Einheit Dirlewanger mit 880 Mann sowie die Brigade [38:] RONA des weißrussischen Faschisten Kaminski mit 1700 Mann nach Warschau gebracht. Zur Einheit Dirlewanger kamen in den nächsten Tagen noch 2500 SS-Männer aus dem SS-Straflager bei Danzig. Weiterhin wurde das 608. Regiment der Wehrmacht mit aserbaidzhanischen und turkmenischen Angehörigen zugeteilt. Doch auch reguläre Einheiten der Wehrmacht wurden nach Warschau geführt: Das AOK 9 verlegte das 4. Grenadier-Regiment und zahlreiche Spezialabteilungen mit schweren Waffen. Sein Einsatzkorps setzte sich aus drei Elementen zusammen: Teile der Warschauer Garnison, Teile der 9. Armee und die von Himmler entsandten SS- und Polizeikräfte. Bach gliederte sie in drei Gruppen: Die Gruppe Reinefarth griff Warschau von Westen an, die Gruppe Rohr kämpfte im Süden. Die in der Stadtmitte operierenden Einheiten unterstanden dem Stadtkommandanten Stahel. Insgesamt, einschließlich der Bedienungen von Artilleriegeschützen, Mörsern, Sturmgeschützen und Panzern verfügte Bach am 20. August über rund 21.000 Mann.

Am 5. August begann der systematische Angriff. Bach verfolgte die Taktik, die Gebiete der Aufständischen abzuspalten und die einzelnen Stadtviertel nacheinander einzunehmen. Gleichzeitig wollte er die Aufständischen von der Weichsel abdrängen. Die faschistischen Truppen in Warschau gingen mit größter Brutalität vor. Alle Viertel wurden systematisch bombardiert und mit Artillerie beschossen, Menschenansammlungen vor Wasserstellen besonders. Die von Westen eindringenden „Truppen“ unter Reinefarth mordeten am 4. und 5. August 1944 in Wola und Ochota systematisch die gesamte Bevölkerung. In diesen beiden Tagen – später dämmte Bach diesen Mordfeldzug als unzweckmäßig ein – starben von der Hand dieser Schlächter mindestens 40.000 Menschen.

Aber selbst als diese Massenschlächtereien eingeschränkt worden waren, wurde nach wie vor jeder gefangengenommene Kämpfer sofort erschossen oder mit Flammenwerfern verbrannt. Polnische Frauen trieben die deutschen Angreifer als „lebende Schutzschilde“ vor sich her. Die Gestapo ermordete alle in ihren Händen befindlichen Gefangenen. Erst als diese Massaker den Mut und den Durchhaltewillen der Aufständischen nicht zu brechen vermochten, drängte Bach die faschistische Führung zu einer Änderung: Sie versprach die Anerkennung der Aufständischen als [39:] Kombattanten für den Fall einer Kapitulation. Doch dazu wurde er schließlich von Großbritannien und den USA gezwungen, die der AK am 28. August offiziell den Status einer alliierten Armee verliehen.

VIII. Die Krise des Aufstandes

Der Verzicht auf weitere systematische Angriffshandlungen nach dem 4. August war entscheidend durch den Munitionsmangel erzwungen, Das Ausbleiben der von der Aufstandsführung versprochenen Hilfe an Waffen und Munition, der schreckliche Mangel an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten, das Ausbleiben der erwarteten sowjetischen Truppen und das Fehlen jeglicher Verbindung zu ihnen, gleichzeitig die systematische Bombardierung und der Artilleriebeschuss der Stadt führten dazu, daß die Aufstandsführung immer kritischer gefragt wurde, warum sie die versprochene Hilfe der Alliierten nicht organisieren und die Verbindung zu den Sowjets nicht aufnehmen könne.

Bereits am fünften Tag des Aufstandes begannen die Führer des Londoner Lagers in Warschau mit einer Propagandaaktion, die der wachsenden Kritik begegnen und die Entscheidung zum Aufstand rechtfertigen sollte, ohne die politisch begründete Mißachtung der Kritikgründe einzugestehen. Diese Kampagne hatte zum Ziel, die Aufstandsführung vor den Vorwürfen in Schutz zu nehmen und die Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen der Roten Armee und der polnischen Linken anzulasten. Von den zahlreichen in dieser Kampagne geborenen Legenden und Verfälschungen historischer Tatsachen sei hier nur eine erwähnt: Der Delegat der Londoner Regierung, Jankowski, warf

⁴⁹ BAP, Film 3360, Rede Himmlers in Jägerhöhe am 21.9.44.

in einer Depesche nach London der Roten Armee vor, sie hätte nach Beginn des Aufstandes absichtlich ihre Offensive vor Warschau gestoppt und verhalte sich demonstrativ passiv.⁵⁰ Diese Behauptung wurde am nächsten Tag von General Okulicki [40:] in einer Meldung an Komorowski wiederholt. Oberst Chrusciel kolportierte sie in einem Interview für das offizielle Organ des Hauptkommandos der AK „Biuletyn informacyjny“.⁵¹ Sie sollte bald Schule machen.

Der Propaganda des Londoner Lagers stehen die internen Dokumente gegenüber.⁵² So schrieb General Komorowski am 5. September 1944: „Ich meine, daß wir keinerlei Illusionen haben sollten, die sowjetische Offensive könnte jeden Tag Warschau einnehmen. Die Deutschen haben ausreichend Kräfte bereitstellen können, um die sowjetischen Angriffe aufzuhalten. Die russischen Kräfte sind außerordentlich von ihrem organisierten Hinterland abgeschnitten, sie sind steckengeblieben, es fehlt ihnen an Kommunikationsmitteln. Umgekehrt die Deutschen: Sie haben das alles zu ihrer Verfügung ... Die Weichsel schützt die Deutschen vor der russischen Invasion.“⁵³ Dieses Eingeständnis war entscheidend der Absicht Komorowskis geschuldet, die vorgesehene Kapitulation zu begründen.

Im Stab des Generals Okulicki arbeitete zur gleichen Zeit Prof. Kazimierz Kunaniecki eine Stellungnahme „Die Warschauer Schlacht“ aus, in der es hieß: „Die Ursache der Niederlage in der Schlacht um Warschau liegt im allgemeinen Zusammenbruch der sowjetischen Offensive vor der Weichsel aufgrund der um die Monatswende Juli/August neu zugeführten deutschen Divisionen, vor allem aus Rumänien. Gestützt auf diese Kräfte blockierte die deutsche Wehrmacht den sowjetischen Brückenkopf bei Warka, vereitelte den Versuch, nördlich von Warschau durchzubrechen. Vor allem aber [41:] erhielten die auf Warschau marschierenden sowjetischen Truppen in der großen Panzerschlacht bei Wolomin am 4. und 5. August den entscheidenden Schlag. Die deutschen Truppen auf dem Brückenkopf östlich der Weichsel wurden durch vier frische Divisionen verstärkt, die über den Sieg bei Wolomin entschieden. So wurde das Schicksal der Schlacht um Warschau in der sowjetisch-deutschen Schlacht am 4. und 5. August entschieden ... Es ist eine unzutreffende Annahme, die sowjetische Wehrmacht hätte Warschau deswegen nicht eingenommen, weil sie eine Vernichtung des Zentrums der polnischen Unabhängigkeit wollte. Die Wahrheit ist dagegen, daß die Sowjets am 4. und 5. August die eigene Schlacht um Warschau verloren haben.“⁵⁴ Allerdings stieß diese Ausarbeitung Kunanieckis auf die scharfe Kritik seiner Vorgesetzten und wurde unterdrückt.

Auf Intervention der polnischen Exilregierung hatte Churchill am 3. August dem Abwurf von Waffen und Munition zugestimmt. Doch sein Luftmarschall John Slessor protestierte gegen diese Entscheidung, weil die Flüge zu riskant und ihre Ziele von der sowjetischen Luftwaffe leichter erreichbar waren. Er stimmte nur dem Flug polnischer Besatzungen zu. Sie begannen in der Nacht vom 4. zum 5. August. Die britischen Stabschefs bewerteten am 7. August den Beginn des Aufstandes als vorzeitig, ließen aber trotz ihrer Vorbehalte die Flüge fortsetzen. Unter dem Druck der polnischen Exilregierung befahl Churchill Slessor, dem aufständischen Warschau ungeachtet der zu erwartenden Verluste durch die RAF zu helfen. Außerdem bat Churchill Stalin brieflich um Hilfe für das aufständische Warschau.⁵⁵ Nachdem am 14., 15. und 16. August bis zu 26 Maschinen gestartet waren, sagte Slessor angesichts des Verlustes von einem Drittel der gestarteten Flugzeuge am 16. 8. zunächst weitere Flüge ab. [42:] Am 17. 8. starteten nur vier polnische Besatzungen der RAF und in neun Nächten ab 20. August flogen jeweils nur wenige polnische Besatzungen.

In seiner offiziellen Antwort auf das Ersuchen der Exilregierung hatte das Foreign Office ihr am 14. August mitgeteilt, die Entscheidung zum Aufstand sei ohne vorherige Konsultation mit der britischen

⁵⁰ Die Kampagne war von Jankowski und Kazimierz Puzak gemeinsam initiiert worden. Ihre Depesche an die Regierung ist abgedruckt in: AK w dokumentach, Bd. 4, S. 59 f.

⁵¹ Biuletyn informacyjny Nr. 51 vom 14.8.44, zit. nach A. Przygonski, Powstanie, Bd. 1, S. 337.

⁵² J. Ciechanowski unterstreicht, daß die Generale Komorowski, Pelczynski, Chrusciel und weitere in Gesprächen mit ihm anerkannten, daß der am 30. Juli begonnene Gegenangriff die Rote Armee weit von Praga zurückgeworfen hatte; Powstanie S. 303.

⁵³ Zit. nach Aleksander Skarzynski, Polityczne przyezyny powstania warszawskiego, Warszawa 1964, S. 22.

⁵⁴ CA KC,t.202 /XVII-1, (Bitwa Warszawska), zit. nach R. Nazarewicz, Z problematyki, S. 189.

⁵⁵ Korrespondencja Stalin-Churchill oraz wybor dokumentow, Warszawa 1984, Dok. 317, S. 252.

Regierung erfolgt, die daher nicht in der Lage gewesen sei, die geplante Zusammenarbeit aufzunehmen – sowie ohne Information der sowjetischen Regierung.⁵⁶

Sowjetische Hilfe für ihre Kampfhandlungen gegen die deutschen Okkupanten hatten die Führer des Aufstandes gar nicht vorgesehen: Sie hätte zwar die Befreiung der Stadt beschleunigen können, doch die politischen Aufstandsziele ernsthaft beeinträchtigt. Zwar sollte es Aufgabe der Roten Armee sein, die Deutschen zum Rückzug zu zwingen. Doch sollten sie die Hauptstadt nicht als Befreier betreten, sondern als „Gäste“ der ihnen zuvorgekommenen, inzwischen etablierten Vertreter der Exilregierung. Sie hätten also entweder deren Macht in der Hauptstadt einschließlich bewußt brüskierender Vorschriften zu akzeptieren – oder sie sollten sich in einer Konfliktsituation internationalen Ausmaßes befinden.

Ende August/Anfang September befand sich das aufständische Warschau in einer kritischen Situation. Am 2. September fiel nicht nur die Altstadt. An diesem Tag eroberten die deutschen Truppen auch Sadyba und am 6. September Powisle: Sie beherrschten mit Ausnahme eines Zugangs in Czerniakow das gesamte westliche Weichselufer und drängten die Aufständischen systematisch von dort nach Westen.

Bombardierung und Artilleriebeschuß forderten riesige Opfer unter der Zivilbevölkerung. Außer dem Mangel an Waffen und Munition wog das Fehlen von Lebensmitteln, Wasser und Elektrizität immer schwerer. Seit dem 30. August hatten die Okkupanten die Wasserversorgung unterbrochen. Doch das entscheidende Moment der Krise des Aufstandes war, daß [43:] ungeachtet der ungebrochenen Kampfbereitschaft und der Opfer die Zuversicht in einen siegreichen und sinnvollen Ausgang des Kampfes abnahm.

Bereits am 12. August hatte General Sosnkowski in einer Depesche den Aufständischen die Kapitulation nahegelegt und für diesen Fall sein ausdrückliches Einverständnis erteilt. Davon war zu jenem Zeitpunkt jedoch keine Rede. Auch eine Aufforderungen Bachs vom 18. August an die AK-Führung, den Kampf einzustellen, blieb ohne Antwort. Er bot für den Fall der Kapitulation an, den Status des Kombattanten – also eines regulären Soldaten – für die Kämpfer der AK zu garantieren.

In der ersten Septemberwoche zeichneten sich drei Möglichkeiten ab, den Aufstand aus der Krise zu führen: 1. sich durch Luftversorgung bis zur Kapitulation der Deutschen zu halten, 2. die Kapitulation vor den Deutschen und 3. die aktive Zusammenarbeit mit der Roten Armee und der 1. Polnischen Armee zu schnelleren Befreiung der Stadt. Die erste wurde von der Exilregierung favorisiert, allein sie erwies sich als unreal angesichts der Frontlage bis Januar 1945. Die dritte schloß die AK-Führung strikt aus.

Am 7. September suchte die Aufstandsführung Verhandlungen über eine Kapitulation aufzunehmen. General Chrusciel wandte sich am 9. September an General Komorowski: „... die Kapitulation ist das Äußerste, das wir tunlichst vermeiden wollen ... Ich bitte Sie, Herr General, um Aufschub. Noch zwei Tage. Es wäre nicht gut, sich um 5 Minuten zu übereilen ... Ich schlage vor, Zymierski zu Hilfe zu rufen und ihm loyale Zusammenarbeit zu geloben. Die Bedingungen unseres Kampfes verändern sich – seien wir also elastischer, Jeder, der uns Hilfe gibt, verdient unsere Dankbarkeit – alles andere wird sich finden. Ich bitte Sie, Herr General, meinen letzten Vorschlag zu erwägen. Die Zusammenarbeit mit Zymierski entspricht uns mehr als die Kapitulation ...“⁵⁷ In seiner Antwort schrieb Komorowski: [44:] „Sich an Zymierski zu wenden ist meiner Meinung nach Verrat“ – und befahl, Kapitulationsverhandlungen aufzunehmen.

IX. Vergebene Chance

Am 10. September begannen erneut sowjetische Offensivhandlungen vor Warschau, daran nahmen auch drei Divisionen der 1. Polnischen Armee teil. Diese Kräfte konnten nach verbissenen Kämpfen den deutschen Widerstand östlich der Weichsel brechen und am 13./14. September Praga einnehmen.

⁵⁶ Documents of Polish-Soviet Relations 1939-1945, Bd. 2, London 1967, S. 342-344.

⁵⁷ Zit. nach Adam Borkiewicz, Powstanie warszawskie 1944. Zarys dzialan natury wojskowej, Warszawa 1969, S. 505.

Während nun am rechten Weichselufer sowjetische und polnische Truppen standen, hatten die Aufständischen nur noch in Czerniakow einen schmalen Zugang zum Fluß. Die Wehrmacht baute ihre Stellungen am westlichen Hochufer zu einer starken Verteidigungslinie aus. Die Kampfhandlungen in Praga führten zu einer Entlastung der Aufständischen. Da außerdem die westlichen Alliierten der AK neue Abwürfe zusagten, entschieden das Hauptkommando der AK und der Landesministerrat am 10. September, die Kapitulationsverhandlungen vorerst auszusetzen, ohne sie gänzlich abzubrechen.

Seit der Nacht vom 13./14. September warfen sowjetische und Flugzeuge der 1. Polnischen Armee bis zum 30. September fast täglich Waffen, Munition und Lebensmittel ab. Über den Fluß hinweg gaben Flak und Artillerie der 1. Polnischen Armee den Aufständischen Unterstützung, sowjetische Jäger hielten die deutschen Bomber zunehmend nieder.

Nach dem Flugverbot Slessors für britische Besatzungen vom 17. August starteten erstmals am 10. September erneut 20 Flugzeuge der RAF aus Italien nach Polen, fünf wurden dabei abgeschossen, so daß am 13. die Flüge wiederum sistiert wurden. Wie schon ab 20. August waren davon nur polnische Besatzungen der RAF ausgenommen. Dies änderte sich erst ab 18. September. An diesem Tage und am 21. flogen die letzten Flugzeuge der RAF aus Italien nach Warschau. Sie warfen ihre Güter außerhalb der Stadt ab, da von den Abwürfen über Warschau der größte Teil nicht in die Hände der Aufständischen gelangte.

[45:] Die polnische Exilregierung wandte sich wiederholt an die amerikanische Regierung und bat sie um Versorgungsflüge. Die Fliegenden Festungen der Amerikaner konnten jedoch die lange Strecke aus England oder Süditalien nur schaffen, wenn sie auf sowjetischen Flugplätzen landen und von dort zurückkehren konnten. Bis zu seiner Bombardierung durch die deutsche Luftwaffe im Juni 1944 diente dazu der Flugplatz Poltawa. Am 20. August wandten sich Roosevelt und Churchill an Stalin mit der nachdrücklichen Forderung, zur Unterstützung des Aufstandes den alliierten Flugzeugen die Landung in der UdSSR zu gestatten. Stalin antwortete ihnen, die einzige Hilfe für die Polen sei die Befreiung Warschaws. Churchill wandte sich am 4. September noch einmal an Stalin. Am 9. September gab die sowjetische Regierung ihr Einverständnis zur Benutzung sowjetischer Flugplätze. 110 sog. Fliegende Festungen (Bomber) und 70 Jagdflugzeuge der 3. Bomberdivision der US-Air-Force starteten am 18. September von England nach Warschau. Aus einer Höhe von 5000 bis 6000 Meter warfen sie 1284 Versorgungsbehälter ab – und landeten in Poltawa. Allerdings war es wegen der großen Höhe ihrer Flugzeuge sehr schwer, die Stützpunkte der Aufständischen zu treffen. So gelangte höchstens ein Fünftel der Güter in ihre Hände. Diese Aktion fand keine Wiederholung.

Der sowjetische Plan, das stark verteidigte Warschau nicht durch einen Frontalangriff über die Weichsel, sondern durch ein Umgehungsmanöver zu befreien, hatte sich auch nach der Besetzung des rechten Ufers nicht geändert. Allerdings gelang es im September ebensowenig wie im Juli/August, nördlich Warschaws einen Brückenkopf westlich von Narew und Weichsel zu errichten. Im Gegenteil, der deutsche Brückenkopf auf dem Ostufer konnte nicht beseitigt werden.

Eine mit der Besetzung des rechten Weichselufers durch die Rote Armee gegebene Chance, Warschau aus der Bewegung heraus zu befreien und die Aufständischen und die Bevölkerung zu retten, hätte nur in der kritischen Situation der Deutschen während des Rückzuges aus Praga bestanden. Sie zu nutzen, hätte es jedoch der Koordinierung des Vorgehens der Aufständischen mit der 1. Belorussischen Front bedurft. Nach dem deutschen [46:] Rückzug aus Praga waren alle Weichselbrücken gesprengt und das Westufer zur Verteidigungslinie ausgebaut.⁵⁸

Während der Kämpfe um Praga wurde die 1. Polnische Armee unter General Zygmunt Berling vom Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front, Marschall Rokossowski aus dem Brückenkopf Magnuszew in den Raum Praga verlegt. Sie sollte sich auf die Eroberung von Brückenköpfen vorbereiten. Um der Stadt möglichst schnell zu helfen, entschied sich Berling, die Weichsel aus der Bewegung heraus zu forcieren. Den Hauptangriff führte die 3. Infanteriedivision der 1. Polnischen Armee in Richtung auf Czerniakow, weil nur dort die Aufständischen noch ein Stück Ufer hielten. Die 2.

⁵⁸ Vgl. Tadeusz Sawicki, *Front wschodni a Powstanie Warszawskie*, Warszawa 1989.

Infanteriedivision führte einen Entlastungsangriff in Richtung Zoliborz. In beiden Fällen gelang es, die Brückenköpfe einige Tage zu halten. Ein weiterer kleinerer Brückenkopf zwischen der Poniatowskibrücke und der Eisenbahnbrücke wurde trotz verbissener Verteidigung sofort vernichtet, weitere Übersetzversuche an anderen Stellen scheiterten am Abwehrfeuer der deutschen Artillerie.

Nach der Errichtung der Brückenköpfe änderte Bach die Prioritäten: Vorrang hatte nun die Stärkung der Feuerkraft der Verteidigungslinie an der Weichsel und die Vernichtung der Brückenköpfe. Die Angriffe auf die noch von den Aufständischen gehaltenen Viertel wurden daher zeitweise eingeschränkt, zugleich aber deren Stellungen noch mehr von der Weichsel abgedrängt.

In der Nacht vom 15. zum 16. September landeten die ersten Einheiten des 9. Infanterieregiments in Czerniakow. In zwei Nächten konnten zwei Bataillone mit insgesamt 900 Soldaten übersetzen. Sie nahmen Kontakt zu den dortigen Aufständischen auf. Vom 16. bis zum 18. September führten die Aufstandskräfte von AK und AL gemeinsam mit den Soldaten der 1. Polnischen Armee schwere Abwehrkämpfe gegen überlegene Kräfte der Wehrmacht, die hier neben der Artillerie auch Panzer einsetzen konnte. [47:] Trotz der Unterstützung durch sowjetische Fliegerkräfte und polnische Artillerie vom anderen Ufer konnten sie den Brückenkopf nicht ausbauen. Die AK-Führung in der Stadtmitte vermied es, Schritte zum Zusammenwirken mit den übergesetzten polnischen Einheiten herzustellen, obwohl ihre Verteidigungslinie nach Westen gedrückt wurde, um sie noch mehr vom Stützpunkt Czerniakow zu isolieren. In der Nacht vom 19. zum 20. September zog sich der AK-Kommandeur von Czerniakow mit Teilen seiner Abteilung durch die Kanalisation nach Mokotow zurück. Im Brückenkopf Czerniakow verblieben nur die AK-Bataillone „Zoska“ und „Chata“ und die Soldaten des 9. Infanterieregiments der 1. Polnischen Armee. Sie lieferten den die polnische Verteidigung immer mehr einengenden Faschisten bis zum 22. September verbissene Kämpfe, wurden aber allmählich ans Ufer gedrückt. Czerniakow blieb der einzige Fall, in dem Kämpfer der AK, der Volksarmee und der 1. Polnischen Armee während des Aufstandes zusammenwirkten.

Im Norden errichteten Soldaten des 6. Infanterieregiments in der Nacht vom 17. zum 18. September einen zweiten Brückenkopf. Dieser war nicht weit von den Stellungen der Aufständischen in Zoliborz entfernt, doch diese verhielten sich passiv, obwohl Verbindung zu ihnen aufgenommen worden war. Da die übergesetzten Soldaten die Höhengschwelle auf dem Westufer im Abwehrfeuer der Deutschen nicht überwinden konnten, wurde der Brückenkopf am 21. September eingedrückt und die beiden Bataillone fast vollständig vernichtet.

Unter diesen Umständen faßte General Berling am 22. September den Entschluß, die Übersetzversuche einzustellen und die noch in Czerniakow kämpfenden Soldaten zu evakuieren. Das gelang in der folgenden Nacht nur wenigen, die anderen Aufständischen und Soldaten aus dem Brückenkopf wurden von den deutschen Siegern bestialisch umgebracht. Der Entschluß Berlings zum frontalen Forcieren der Weichsel hatte zu einer stark improvisierten Operation geführt. Sie kostete 3767 Soldaten der 1. Polnischen Armee das Leben. Viele starben bereits beim Übersetzen, denn [48:] die Armee hatte viel zu wenig Übersetzmittel. Berling wurde am 4. Oktober 1944 als Armeechef abgelöst.⁵⁹

Doch die entscheidende Ursache für den Mißerfolg der Operation, nachdem bereits zwei Brückenköpfe unter schwersten Verlusten gebildet waren, war die Verweigerung einer Zusammenarbeit der Aufstandsführung mit den Einheiten der 1. Polnischen Armee. So legte das Kommando der Volksarmee in der Innenstadt der Aufstandsführung einen Plan vor, aus der Innenstadt in Richtung Czerniakow anzugreifen, der jedoch von Chrusciel abgelehnt wurde. Denn die Aufstandsführung änderte ihre politisch bestimmte militärische Konzeption auch nach der Errichtung der Brückenköpfe nicht, die darauf hinauslief, sich im Stadtzentrum festzusetzen, um für den Fall eines durch sowjetische

⁵⁹ Wladyslaw Gomulka führt in seinen Erinnerungen die Entscheidung Berlings auch auf dessen Ehrgeiz zurück. Er schreibt: „Vom militärischen Gesichtspunkt kann man sich schwer eine so unverantwortliche Aktion vorstellen. Auf dem Posten des Kommandeurs der 1. Armee des Polnischen Heeres war Z. Berling nicht zu halten, er hatte sich in den Augen aller Soldaten kompromittiert. Anfang Oktober 1944 wurde Berling aufgrund einer Entscheidung des Politischen Büros des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiter-Partei von diesem Posten abberufen.“ W. Gomulka, *Pamietniki*, Bd. 2, Warszawa 1994, S. 479 f.

Operationen erzwungenen Abzugs der Deutschen dort die Staatsmacht zu repräsentieren. So wie sie die Bedeutung der Brücken unterschätzt hatte, so mißachtete sie die Bedeutung der Beherrschung wenigstens eines Uferstückes.

Für den Fall eines Einmarsches der Roten Armee hatte Komorowski eine Anordnung erlassen, die jede Übereinkunft mit ihr ausschloß: Sie erklärte von der AK beherrschtes Territorium gegenüber der Roten Armee zur Enklave der Exilregierung und drohte ihr im Falle der Nichtunterordnung unter AK-Vorschriften mit rücksichtslosem Krieg und selbst mit Hitler.⁶⁰

[49:] Die Führung der Roten Armee rechnete durchaus mit diesen politischen Manövern der polnischen Exilführung, war jedoch ausdrücklich bestrebt, jede mögliche Konfrontation mit ihnen zu vermeiden. Daher entschied sie auch, die 1. Polnische Armee an den Abschnitt Warschau zu entsenden. Erst als diese Armee angesichts horrender Verluste beim Übersetzen in eine kritische Lage geriet, wurde die 8. Garde-Armee zu ihrer Unterstützung eingesetzt.

Die seit dem 13. September gegebene Chance, nunmehr mit der Roten Armee direkt zusammenzuwirken, wurde von der AK-Führung nicht wahrgenommen. Zwar hatte General Komorowski am 20. September sich dazu bereit erklärt. Er bevollmächtigte General Chrusciel zur Kontaktaufnahme. Eine Funkverbindung zum Stab der 1. Polnischen Armee konnte erst am 20. September hergestellt werden, als deren Brückenköpfe auf dem westlichen Weichselufer praktisch eingedrückt waren. Zwar hatte sich General Chrusciel, der faktische militärische Leiter des Aufstandes, bereits am 8. August an General Rokossowski, den Befehlshaber der 1. Belorussischen Front, mit der Bitte um den Abwurf von Munition und schweren Waffen gewandt.⁶¹ Dies war der erste derartige Schritt. Allerdings lief das Schreiben über London. Dort wurde es propagandistisch verwandt, so wie auch die Depesche eines ehemaligen Hauptmanns der Roten Armee und späteren Wlassow-Offiziers, Konstanin Kalugin, die aus dem AK-Kommando über London an Stalin gesandt wurde.⁶² Bis Mitte September gab es keinerlei Funkverbindung mit den sowjetischen Stäben östlich der Weichsel. Auch die am 22. September von der AK-Führung an Marschall Rokossowski übermittelte Bereitschaft zur Zusammenarbeit kann angesichts des tatsächlichen Verhaltens nur als Propaganda gewertet werden.

Die Führung der Roten Armee vertrat den Standpunkt, daß eine Befreiung Warschaus von der deutschen Okkupationsherrschaft nur durch eine Ope-[50:]ration der ganzen Front möglich sei. Die den Aufständischen von der Roten Armee und der 1. Polnischen Armee auch nach dem Verlust der Brückenköpfe erwiesene Hilfe durch den Abwurf von Waffen, Munition und Lebensmitteln und den Feuerschutz durch Artillerie und Jagdflugzeuge konnte diese Operation nicht ersetzen, sondern nur noch den Zweck haben, ihre Situation zu erleichtern. Die Rote Armee hatte Funker in die von den Aufständischen gehaltenen Viertel entsandt, um die Abwürfe zu koordinieren und das Artilleriefeuer zu lenken. Ein operatives Zusammenwirken der Führungen gab es nicht.

Aber weder die Abwürfe noch andere Hilfe konnten die sich rapide verschlechternde Lage der Aufständischen ändern. Nach einer Umgruppierung der AK am 22. September kämpften die Aufständischen in drei weitläufig voneinander getrennten Stadtteilen: Zoliborz im Norden, Mokotow im Süden und Stadtmitte.

X. Niederlage und Kapitulation der Armia Krajowa

Nach der Liquidierung der polnischen Brückenköpfe am Westufer der Weichsel wurden alle Anstrengungen der Okkupanten darauf gerichtet, die verbliebenen Aufstandszentren jeweils durch einen konzentrischen Angriff nacheinander zu vernichten. Der Oberbefehlshaber der 9. Armee verstärkte zu diesem Zweck die Kräfte der Korpsgruppe von dem Bach, indem er ihr die 19. Panzerdivision und erneut die Kampfgruppe Rohr unterstellte. Es war dem AOK 9 gelungen, die deutschen Truppen vor dem 13. September geordnet und mit ihren Waffen über die Weichsel zurückzuführen. Diese

⁶⁰ Wytyczne na wypadek wkroczenia wojsk sowiejskich do Warszawy z 12.9. 44, in: Jozef Margules, Boje 1. Armii na obszarze Warszawy, Warszawa 1967, S. 433 f.

⁶¹ AK w dokumentach, Bd. 4, S. 22 und 77.

⁶² Die gründlichste Darstellung der Geschichte und der Rolle Kalugins gibt R. Nazarewicz, Z problematyki, S. 209-238.

fronterfahrenen Einheiten wurden jetzt eingesetzt, die von den Aufständischen noch gehaltenen Zentren niederzuwerfen.

Am 24. September begann der Generalangriff auf Mokotow, an dem die 19. Panzerdivision unter General Hans Källner teilnahm. Mokotow wurde bombardiert und von schwerer Artillerie beschossen. Am 26. mußte es von den Aufständischen geräumt werden. Sie zogen sich durch die Kanalisation zur Stadtmitte zurück. Die zurückgebliebenen Verteidiger kapitulierten am 27. September.

[51:] An diesem Tage eröffneten die deutschen Okkupanten die Operation „Sternschnuppe“ gegen die AK-Gruppierung in den Wäldern der Puszcza Kampinoska nördlich von Warschau. Diese Wälder waren ein Rückzugs- und Ergänzungsgebiet für die AK in der Stadt, die Verbindung riß während des Aufstandes nie ganz ab. Seit Ende August hatte die Kampinos-Gruppierung unausgesetzt schwere Gefechte geführt. Jetzt wurde sie mit Panzern, Artillerie und Flugzeugen angegriffen und am 29. September weitgehend zerschlagen.

Nach dem Fall von Mokotow wurde die 19. Panzerdivision ab 27. September gegen Zoliborz eingesetzt. Mit mehrtägigem Artilleriebeschuß setzte der Generalangriff auf die Stellungen der Aufständischen am 29. September ein. Auf Befehl der AK-Führung kapitulierte der Kommandeur der AK in Zoliborz.

Danach war es offenkundig, daß sich die Aufstandskräfte in der Stadtmitte allein nicht mehr halten konnten. Auf einer Beratung des Landesministerrates mit den Führern der AK am 28. September trug General Chruseiel vor: „Der Geist der Soldaten ist ausgezeichnet. Der Soldat hat einen gewaltigen Kampfwillen, er will sich bis zuletzt schlagen ... Die Munitionslage und der Stand der Waffen sind im allgemeinen gut, Gerät haben wir genug, um noch einige Tage kämpfen zu können. Dagegen ist die Lebensmittellage kritisch ... allgemein kann man sagen, daß nach drei Tagen der reguläre Hunger beginnen wird.“⁶³

Die politische Aufstandskonzeption hatte sich als illusionär erwiesen. Selbst die AK-Führung hielt inzwischen die militärische Aufstandsplanung für unreal. Kapitulationsverhandlungen aber nahm sie nicht zuletzt deshalb auf, um den dritten Lösungsweg aus der Krise des Aufstandes, den eines Zusammenwirkens mit der Roten Armee und der 1. Polnischen Armee, abzuschneiden. In Zoliborz hatte sich der örtliche AK-Befehlshaber auf Vorschlag der Volksarmes-Garnison entschlossen, angesichts der aus-[52:]sichtslosen Lage am 30. September auf das Ostufer der Weichsel überzusetzen. Artillerieunterstützung und Boote hatte die 1. Polnische Armee zugesagt. Doch die AK-Führung verhinderte dies und befahl ihrer Gruppierung in Zoliborz die sofortige Kapitulation.⁶⁴

Vizepremier Jankowski begründete die Kapitulation am 29. September 1944 vor dem Landesministerrat so: „Der Aufstand hatte nicht das Ziel, einen allgemeinen Krieg mit den Deutschen aufzunehmen und konnte nicht das Ziel haben, die Deutschen zu schlagen. Der Aufstand hat seine politischen und moralischen Ziele erreicht.“⁶⁵

Auf Vorschlag Bachs begannen am 30. September erneut offizielle Kapitulationsverhandlungen, die am 2. Oktober mit der Übergabe abgeschlossen wurden. 900 Offiziere und 15.000 Soldaten der AK gingen in die deutsche Kriegsgefangenschaft. Die Zivilbevölkerung der zu über 80 Prozent zerstörten Stadt wurde evakuiert, von diesen über 600.000 Menschen lieferten die Okkupanten 60.000 direkt in Konzentrationslager ein, während 70.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden. Anschließend wurden die noch vorhandenen Reste der Stadt Haus für Haus gesprengt. Diese Zerstörung wurde allein durch den angeordneten Ausbau der Stadt zur Festung geringfügig gebremst.⁶⁶

⁶³ Zit. nach Stanislaw Ploski, Dokumenty do kapitulacji powstania warszawskiego, in: Dzieje Najnowsze, Warszawa 1960, Bd. IV, S. 124.

⁶⁴ Vgl. dazu Z. Kliszko, Der Warschauer Aufstand, a. a. O.

⁶⁵ Protokoll der Sitzung der KRM vom 29.9.44, CA KC, Bd. 429/1 k 28,31. Zit. nach R. Nazarewicz, Z problematyki, S. 322.

⁶⁶ Vgl. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), Bd. 2: „Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1949-1945), Dok. 196 und 197, S. 320 f. Vgl. dazu auch die aus Anlaß

[53:] XI. Historische Verantwortung

Jahrzehntlang beschuldigten sich die Parteigänger von Sosnkowski, Mikolajezyk, Komorowski und weiteren Führern des Aufstandes gegenseitig, ihn unverantwortlich und zum ungeeigneten Zeitpunkt ausgelöst und so die Tragödie Warschaws herbeigeführt zu haben. In diesen Polemiken wurden viele Tatsachen bekannt gemacht, einst interne Dokumente publiziert, und es wurde manche Wahrheit ausgesprochen. Die heute zugänglichen Quellen erlauben, das verantwortungslose politische und militärische Vabanque-Spiel jener polnischen Politikerkaste zu dokumentieren, die im Interesse ihres Machtanspruchs das Lebensinteresse des polnischen Volkes ignorierte.⁶⁷

Diese historische Verantwortung kann jedoch in keiner Weise geeignet sein, die deutsche faschistische Führung und ihre Exekutoren bei der Niederschlagung des Aufstandes von ihrer Schuld für die Verbrechen am polnischen Volk freizusprechen: Sie ließ nach Ausbruch des Aufstandes die Insassen der Gefängnisse ermorden und die Zivilbevölkerung bombardieren. Die deutschen Truppen gingen mit größter Brutalität und absichtlicher Grausamkeit vor. Sie benutzten polnische Frauen als „lebenden Kugelfang“ vor den eigenen Truppen. Sie ermordeten bis zur Kapitulation gefangene Kämpfer durchgängig als „Banditen“ und ließen durch sog. Truppen unter Reinefarth die Bevölkerung abschlachten. Warschau wurde zerstört, seine Bevölkerung evakuiert und seine Kultur- und Baudenkmäler wurden vernichtet. Vor ihrer systematischen Zerstörung wurde die Stadt ausgeplündert: 26.319 Waggons „Räumungsgüter“ ver-[54:]meldete Gouverneur Fischer zwischen dem 15. Juli und dem 15. Dezember 1944.

Während 16.000 Soldaten des Aufstandes fielen und 6000 verwundet wurden, wurden 200.000 Warschauer Opfer der Massaker, Beschießung und Bombardierung. Rund 17.000 Tote und Vermißte sowie 9000 Verwundete zählten die deutschen Faschisten.

Nach der Kapitulation in Warschau stellte die AK die Aktion „Burza“ und den Widerstand gegen die deutschen Okkupanten faktisch ein und beschränkte sich auf Akte der Selbstverteidigung. An den Herbstkämpfen der polnischen Partisanen gegen die im verbliebenen Okkupationsgebiet westlich der Weichsel konzentrierten Fronttruppen der Wehrmacht nahm sie nicht mehr teil.⁶⁸ Am 19. Januar 1945 löste General Okulicki die AK formell auf und entband die Soldaten von ihrem Eid. Er war zuvor zum Kommandeur der neuen illegalen Formation „Nie“ (Abk. für Niepodleglose – Unabhängigkeit) ernannt worden, die im befreiten Polen den Bürgerkrieg gegen die Volksmacht führte.

Jede Einschätzung des Warschauer Aufstandes muß seinen komplizierten, heterogenen, ja hinsichtlich der Klasseninteressen kontroversen Charakter berücksichtigen. Ungeachtet dessen, daß die wirklichen politischen Ziele des Aufstandes vor den Kämpfern und der Bevölkerung verschwiegen wurden, richtete sich deren Kampf einzig und allein gegen die deutschen Okkupanten und lehrte sie das Fürchten. Die aktive Teilnahme aller, auch der nicht der AK-Führung unterstehenden, Widerstandskräfte und der gesamten Bevölkerung machte ihn zu einem antifaschistischen Volksaufstand. Der zweimonatige Kampf gegen die Okkupationsherrschaft war ein Beitrag des polnischen Volkes zum Sieg über den Hitlerfaschismus und bildet einen der Höhepunkte seines sechsjährigen Widerstandskampfes. Unter militärischen Gesichtspunkten gesehen, war der Aufstand die größte auf okkupiertem polnischem Territorium geführte Schlacht und [55:] zugleich die langwierigste bewaffnete Erhebung, die während des zweiten Weltkrieges in einer Stadt stattfand.

des 50. Jahrestages von Wladyslaw Honkisz zusammengestellten Stellungnahmen der Führer des Aufstandes, führender Vertreter der politischen Parteien des Londoner Lagers und polnischer Militärgeschichtler; Powstanie warszawskie a rozum polityczne. Wybór opinii oficerów, polityków i historyków, in: Dzis. Przegląd społeczny, Warszawa 1994, H. 8 (47), S. 91 ff.

⁶⁷ Vgl. Antoni Chrusciel, Powstanie Warszawskie, Londyn 1948; Tadeusz Bor-Komorowski, Armia podziemna, Londyn 1966; Tadeusz Pelczynski, O powstaniu warszawskim, in: Bellona, London 1955, Nr. 3; Jan Ciechanowski hat alle Führer des Warschauer Aufstandes befragt und ihre angegebenen Motive kritisch analysiert, siehe: Powstanie, S. 395 f; vgl. dazu J. Kirchmayer, Uwagi i polemiki, Warszawa 1958. Für eine Überprüfung aller Aussagen mit den Quellen bildet gegenwärtig die Sammlung „Armia Krajowa w dokumentach“, a. a. O., die wichtigste Grundlage.

⁶⁸ Vgl. WIH, Polski ruch oporu, S. 830 ff.

Für das polnische Volk war der Aufstand zugleich eine nationale Tragödie. Diese hat noch einen besonderen Aspekt: Nicht genug, daß 200.000 Menschen ermordet wurden, daß die Stadt in Schutt und Asche versank. Eine herausragende Rolle im Aufstand spielte die polnische Jugend – als Kämpfer und als Opfer. Denn in den Abteilungen der Aufständischen war die Jugend mit einem sehr hohen Prozentsatz vertreten, An den gefährlichsten Frontabschnitten kämpften die Pfadfinder-Bataillone der AK „Zoska“, „Parasol“ und „Wigry“ und das Bataillon der AL „Czwartacy“, das größtenteils aus dem Kampfbund der Jugend (Zwiazek Walczacy Mlodych) formiert worden war. Auch in den anderen Formationen der Aufständischen stellten die jungen Soldaten die Mehrheit der Kämpfer: im Regiment „Baszta“, in den Bataillonen „Szata“, „Miotla“, „Chrobry“, „Kilinski“, „Lukasinski“ und „Gustaw“, in den Abteilung der Gruppierung „Zywiciel“ in Zoliborz. Die aufständische Jugend zahlte einen ungeheuren Blutzoll: Die Bataillone „Zoska“ und „Parasol“ verloren auf den Barrikaden in Wola und im Brückenkopf Czerniakow 80 Prozent ihrer Mitglieder, von den „Czwartacy“ fielen 75 Prozent Die Mehrheit der gefallenen jungen Kämpfer waren Gymnasiasten und Studenten.

Kazimierz Sobezak schließt in der umfassenden Darstellung polnischer Militärgeschichtler über die polnische Widerstandsbewegung im zweiten Weltkrieg sein Resümee über den Warschauer Aufstand mit den Worten: „Der Aufstand bleibt eine Anklage gegen jene politischen Kräfte, die im Namen ihrer engen egoistischen Klasseninteressen, im Namen des Kampfes um die Macht sich nicht scheuten, ihn auszulösen. Die Führer erreichten keines der aufgestellten Ziele. Aber das größte Paradox war, wie der Emigrationshistoriker Jan Ciechanowski unterstreicht, daß die Macht völlig in die Hände der revolutionären Kräfte überging.“⁶⁹

[56:]

Veranstaltungen der Gesellschaft

Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1994

1. 5. Februar 1994
Wissenschaftliche Konferenz
„Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus – Probleme der Arbeitsverfassung des ‚Dritten Reiches‘: Von der Dienstverpflichtung zur ‚Vernichtung durch Arbeit‘“
2. 8. März 1994
Vortrag von Dieter Skiba (Berlin)
„**Das NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Entstehung – Struktur – Bestände**“
3. 12. April 1994
Vortrag von Prof. Dr. Gerhart Hass (Berlin)
„**Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach**“
4. 10. Mai 1994
Vortrag von Dr. Günter Wieland (Berlin)
„**Die Verbrechen der deutschen Okkupanten im zweiten Weltkrieg vor der deutschen Justiz**“

[57:] 5.30. Mai 1994

Öffentliche Buchpremiere von
„Europa unterm Hakenkreuz – Okkupation und Kollaboration“
hg. vom Bundesarchiv im Hüthig-Verlag Berlin und Heidelberg – mit Prof. Dr. Dietrich Eichholtz (Berlin)
Prof. Dr. Gerhart Hass (Berlin)
Prof. Dr. Friedrich Kahlenberg (Koblenz)

⁶⁹ WIH, Polski ruch oporu, S. 781.

Dr. sc. Fritz Petrick (Greifswald)
Prof. Dr. Werner Röhr (Berlin)
Prof. Dr. Holm Sundhaussen (Berlin)

6. 7. Juni 1994
Vortrag von Prof. Dr. Werner Röhr (Berlin)
„Kollaboration mit den Achsenmächten im II. Weltkrieg – Landesverrat oder patriotische Tat?“

[58:] **Veranstaltungen im zweiten Halbjahr 1994**

1. Dienstag, den 13. September 1994, 15.00 Uhr
Vortrag von Prof. Dr. Kurt FINKER (Potsdam)
„Der 20. Juli 1944 - Militärputsch oder Revolution?“
2. Dienstag, den 4. Oktober 1994, 15,00 Uhr
Streitgespräch mit Prof. Dr. Gerhard ARMANSKI (Frankfurt/M.)
„Das Konzentrationslager im NS-Terrorssystem'„
3. Dienstag, den 8. November 1994, 15.00 Uhr
Vortrag von Prof. Dr. Gerhard BOTZ (Salzburg)
„Die Struktur der Mitgliedschaft der NSDAP in Österreich“
4. Dienstag, den 6. Dezember 1994, 15.00 Uhr
Werkstattgespräch mit Dr. Martin SECKENDORF (Berlin)
„Griechenland in den Neuordnungsvorstellungen der deutschen Okkupanten“

Die Veranstaltungen finden in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 11-14, Saal C statt.

[59:] Wissenschaftliche Konferenz der Gesellschaft

**KAPITULATION UND BEFREIUNG
DAS ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES IN EUROPA**

am 3. und 4. Februar 1995 in Berlin.

Tagungsort: Plenarsaal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Jägerstraße 22, 10 117 Berlin (S-Bhf Friedrichstraße, U-Bhf Hausvogteiplatz u. Stadtmitte)

Tagungsgebühr: 40 DM

Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes wird es in Deutschland zahlreiche politische und mehrere wissenschaftliche Tagungen geben. Die vorgesehene Konferenz soll zwei Schwerpunkte haben:

I. DER ÜBERGANG VOM KRIEG ZUM NACHKRIEG: DAS KRIEGSENDE AUS KONKRET SOZIALGESCHICHTLICHER SICHT

Hier soll unter sozialgeschichtlichem Aspekt Prozessen nachgefragt werden, die direkt und im Massemumfang mit dem Übergang vom Krieg zum Nachkrieg zusammenhängen, also z. B.

- Wie endeten die militärischen Kampfhandlungen und wie gestaltete sich die Lage der Millionen Soldaten?
- Wie war das Ende der hunderttausenden KZ-Häftlinge vor und nach ihrer Befreiung?
- Welche Wirkungen hatte das Kriegsende auf die Millionen Flüchtlinge?
- Welche unmittelbaren Konsequenzen hatte das Ende des Bombenterrors und der Kampfhandlungen am Boden für die Lage der Zivilbevölkerung?
- Welche Konsequenzen hatte die Kapitulation als definitives Ende des NS-Herrschaftsregimes auf allen Ebenen für die Bevölkerung?
- Welchen Einfluß hatten die Besatzungsregime auf die Lage der Bevölkerung, welche sozialgeschichtlichen Akzente setzten sie für deren Veränderung?

[60:] Mit diesen Fragen sollen die Kampfhandlungen, Kapitulationen, politischen Verhältnisse und Besatzungsregime etc. nicht aus dem Blickfeld verschwinden, sondern werden dem Thema eingeordnet werden. Zu diesen Fragen liegen keineswegs schon immer Forschungen vor. Die Konferenz soll dazu beitragen, vorliegende Arbeiten über verschiedene Regionen vorzustellen, zu diskutieren und zu vergleichen und damit weitere Untersuchungen anregen.

II. RESULTATE DES KRIEGES: IRREVERSIBLE UND REVERSIBLE KONSEQUENZEN DER NIEDERLAGE DEUTSCHLANDS

Die Tagung soll angesichts des definitiven Endes der Nachkriegsordnung in Europa nach den irreversiblen und den reversiblen Folgen der Kapitulation für die einzelnen Länder fragen und in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Bedeutung des 8. Mai 1945 diskutieren. Dabei geht es

- um den Zusammenhang von Kapitulation und Befreiung,
- um die Wirkungen dieser Zäsur innerhalb des Feldes von Kontinuität und Diskontinuität deutscher und europäischer Geschichte,
- um die kontroversen Wertungen des 8. Mai 1945 in der Geschichtsschreibung
- und um die künftige Bedeutung der Resultate dieses Krieges für die Entwicklung der europäischen Länder.

Die Konferenz soll deutsche Historiker mit Kollegen aus den Nachbarländern zusammenführen, um sowohl die sozialhistorischen Aspekte als auch die Bedeutung der Resultate des Krieges für einzelne Länder und Regionen streitbar - und vergleichbar zu erörtern.

Anmeldungen an die:

Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.

Postfach 649, D- 10128

[61:] Vorläufiges Tagungsprogramm

(Änderungen vorbehalten)

SEKTION I: 3. Februar 1995

Das Kriegsende aus konkret sozialgeschichtlicher Sicht

10.30 Uhr:

- Prof. Dr. Hieronym Szezegola (Zielona Gora): Vom Rückzug der Wehrmacht über die sowjetische Militärverwaltung zur polnischen Verwaltung – das Kriegsende in Niederschlesien
- N. N. (Szezecin): Stettin zwischen März und August 1945
- Miroslav Karny (Prag), angefragt: Das Ende der deutschen Okkupation in Böhmen
- Diskussion

12.00 Uhr

- Dr. sc. Fritz Petrick (Greifswald): Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945
- Dr. Hans Umbreit (Freiburg), angefragt: Die Befreiung Frankreichs und das Ende des Krieges für Frankreich
- Diskussion

Mittagspause

14.30 Uhr

- Dr. Brunello Mantelli (Turin), angefragt: Sozialgeschichtliche Fragen des Kriegsendes in Norditalien
- Prof. Dr. August Walzl (Klagenfurth): Sozialgeschichtliche Aspekte des Kriegsendes in Slowenien, Kärnten und Friaul
- Dr. Martin Moll (Graz): Sozialgeschichtliche Folgen des Kriegsendes in Österreich

- Diskussion

[62:] 16.00 Uhr

- Dr. Klaus Scheel (Berlin): Das Ende des II. Weltkrieges in der Provinz Brandenburg - sozialgeschichtliche Aspekte
- Sektionsdiskussion

SEKTION II: 4. Februar 1995

DER ÜBERGANG VOM KRIEG ZUM NACHKRIEG: Irreversible und reversible Konsequenzen der Niederlage Deutschlands

10.00 Uhr

- Dr. Wolfram Wette (Freiburg): „Sonderweg“ und „Normalität“: Die Zäsur von 1945 im Lichte neuer Geschichtsinterpretationen
- Prof. Dr. Gerhart Hass (Berlin): Kontroversen zur Wertung des 8. Mai 1945 in der Geschichtsschreibung der DDR und der BRD
- Dr. Dr. Karl Heinz Roth (Hamburg) Nachkriegsplanungen in der deutschen Wirtschaft und ihre Umsetzung
- Diskussion

11.30 Uhr:

- Prof. Dr. Gerhard Botz (Salzburg) – angefragt: Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für die Entwicklung Österreichs
- Prof. Dr. Ryszard Nazarewicz (Warschau): Die Bedeutung des 8. Mai 1945 für die Entwicklung Polens
- Prof. Dr. Enzo Collotti (Florenz), angefragt: Die deutsche Kapitulation in Norditalien und ihre Bedeutung für die Nachkriegsentwicklung Italiens
- Diskussion

Mittagspause

14.30 Uhr:

- Prof. Dr. Werner Röhr: Das Ende der Nachkriegszeit – Aufhebung der Resultate des zweiten Weltkrieges?
- Prof. Dr. Ernst Hanisch (Salzburg), angefragt
- Abschlußdiskussion

[63:]

Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft

Gerlinde Grahn

Beuteakten in russischen Archiven

Unter dem Thema „Beuteakten in russischen Archiven“ führte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. am 14. September 1993 eine Veranstaltung durch. Daß dieser Gegenstand von großem wissenschaftlichem und nicht nur spektakulärem Interesse für die Medien ist, zeigte die Anwesenheit von über vierzig Historikern. Interesse bekundeten weitere Forscher, die aus unterschiedlichen Gründen verhindert waren, an der Veranstaltung teilzunehmen. Der Gesprächsleiter Dr. Klaus SCHEEL (Berlin) hatte in Vorbereitung der Veranstaltung eine Reihe von Historikern, die in jüngster Zeit russische Archive benutzt hatten, veranlaßt, über ihre Erfahrungen zu berichten. Einleitend war Dr. Wilhelm LENZ, Archivdirektor im Bundesarchiv Koblenz, der seit einigen Jahren als Mitglied einer Arbeitsgruppe zur Rückführung deutscher Archivalien aus Rußland tätig ist, gebeten worden, über den derzeitigen Stand der Arbeiten zu berichten. Nach ersten, sehr erfolgversprechenden Verhandlungen zwischen der russischen Archivverwaltung und dem Bundesarchiv, in denen Fristen für die Rückführungen in einem relativ kurzem Zeitraum und weitgehende materielle Unterstützung von Seiten der BRD vor allem für ein umfangreiches Verfilmungsprogramm beraten wurden und letzteres schon in Gang gekommen war, stagnieren die Bemühungen seit die Rückgaben in die regierungsoffiziellen Verhandlungen um den Kulturgutaustausch einbezogen wurden. Die zügige Verfilmung von Akten und Findhilfsmitteln und die nachfolgende Übergabe scheinen wieder in die Ferne gerückt zu sein. Der Zugang zu dem im Mittelpunkt des Interesses stehenden „Sonderarchiv“ ist jedoch gewährleistet. Durch die Veröffentlichung verschiedener Bestandsinformationen¹ ist ein relativ gu-[64:]ter Überblick über die Quellenlage gewährleistet. Benutzer, wie Dr. Klaus SCHEEL und Dr. Jutta PETERSDORF (Berlin) vermittelten zusätzliche Informationen zu den schon gedruckt vorliegenden und wiesen darauf hin, daß ihnen von den russischen Archivaren die gewünschten Findhilfsmittel vorgelegt, die entsprechende Akteneinsicht gewährt und auch die Bestellung von Kopien ermöglicht wurde.

Über das Sonderarchiv hinaus vermittelten weitere Teilnehmer des Gesprächs ihre Kenntnisse über weitere russische Archive. Dr. Erhard MORITZ (Potsdam) informierte in einem gemeinsam mit Dr. Kurt ARLT (Potsdam) vorbereiteten Beitrag über deutsche Akten im Militärarchiv beim russischen Generalstab und im ehem. sowjetischen Militärhistorischen Institut. Der Beitrag wurde ergänzt durch Erkenntnisse, die Dr. Klaus DROBISCH (Berlin) in den gleichen Institutionen im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Geschichte des zweiten Weltkriegs gewinnen konnte. Für ihre Forschungen zur sowjetischen Einflußnahme auf ostdeutsche Transformationsprozesse 1949-1953 benutzte Dr. Elke SCHERSTJANOI (Berlin) die Bestände verschiedener Moskauer Archive. So konnte sie zum wiederholten Male im Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten arbeiten, hatte die Möglichkeit erstmalig im Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der Neuesten Zeit (Akten bis 1952) Einsicht in das Bestandsverzeichnis der Außenpolitischen Abteilung des ZK der KPdSU zu nehmen, arbeitete im Zentrum zur Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente (Akten ab 1952) und im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (ehemals Zentrales Staatsarchiv der Oktoberrevolution der UdSSR). Für alle benutzen Archive konstatierte sie inhaltlich befriedigende Ergebnisse, aber auch eine gewisse Unsicherheit der russischen Archivare in der Aktenvorlage in Bezug auf das von ihr bearbeitete Thema, verursacht auch durch die zu diesem Zeitpunkt noch fehlende verbindliche Archivgesetzgebung. Wie andere Forscher verweist auch sie auf eine Kommerzialisierung in der Benutzung in dem Sinne, daß für die Anfertigung von Kopien und die Lizenzierung des Dokumentenabdrucks unvertretbar hohe Gebühren gefordert werden.

¹ Siehe u.a. Götz Aly/Susanne Heim: Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf 1992.

[65:] Zu den Beständen und den in ihnen enthaltenen deutschen Dokumenten im Russischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZChIDNI) (ehem. Zentrales Parteiarchiv beim ZK der KPdSU) äußerten sich Dr. Gerlinde GRAHN (Potsdam) und Dr. Rolf HECKER (Berlin). G. Grahn ging auf Erfahrungen aus der Arbeit an einer gemeinsamen Quellenpublikation deutscher und russischer Archivare und Historiker ein und vermittelte Kenntnisse der russischen Archivfachliteratur zum Gegenstand. Hecker berichtete über konkrete Rechercheergebnisse zu den Erwerbungen des Marx-Engels-Instituts unter Leitung David Rjasanows in den zwanziger Jahren im Zusammenhang mit der Erwerbung des Marx-Engels-Nachlasses und die ab 1945 vom Moskauer Parteiarchiv systematisch vorgenommenen Ermittlungen und Erwerbungen von Dokumenten von Marx und Engels und aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung, wie des Nachlasses von Lassalle und den von DDR-Seite erfolgten Schenkungen, z.B. aus der Bibliothek von Marx und Engels. Dr. Viktor KNOLL (Berlin) ergänzte die Mitteilungen mit Informationen zum Zentrum für die Bewahrung zeitgeschichtlicher Dokumente, das die Archive des Apparats des ehemaligen ZK der KPdSU aufbewahrt.

Dr. Jens EBERT(Berlin) berichtete über Studien im Wolgograder Museum im Zusammenhang mit seiner Publikation der Briefe deutscher Soldaten aus dem Kessel von Stalingrad. Im dortigen Museum befinden sich in größerem Umfang noch fast unerschlossene Briefe in größerer Menge, die ohne größere Probleme nutzbar seien. Prof. Dr. Gerhart HASS (Berlin) gab seine Erfahrungen aus der Arbeit im ehemaligen Parteiarchiv des Gebiets und der Stadt Leningrad wieder. Er hatte dort längere Zeit sehr erfolgreich sowohl Berichte sowjetischer Politorgane aus der Zeit der Blockade Leningrads durch die deutschen Faschisten als auch Briefe und Aussagen deutscher Soldaten und Kriegsgefangener auswerten können.

Insgesamt kann man sicher von einer gelungenen Veranstaltung sprechen, zumal neben Hinweisen auf Quellen zur deutschen Geschichte auch sehr [66:] viele praktische, heute unverzichtbare Tips für die Vorbereitung und Durchführung der Archivbenutzung vermittelt wurden.²

² Sehr hilfreich, weil praktische Benutzungshinweise vermittelnd, ist der Beitrag von Jan Foitzik (Mannheim): Zur Situation in Moskauer Archiven. In: IHK 1993, S. 299-308.

[67:]

Martina Dietrich

Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus

Die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. hielt am 05. 02. 1994 die zweite wissenschaftliche Jahrestagung seit ihrer Gründung ab.

Gegenstand der Beratung der anwesenden Wissenschaftler war die „Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus“, oder wie es im Untertitel der Veranstaltung hieß „Probleme der Arbeitsverfassung des ‚Dritten Reiches‘: Von der Dienstverpflichtung zur ‚Vernichtung durch Arbeit‘“.

Mit diesem Themenkreis wandten sich die Mitglieder und Gäste der Gesellschaft dankenswerter Weise der vertiefenden Diskussion und Aufarbeitung von historischen Problemen zu, die bisher noch nicht erschöpfend bearbeitet werden konnten. Die Defizite in der Bearbeitung ergeben sich aus der Vielfalt der mit dem Thema „unfreie Arbeit“ verbundenen Fragestellungen, aus der oft nur schwer zugänglichen Quellenbasis und schließlich auch aus den Forschungsergebnissen, die sehr sensible Bereiche der Täter-Opfer-Beziehungen berühren:

Sich in der Gegenwart mit Zwangsarbeit, „Vernichtung durch Arbeit“ oder Unfreiheit des Erwerbslebens in einer faschistischen Diktatur zu beschäftigen, heißt auch die Frage nach den Nutznießern aus dieser Form der Arbeit zu stellen und die Frage nach der aktuellen Würdigung der Opfer einschließlich der Wiedergutmachungsmöglichkeiten zu behandeln. Schon allein dieses Spannungsfeld zu umreißen, gab der Konferenz einen interessanten Impuls, der nicht vordergründig, aber doch latent spürbar war.

Die Hauptreferenten hatten sich in ihrer Erörterung folgenden spezifischen Problemkreisen zugewandt:

Faschismus und unfreie Arbeit in Deutschland 1933-1945 (Dietrich EICHHOLTZ – Berlin); Von der Dienstverpflichtung zur „Vernichtung durch Arbeit“ (Karl Heinz ROTH – Hamburg); Struktur der industriellen [68:] Frauenarbeit (Rüdiger HACHTMANN – Berlin); Unfreie Arbeit bei VW (Manfred GRIEGER – Bochum).

In den Darlegungen von EICHHOLTZ und ROTH wurden sowohl theoretische als auch empirische Forschungsergebnisse vorgestellt, die sich mit der Definition und Funktion unfreier Arbeit in der Entwicklung moderner industriekapitalistischer Staaten in unserem Jahrhundert im allgemeinen und im „Dritten Reich“ im besonderen befassen. EICHHOLTZ vertrat die Auffassung, daß es sich bei der unfreien Arbeit um ein konstitutives Element des Faschismus handelt und möglicherweise sogar um eine allgemeine Tendenz des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts. ROTH spitzte die These zu, indem er die konkreten Formen der Zwangsarbeit als Ergebnis, als systematische Synthese aller aus dem 19. und 20. Jahrhundert bekannten unfreien Ausbeutungsformen, bezeichnete.

Beide Referenten brachten zum Ausdruck, daß die Definition der „unfreien Arbeit“ bisher noch unbefriedigend und mit vielerlei Mängeln behaftet ist. EICHHOLTZ schrieb ihr Charakteristika wie Entwürdigung und Knechtung, rassistische Differenzierung, soziale Korruption und Demagogie zu und machte die Stationen der Installation eines Zwangssystems der unfreien Arbeit im Deutschland des Nationalsozialismus deutlich: Als Grundstein des Systems bezeichnete er das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 und verwies damit auf die Tatsache, daß mit der Machtübernahme des Hitler-Regimes die Arbeitsverhältnisse in Deutschland schrittweise ihrer freiheitlichen Elemente beraubt wurden. Danach gingen die Nazis daran, die gewonnenen Erfahrungen daraus am Umgang mit ausländischen, jüdischen oder sich in Gefangenschaft befindlichen Menschen weiter zu pervertieren bis hin zur „Vernichtung durch Arbeit“. Über die Beseitigung der Freiheit der Arbeiter, sich in politischen und wirtschaftspolitischen Interessenvertretungen zu organisieren, die Beseitigung der Möglichkeit der freien Wahl der Arbeitsbedingungen und der Beseitigung der betrieblichen Mitbestimmung führte der Weg zu einem durch außerordentliche Vielfalt, Lückenlosigkeit und nie

gekannte Rigorosität der Ausweitung des Systems unfreier Arbeit bis zur Einknüpfung halb Europas in dieses Netz aus Gewalt und Hunger.

[69:] Das bis Kriegsbeginn codifizierte und erprobte System brachte den deutschen Arbeiter mehr und mehr in eine unwürdige Doppelstellung, in der er sich von Propaganda und Ideologie korrumpieren ließ und schließlich selbst nicht selten zum Mittäter und Mordgehilfen gegen ausländische Zwangsarbeiter aus den okkupierten Gebieten, den Kriegsgefangenen- oder Konzentrationslagern wurde. Die Einbindung der deutschen Arbeiter in den vielerorten stattgefundenen betrieblichen Terror wurde hier nur angedeutet, in der Diskussion aber nochmals aufgenommen und als wichtiges Feld der weiteren Forschung umrissen. Die Quellenüberlieferungen sind nach bisheriger Erkenntnis der Anwesenden leider zu diesen Bereichen sehr dürftig.

ROTH sieht eine der Ursachen für den noch unbefriedigenden Stand der Definition in der bisher nur mangelhaften sozioökonomischen Analyse der unfreien Arbeitsverhältnisse im „Dritten Reich“.

Sein Vorschlag zur Definition unfreier Arbeitsverhältnisse basiert auf marxistischer Interpretation des kolonialen Kapitalismus und beschreibt sie als durch doppelte Enteignung der unmittelbaren Produzenten konstituiert: Expropriation von den Produktionsmitteln und den Subsistenzmitteln, verbunden mit dem gleichzeitig verwehrten Zugang oder Rückzug der eigenen Arbeitskraft vom Markt, rundeten bei Roth den Definitionsversuch ab.

Auf Interesse und Widerspruch stießen seine Ansichten zur Genese der unfreien Arbeitsverhältnisse in Deutschland beginnend mit den ausgehenden 20er Jahren (R. HACHTMANN). Der Redner wies in seinen auf methodische Fragen der Forschung ausgerichteten Darlegungen schlaglichtartig auf zahlreiche Forschungsdesiderata hin: So beispielsweise die Dienstpflicht, die Zwangsmobilisierungen in den besetzten Gebieten durch die Organisation Todt oder auch sehr frühe Formen der „gebundenen Arbeit“ wie Pflichtarbeiten bei den Kommunen u. a.

HACHTMANN erörterte in seinem Referat Probleme der Frauenarbeit im NS-Staat und wandte sich ausführlich den Strukturen industrieller Frauen-[70:]arbeit zu. Seiner Forschung lagen drei Aspekte zugrunde; der geschlechtsbezogene, der klassenbezogene und der rassistische.

Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft, so stellte der Redner fest, stieg der Anteil der deutschen Frauen an der Industriearbeit drastisch an, wogegen er von 1933 bis 1937 bis auf 24,7% etwas gesunken war. Den Rückgang erklärte HACHTMANN damit, daß in den ersten Jahren des NS-Regimes hauptsächlich die rüstungsrelevanten und bis dahin männerdominierten Industriezweige erweitert wurden. Danach machten sich strukturelle Wandlungen bemerkbar, die sowohl auf die drastisch gekürzten Effektivlöhne der Männer (oder wie Roth es beschrieben hat, auf die Einfrierung der Lohnpolitik auf die frühen 30er Jahre und die deflationäre Drosselung des Massenkonsums) als auch auf generelle Modernisierungsschübe in der Industrie und der Einbindung der Frau darin, zurückzuführen sind.

So wies der Vortragende an statistischen Belegen nach, daß die Lebenslänglichkeit der Erwerbstätigkeit als ein Indikator von Modernität zunahm. Verheiratete Frauen in einem Alter über 40 Jahren nahmen anteilmäßig spürbar zu. Gleichzeitig waren eine verstärkte Einführung der Teilzeitarbeit und sozialpolitische Hinwendung des Staates zum Schutze der Frauen zu beobachten.

HACHTMANN begründete dies vor allem mit rassenpolitischen Zielen der Machthaber, nämlich der Sicherung der Gebärfähigkeit der Frau und damit der Sicherung der „Aufartung“ des deutschen Volkes.

Demgegenüber ließ sich feststellen, daß zunehmend ausländische Arbeiterinnen in die industrielle Massenfertigung und Rüstungsproduktion eingegliedert wurden und bis zum Kriegsende mehr als drei Viertel aller in der Industrie Tätigen ausmachten. Mutterschutz der deutschen Frauen wurde auch unter Mißachtung der gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeiterinnen erkaufte. Das rassistische Element in der nationalsozialistischen Politik gegenüber der industriellen Frauenarbeit charakterisierte HACHTMANN als wirkungsmächtig.

[71:] Die regionalgeschichtliche Forschung zum oben genannten Thema am Beispiel der Volkswagenwerke GmbH stellte GRIEGER vor. Er verwies darauf, daß diese Art der Forschung stets mit dem Mangel an Repräsentativität behaftet ist, aber trotzdem einen wichtigen Platz in der Aufhellung der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung einnimmt. Die Bedeutung der Untersuchungen ergibt sich u.a. daraus, daß festgestellt werden konnte, daß die Volkswagenwerke eine Vorreiterrolle bezüglich der unfreien Arbeitsverhältnisse in Deutschland einnahmen. Seine Darlegungen konzentrierten die Beweislegung auf drei Schwerpunkte: Erstens auf den außerordentlich hohen Anteil ausländischer Zwangsarbeiter an der Gesamtbelegschaft, zweitens an dem vergleichsweise frühen Beginn der Rekrutierung von Zwangsarbeitern und drittens schließlich an der herausragenden Nutzung von Häftlingen aus Konzentrationslagern für die Produktion. Insgesamt stellte er fest, daß VW weder Modell noch Ausnahme bezüglich der unfreien Arbeit, die GRIEGER begrifflich enger als die ersten beiden Referenten – nämlich strikter bezogen auf alle Formen der Zwangsarbeit – faßt, war.

Die Diskussion machte deutlich, daß die Meinungsverschiedenheiten der Anwesenden sich um drei große Bereiche gruppieren:

Einmal handelt es sich dabei um das Problem, ob Zwangsarbeit effektiv sein kann, ob sie kompatibel mit den modernen Industrieproduktionen dieses Jahrhunderts sein kann, oder ob unfreie Arbeit nicht eher dysfunktional im Industriekapitalismus wirken muß (Werner RÖHR). Zum anderen machte die unterschiedliche Verwendung des Begriffs „unfreie Arbeit“ deutlich, daß die Forschung hier weiter an der Definition des Charakters, der Wirkungsweise und auch an der Analyse der konkreten Erscheinungsformen arbeiten muß. Die Diskussionsbeiträge von Klaus DROBISCH (Berlin), Peter WITTE (Hemer) u.a. machten außerdem deutlich, daß große Bereiche der unfreien Arbeit bzw. generell der Arbeitsverhältnisse in der NS-Zeit unterbelichtet sind. Dazu gehören die Arbeit der Justizhäftlinge, die Heimarbeit, die verschiedenen Formen von Frauenarbeit, die Zwangsarbeit unter der Befehlsgehalt der Organisation Todt und der an den Bauvorhaben beteiligten hunderten kleinen Baufirmen oder die Verwicklung des NSKK und der regulären Polizeieinheiten in die [72:] „Vernichtung durch Arbeit“. Gerhart HASS (Berlin) wies mit Zustimmung der Anwesenden darauf hin, daß die Zwangsarbeit in der stalinistischen Sowjetunion ebenfalls zur Klärung des Charakters und der Funktion unfreier Arbeit beitragen kann und muß.

[73:]

Wolfgang Thormeyer

Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach

Am 12. April 1994 hatte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zu einem Vortrag von Gerhart HASS (Berlin) zum Thema „Die Blockade Leningrads – 50 Jahre danach“ in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße eingeladen.

Einleitend wies Gerhart Hass darauf hin, daß viele mit diesem Thema zusammenhängenden Probleme noch ungeklärt und seine Ausführungen deshalb als eine Art Werkstattgespräch zu betrachten seien. Er informierte über den aktuellen Stand der Forschungen, vor allem über neue Erkenntnisse nach der Einsicht in bis vor wenigen Jahren noch unzugängliche Dokumente aus russischen Archiven. So gab es nach neuesten Angaben, entgegen der bisher genannten Zahl von ca. 500.000 bis 600.000, mindestens 800.000 zivile Blockade-Opfer. Keine Angaben lagen bis in die jüngste Zeit über die bei der Verteidigung Leningrads gefallenen Sowjetsoldaten vor. Im letzten Jahr ermöglichten erstmals veröffentlichte, nach einzelnen Fronten und Divisionen aufgegliederte Verlustlisten der Roten Armee für den Zweiten Weltkrieg, die Zahl mit insgesamt 932.473 Toten und Vermißten anzugeben.

Im ersten Teil seines Vortrags behandelte Gerhart HASS politische und militärische Fragen der 827 Tage dauernden Blockade Leningrads. Er hob hervor, daß die Ziele der politischen Führung des faschistischen Deutschland auf die Vernichtung der Stadt ausgerichtet waren. So habe Hitler schon am 8. Juli 1941 gefordert, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen. Im Gegensatz dazu standen Planungen der deutschen Industrie, wie man diesen Raum ökonomisch ausbeuten könnte. Das Vorhaben scheiterte in dem Maße, wie der deutsche Blitzkrieg nicht nur in der Mitte und im Süden, sondern auch im Norden der deutsch-sowjetischen Front scheiterte. Gerhart HASS ging auf den seit 1985/86 unter russischen Historikern geführten Streit um die Verteidigung Leningrads ein, der auch im Januar 1994 auf einer Konferenz in St. Petersburg fortgesetzt wurde. Einige Historiker vertreten, über verschiedenste politi-[74:]sche Richtungen hinweg, die Auffassung, daß man Leningrad hätte aufgeben sollen und fragen, warum die Stadt keineswegs auf eine Verteidigung oder Blockade vorbereitet war. Vor allem wird die Frage diskutiert, ob eine Aufgabe Leningrads nicht aus humanitären Gründen angebracht gewesen wäre, angesichts der Tatsache, weder die Bevölkerung versorgen noch ausreichend Güter in die Stadt schaffen zu können. Bis September 1941 war es zwar gelungen, einen Teil der Rüstungsindustrie mit den Facharbeitern aus dem bedrohten Leningrad zu verlagern, aber eine Evakuierung der Bevölkerung, überwiegend Frauen, Kinder und alte Leute, wurde nicht erwogen. Der Führung hätte bewußt sein müssen, daß im Falle einer Belagerung der Stadt Tausende umkommen würden. Die Antwort scheint klar: Noch im Juni 1941 ging die sowjetische Militärdoktrin von der These aus, nach kurzer Zeit den Gegner auf sein eigenes Territorium zurückschlagen zu können. Deshalb habe es in Leningrad wie an allen Fronten praktisch keine Vorbereitung auf eine Verteidigung oder gar eine jahrelange Belagerung gegeben.

Andere Historiker führen stichhaltige Gegenargumente an. So gehe aus deutschen Führungsdokumenten hervor, daß die Absicht bestand, eine Kapitulation Leningrads nicht anzunehmen und, falls Teile der hungernden Bevölkerung aus der Stadt auszubrechen versuchten, diese niederzuschießen. Außerdem sei es hinsichtlich der späteren Massenmorde von Auschwitz zweifelhaft, ob die Aufgabe Leningrads das Leben Hunderttausender gerettet hätte. Auch eine andere, in erster Linie militärische Argumentation spräche sehr dafür, daß es trotz der ungeheuren Verluste richtig gewesen war, die Stadt zu halten und zu verteidigen.

Erstens wäre bei einer Kapitulation Leningrads der gesamte Nord-Flügel der Front für die Sowjetunion zusammengebrochen, die dort gebundenen deutschen Truppen hätten vor Moskau oder Stalingrad eingesetzt werden können. Zweitens hätte sich dann möglicherweise die finnische Politik geändert, die besonders nach dem Scheitern des deutschen Blitzkrieges betonte, einen Parallelkrieg zum deutsch-sowjetischen Krieg für rein finnische Belange zu führen. Drittens wäre mit der Aufgabe Leningrads ein deutscher Vormarsch in Richtung Murmansk und Archangelsk möglich gewesen. Außerdem wäre

die Bahnverbindung, teilweise auch die Schiffs-[75:]verbindung, über die ein Großteil der amerikanischen, britischen und kanadischen Hilfslieferungen an die sowjetischen Fronten gelangte, unterbrochen worden. Der Fall der Stadt hätte auch das Ende der Baltischen Flotte bedeutet. Für die Vertreter dieser Argumentation ist deshalb die Verteidigung Leningrads mit von kriegsentscheidender Bedeutung gewesen. Die Schwierigkeiten der Debatte liegen u.a. darin, daß sich damals kämpfende Militärs in ihrer Ehre bedroht fühlen und bisher kaum Dokumente aus den Archiven veröffentlicht worden sind, die belegen könnten, daß die sowjetische Führung tatsächlich von solchen militärischen Argumenten ausgegangen ist.

Der zweite Teil des Vortrags von Gerhart HASS befaßte sich mit dem deutschen Besatzungsregime im Leningrader Gebiet. Dazu liegt bisher keine Arbeit vor, außer zur Partisanentätigkeit auch keine sowjetische Veröffentlichung. Das Thema Kollaboration und die Frage, bis zu welchem Punkt eine erzwungene, aber im Interesse der Bevölkerung notwendige Zusammenarbeit vorlag, und ab wann der Verrat begann, wurde in der Sowjetunion nie diskutiert. Alle, die mit den deutschen Besatzungsbehörden Kontakt hatten, ob als Dorfpolizist oder zur Ausgabe von Lebensmittelkarten verpflichtet, galten als Verräter. Man müsse einigen Autoren aus dem Bereich der deutschen Wehrmacht in gewissem Maße Recht geben, die die Herstellung eines „Modus vivendi“ mit der Bevölkerung als notwendig bezeichneten, um Ruhe im besetzten Gebiet zu bewahren. Dies bedeute nicht eine Verdrängung der Tatsache grausamer deutscher Strafmaßnahmen. Mit der Stalingrader Schlacht und dem absehbaren Ende der deutschen Besatzung habe es im Leningrader Gebiet immer weniger Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegeben und Berichte über Repressalien häuften sich.

In der Diskussion befindet sich auch eine genauere Betrachtung des Partisanenkampfes. So haben Besatzungsmacht wie Partisanen die Erschießung von Dorfbewohnern vorgenommen und Häuser abgebrannt, gingen Jugendliche oft nicht freiwillig zu den Partisanen, sondern wurden zwangsrekrutiert. Völlig offen ist das Problem der Wlassow-Armee und deren teilweisen Erfolge unter der russischen Bevölkerung. Außerdem wurde bisher in der Literatur die Rolle der Kirchen, insbesondere der russisch-orthodoxen Kirche, nicht behandelt, Ein weiterer interessanter Hinweis bezog sich auf die von der deutschen Besatzungsmacht angestellten Überlegungen, im Leningrader Gebiet sechsklassige und Handwerkerschulen einzurichten, obwohl ursprünglich nur vierklassige Dorfschulen für die russische Bevölkerung vorgesehen waren.

Im letzten Teil seines Vortrags ging Gerhart HASS auf die Abrechnung Stalins mit den Führern der Verteidigung Leningrads und deren Liquidierung nach dem Krieg („Leningrader Sache“) ein. Die „Leningradsckaja Prawda“ hatte am 26. Juli 1989 in einem Artikel über einen von drei bislang geheimgehaltenen Friedhöfen mit 46.771 Grabstätten am Rande der Stadt berichtet. In 40.485 davon sind Menschen begraben, die der NKWD 1937/38 unschuldig und ohne Urteil erschossen hatte. Das Sensationelle an dem Artikel war die Information, daß sich dort auch die Gräber derjenigen befinden, die an der Spitze der Verteidigung Leningrads gestanden haben und 1950 auf Veranlassung Stalins erschossen worden sind, u. a. der Sekretär des Stadtpartei Komitees Alexej Kusnetzow und der Vorsitzende des Stadtsowjets Pjotr Popkow. Der Vorwurf: Sie hätten Leningrad den Deutschen übergeben wollen, illegal die Sprengung der Stadt und die Versenkung der Baltischen Flotte vorbereitet. Bis heute ist umstritten, warum es zu den Leningrader Prozessen mit 4.000 bis 5.000 Hinrichtungen kam. Eine Erklärung ist, Stalin sei suggeriert worden, Shdanow und Kusnetzow hätten eine russisch-nationalistische Linie entwickelt. Eine andere, das Vertrauen, das den Leningrader Führern von der Bevölkerung entgegengebracht wurde, habe bei Stalin, der Leningrad nie gemocht habe, politischen Neid geweckt.

Abschließend stellte Gerhart HASS fest, daß die Leningrader Blockade in der Geschichtsschreibung weitgehend unbearbeitet geblieben ist. So gibt es keine wissenschaftliche Publikation außerhalb Rußlands und nur wenige sowjetische Veröffentlichungen. In beiden Berliner Staatsbibliotheken finden sich außer rein militärischen Abhandlungen lediglich eine kleine Arbeit von Andreas Hillgruber („Nordlicht“, Wiesbaden 1964) und ein Buch des amerikanischen Historikers Harrison E. Salisbury („900 Tage Belagerung von Leningrad“, New York 1969, dt. 1989). In der DDR blieb die Behandlung der Blockade auf das sechsbändige Werk „Deutschland im [77:] Zweiten Weltkrieg“ (Berlin 1974-

85) beschränkt. An literarischen Werken liegen „Das Blockadebuch“ (Berlin 1984) von Ales Adamowitsch und Daniil Granin, obwohl vor dem Erscheinen etwa ein Drittel gestrichen werden mußte, und Alexander Tschakowskis dreibändiger dokumentarischer Roman „Die Blockade“ (Berlin 1974/77) vor, wobei hier das Schwergewicht auf dem Heroismus des Verteidigungskampfes liege.

In der von Werner RÖHR (Berlin) geleiteten Diskussion gab es zahlreiche Fragen und kritische Anmerkungen zur Wertung neuer Fakten, zum Problem einer differenzierteren Betrachtung des sowjetischen Partisanenkampfes und des deutschen Besatzungsregimes sowie zur notwendigen Aufarbeitung „weißer Flecken“ in der Geschichtsschreibung der DDR zum Zweiten Weltkrieg, auch hinsichtlich des Krieges gegen die Sowjetunion. Paul HEIDER (Berlin) sprach methodologische Fragen wie die nach dem Stellenwert der Kriegsziele der beteiligten Mächte, den Zielen Wlassows und deren Bewertung oder dem Charakter der deutschen Militärverwaltung an. Auf die Frage von Günther WIELAND (Berlin), wie es möglich gewesen sei, die Skelette aus den Gräbern bei Leningrad zeitlich so genau zu datieren, verwies der Referent auf die vorhandenen, exakt geführten NKWD-Listen. Kurt PÄTZOLD (Berlin) warnte davor, bei aller notwendigen Auseinandersetzung um Einzelaspekte wie den Partisanenkampf und den antifaschistischen Widerstand, die Kriegsziele des faschistischen Deutschland in Bezug auf die Sowjetunion und das Wesen des Zweiten Weltkrieges aus dem Blickfeld zu verlieren. So gäbe es Bestrebungen, diesen Krieg als Parallelkrieg zweier Diktaturen zu erklären und damit historische Ursachen und Zusammenhänge zu leugnen.

[78:]

Wolfgang Thormeyer

Der Beitrag der deutschen Justiz zur Ahndung der in den besetzten Gebieten verübten NS-Verbrechen

Am 10. Mai 1994 hatte die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zu einem Vortrag von Günther WIELAND (Berlin) zum Thema „Der Beitrag der deutschen Justiz zur Ahndung der in den besetzten Gebieten verübten NS-Verbrechen“ in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße eingeladen. Der Referent ist durch die langjährige Tätigkeit als Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR zur Ermittlung und Verfolgung von Nazi-Verbrechen sowie historischen Forschungen zum Nürnberger Prozeß und zum faschistischen Volksgerichtshof ein ausgewiesener Fachmann für dieses Gebiet. Sein Vortrag war die Kurzfassung eines Beitrags, der im Abschlußband der vom Bundesarchiv herausgegebenen Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“ erscheinen soll.

Einleitend führte G. WIELAND aus, daß unter dem Begriff Okkupationsverbrechen schwere Straftaten von Angehörigen des Besatzungsregimes auf dem Territorium bzw. an Angehörigen der besetzten Länder mit der Qualität eines Verbrechens zu verstehen seien und deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg in der Mehrzahl der Staaten als Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgeurteilt wurden. Anschließend ging er darauf ein, wie sich die Nazijustiz gegenüber Okkupationsverbrechen verhalten hat und wie die Praxis der Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland aussah.

In Hitlerdeutschland sei es zu Strafprozessen gegen Deutsche wegen derartiger Verbrechen nur dann gekommen, wenn die Grenzen dieser Kriminalität zu willkürlich und folgeschwer überschritten worden sind und dadurch der Reputation des Systems größerer Schaden drohte. Bei der Wehrmacht-rechtsabteilung des OKW wurde entsprechend dem Erlaß von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel vom 4. September 1939 eine Wehrmachtuntersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts gebildet mit der Aufgabe, „die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht festzustellen und zugleich die vom Auslande gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Vorwürfe aufzuklären.“ Eine Reihe von Strafprozessen habe es in erster Linie gegen Ausländer, vorwiegend Polen und sowjetische, keine gegen britische und amerikanische Staatsangehörige gegeben. Hinsichtlich des Verhaltens der deutschen Truppen in der Sowjetunion galt eine gänzlich andere Regelung. Ein Hitler-Erlaß vom 13. Mai 1941 über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa hob den Verfolgungszwang für Straftaten auf, die Angehörige der Wehrmacht oder des Gefolges an Landeseinwohnern verübten, und zwar auch dann, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen war. In diesen Fällen hatte der Gerichtsherr zu prüfen, ob eine disziplinarische Ahndung ausreicht.

In den ersten Nachkriegsjahren konnten in Deutschland NS-Verbrechen zunächst nur von Militärgerichten der alliierten Besatzungsmächte geahndet werden. Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 eröffnete lediglich die Möglichkeit, deutsche Gerichte zur Verfolgung von Verbrechen an Deutschen oder Staatenlosen zu ermächtigen. In der amerikanischen und sowjetischen Zone erfolgte dies von Fall zu Fall, während die Briten eine allgemeine Ermächtigung erteilten, die Franzosen eine solche nur für Straftaten an Deutschen. Dagegen unterlagen Okkupationsverbrechen ausschließlich der alliierten Justizhoheit. Das deckte sich mit der Moskauer Deklaration der Alliierten vom 30. Oktober 1943, in der festgelegt worden war, daß die Schuldigen an die Stätte ihrer Verbrechen zurückzubringen und dort von den Völkern, an denen die Verbrechen begangen wurden, zur Verantwortung zu ziehen sind.

Im zweiten Teil seines Vortrags legte G. WIELAND dar, wie sich die Justiz der beiden deutschen Nachkriegsstaaten bei der Verfolgung und Bestrafung von Okkupationsverbrechen deutscher Militär- und Zivilpersonen verhalten hat. Die ersten Verfahren vor deutschen Gerichten habe es zunächst in der sowjetischen Besatzungszone gegeben. Grundlage war der Befehl Nr. 201 der Sowjetischen

Militäradministration vom August 1947, nach dem die deutsche Justiz Nazistrafaten verfolgen durfte, soweit es sich nicht um besonders schwere Fälle handelte, die weiterhin der sowjeti-[80:]schen Militärgerichtsbarkeit unterstanden. Ende 1948 und insbesondere mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 gingen auch die westlichen Alliierten dazu über, Strafverfahren gegen Deutsche, deren Opfer alliierte Staatsbürger waren, der deutschen Justiz zu übergeben. Zu den damals bedeutendsten Verfahren seien die Prozesse in Leipzig und Frankfurt/M. zu rechnen, die sich mit den Verbrechen an jüdischen Zwangsarbeitern der HASAG-Werke befaßten. Die fast deckungsgleichen Urteile dokumentierten ebenso wie andere Strafverfahren, daß es zu jener Zeit in der SBZ und in den Westzonen eine Übereinstimmung bei der Ahndung von NS-Verbrechen nach völkerstrafrechtlichen Grundsätzen gab.

Ab 1950 sei allerdings in beiden deutschen Staaten aus unterschiedlichen politischen Motiven die Absicht erkennbar, einen Schlußstrich unter die gerichtliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu ziehen. Nachdem in der BRD mit dem Gesetz Nr. 13 des westalliierten Kontrollrats vom 1. Januar 1950 die Gerichtsbarkeit über Naziverbrechen der deutschen Justiz übertragen worden war, mit Ausnahme der an Militärangehörigen der Alliierten verübten Verbrechen, gab es 1950/51 eine Reihe von Verfahren wegen Okkupationsverbrechen, die noch nach Völkerstrafrecht auf der Basis des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 durchgeführt wurden. Am 20. Dezember 1951 entschied jedoch der Bundesgerichtshof im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Otto Hoppe, SS-Mann im KZ Buchenwald, daß Nazi- und damit auch Okkupationsverbrechen künftig nicht mehr nach Völkerstrafrecht, sondern nur noch nach dem für diese Fälle unzureichenden deutschen Strafgesetzbuch von 1871 zu ahnden sind.

In diesem Zusammenhang wies der Referent darauf hin, daß sich entsprechende Gesetze in mit der BRD verbündeten Staaten an das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof vom 8. August 1945 anlehnen, wonach solche Straftaten als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt werden. Mit dem BGH-Urteil von 1951 sei die westdeutsche Rechtsprechung faktisch aus dieser europäischen Normenlage ausgebrochen. Es habe danach zwar einige durchaus respektable Entscheidungen bundesdeutscher Gerichte gegeben, aber auch schon Urteile mit der eindeutigen Tendenz, einen Schlußstrich zu ziehen. Die Täter [81:] fanden bei Richtern viel Verständnis, während Aussagen ausländischer Zeugen außerordentlich kritisch bewertet wurden. Dies galt, wie Alfred Streim von der 1958 gegründeten Zentralstelle der Länderjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg belegt hat, insbesondere für die Fälle von Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen. So sind in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1955 wegen Straftaten an Kriegsgefangenen 600 Verfahren eingeleitet worden, davon ganze 10 wegen der Massenerschießung sowjetischer Kriegsgefangener mit einer einzigen Verurteilung.

In der DDR hat es nach Auflösung der Internierungslager Anfang 1950 wegen Nazi- und Kriegsverbrechen keine Verfahren mehr vor sowjetischen Militärgerichten, sondern nur vor deutschen Gerichten gegeben. Die DDR habe allerdings die mit den Waldheim-Prozessen verbundene Chance vertan, gegen Beschuldigte, die wirklich schwere Verbrechen begangen haben, Verfahren zu führen, die Beispiel für ganz Deutschland hätten sein können. WIELAND wies auf die zwei Seiten von Waldheim hin: So werde heute im wesentlichen nur über die dort zu Unrecht verurteilten jungen Leute gesprochen, obwohl sich auch schwerbelastete Naziverbrecher unter den Angeklagten befanden. Ein Großteil der Verurteilten sei zwar nach zwei Jahren wieder entlassen worden, was Waldheim aber nicht besser mache, weil dadurch auch Leute auf freien Fuß kamen, die für das später bekanntgewordene Ausmaß ihrer Taten wegen des in der DDR geltenden Verbots der doppelten Bestrafung nicht noch einmal vor Gericht gestellt werden konnten.

In der Folgezeit ging die Zahl der Verurteilungen wegen NS-Straftaten in West und Ost rapide zurück. Verfahren wegen Okkupationsverbrechen hat es in der DDR wieder ab 1959, in der BRD bereits 1958 u.a. mit dem Ulmer Einsatzkommandoprozeß gegeben. Anschließend kam es in der BRD zu einer Reihe bedeutender Verfahren mit zum Teil sehr fragwürdigen Entscheidungen, aber auch zu durchaus angemessenen Verurteilungen. Als ein Problem für die Prozeßführung erwies sich, daß es von Jahrzehnt zu Jahrzehnt schwieriger wurde, noch lebende, oft über die ganze Welt verstreute Opfer als

Zeugen zu finden. Andererseits wurde es mit der Zeit [82:] wesentlich leichter, urkundliches Beweismaterial aus den verschiedenen Staaten zu präsentieren.

Bei einem Vergleich zwischen Ost und West sei festzustellen, daß ab Mitte der sechziger Jahre in der BRD wesentlich mehr Personen verurteilt worden sind als in der DDR. So habe es seit 1965 in der DDR noch 72 Verurteilungen gegeben, die zum Teil eine breite Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden haben, wie die des KZ-Arztens Fischer und die des am Massaker von Oradour beteiligten Barth. Eine Reihe weiterer Prozesse wurde nur auf Bezirksebene publik gemacht, Zugleich habe es aber auch eine überflüssige Geheimniskrämerei gegeben. Vergleicht man die Urteile; so sei bei denen in der BRD der historische Einstieg im allgemeinen zutreffend und sehr ausgewogen, die Tatschilderung und rechtliche Würdigung oft unzureichend und fragwürdig. Bei den DDR-Urteilen sei es leider umgekehrt, werde das Tatgeschehen bis ins Letzte aufgeklärt, so sei der Einstieg etwa über die Okkupationspolitik dagegen oberflächlich behandelt. Abschließende resümierte der Referent: Die bundesdeutsche Justiz solle sich nicht einbilden, bei der Ahndung von Naziverbrechen der Hüter der Rechtsstaatlichkeit gewesen zu sein, andererseits solle man auch nicht so tun, als sei die DDR in antifaschistischer Rechtsprechung unübertroffen gewesen.

In der von Gerhart HASS (Berlin) geleiteten Diskussion gab es zahlreiche Fragen und Anmerkungen zu einzelnen juristischen und historischen Aspekten, zu den politischen Gründen für die Einrichtung eines Dokumentationszentrums für NS-Verbrechen bei der Staatlichen Archivverwaltung der DDR Anfang der sechziger Jahre zur Verhinderung einer damals in der BRD angestrebten Verjährung von Naziverbrechen, sowie zur Bewertung der Verfahren gegen NS-Verbrecher in beiden deutschen Staaten. Dietrich EICHHOLTZ und Klaus DROBISCH (beide Berlin) setzten sich mit der aktuellen Kampagne auseinander, in der DDR seien viele NS-Täter in hohe Positionen gelangt oder untergetaucht und sie betreffende Akten vom MfS für erpresserische Zwecke benutzt worden. Daran beteilige sich unverständlicherweise auch Alfred Streim, obwohl er vor einiger Zeit nach Durchsicht der Akten durch Mitarbeiter seiner Behörde dies verneint habe.

[83:]

Wolfgang Thormeyer

Kollaboration im Zweiten Weltkrieg – Landesverrat oder patriotische Tat?

Die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung führte am 7. Juni 1994 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin ein Werkstattgespräch mit Werner RÖHR (Berlin) zum Thema „Kollaboration mit den Achsenmächten im Zweiten Weltkrieg – Landesverrat oder patriotische Tat?“ durch. Die Veranstaltung ergänzte und vertiefte die Diskussion über den eine Woche zuvor im Club Spittelkolonnaden in der Leipziger Straße vorgestellten Band „Okkupation und Kollaboration (1938-1945)“ aus der Dokumentenreihe „Europa unterm Hakenkreuz“, der Ende Mai im Hüthig-Verlag Berlin und Heidelberg erschienen ist.

Die zu DDR-Zeiten begonnenen Edition, die ab Band 6 vom Bundesarchiv herausgegeben wird, dokumentiert in sieben Länderbänden anhand zumeist bislang unveröffentlichter Quellen die faschistische deutsche Okkupationspolitik in den europäischen Staaten. „Okkupation und Kollaboration (1938-1945)“ ist ein erster thematischer Ergänzungsband, der mit 23 Beiträgen namhafter Autoren aus 12 Ländern die Rolle der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht, Träger und soziale Basis dieser Kollaboration, Reaktionen auf sie sowie deren Wirkungen und Folgen für die meisten besetzten Länder Europas analysiert. Werner RÖHR, ein ausgewiesener Kenner des Themas, hat den Band zusammengestellt und den Einleitungsbeitrag verfaßt. In seinem das Werkstattgespräch einleitenden Vortrag stellte er einige grundsätzliche Überlegungen zur Diskussion, insbesondere zu Problemen der begrifflichen und politischen Bestimmung von Kollaboration.

Röhr benannte zwei wesentliche Voraussetzungen, um sinnvoll von Kollaboration sprechen zu können. Erstens müsse eine Okkupation im Rahmen eines Krieges oder auch ohne Krieg gegeben sein, wobei Kollaboration mit der Besatzungsmacht eine Reaktion der betroffenen Bevölkerung darstellt, und zweitens setze Kollaboration divergierende Interessen beider beteiligten Seiten voraus, die mit ihr durchgesetzt werden sollen. Die historische [84] Wirklichkeit sehe so aus, daß Kollaboration nach den Siegen der deutschen Wehrmacht nicht nur erheblich breiter und umfassender war, als der sich erst entwickelnde Widerstand, sondern daß auch keine soziale oder politische Gruppe davon auszunehmen ist. Es sei vor einer in der Literatur verbreiteten Tradition zu warnen, Kollaboration nur dort zu sehen, wo die Besatzungsmacht mit faschistischen oder faschistoiden Kräften des besetzten Landes zusammengearbeitet habe. Die französischen Autoren unterschieden zwischen Kollaboration und Kollaborationismus, wobei mit letzterem Terminus die politische und ideologische Zusammenarbeit der faschistischen und faschistoiden Kräfte mit den Okkupanten bezeichnet werde. Der polnische Historiker Czeslaw Madajczyk hingegen unterscheidet zwischen „Zusammenarbeit“, den er mit politischer Neutralität hinsichtlich der Ziele der Besatzungsmacht verbinde, und „Kollaboration“ als einer Form der Zusammenarbeit, die auf eine Unterstützung der Kriegsziele der Okkupanten hinauslaufe und Landesverrat sei.

Die für die Besatzungsmacht interessantesten Kräfte für eine Zusammenarbeit seien, so RÖHR, zunächst die vor der Niederlage des besetzten Land an der Macht befindlichen gewesen. Deshalb eine Orientierung auf die herrschenden Kräfte der Bourgeoisie, auf den Regierungs-, Militär- und vor allem den Polizeiapparat. Eine Verschiebung zugunsten der profaschistischen oder faschistischen Kräfte erhalte erst ab 1943 Gewicht. Aber es waren in den westeuropäischen Ländern nicht die einzigen. So sei in Dänemark, wo nach Auffassung des dänischen Historikers Hans Kirchhoff von einer Staatskollaboration gesprochen werden kann, die Sozialdemokratie als tragende Stütze der Regierung auch die Hauptkraft der Kollaboration gewesen und über sie waren die Gewerkschaften wesentlich mit eingebunden. Eine besondere Leistung des vorgestellten Bandes bestehe darin, daß mit dem Beitrag von Karl Heinz Roth die wenig bekannte sozialpolitische Zusammenarbeit der deutschen Arbeitsfront mit Gewerkschaftsführern der besetzten Länder erstmals herausgearbeitet worden ist. Auch die Kommunistischen Parteien mancher Länder könnten im Zusammenhang mit Kollaboration nicht völlig ausgeschlossen werden.

Ein weiteres Problem liege in der Frage, welche Bereiche von Zusammenarbeit zur Kollaboration zu rechnen sind. Nicht jeder, der während der [85:] Besatzung in Wirtschaft oder öffentlicher Verwaltung tätig war, könne als Kollaborateur bezeichnet werden. Ein wichtiges Kriterium sei, ob eine Zusammenarbeit über die notwendige Reproduktion der Gesellschaft, der Sicherung der Lebensgrundlagen hinaus auch dazu diene, die Kriegsziele der Besatzungsmacht durchzusetzen. Der Historiker Robert Frank aus Paris habe in seinem Beitrag formuliert, daß die französischen Kollaborateure, darunter auch die Vichy-Regierung, in Hitler und der deutschen Okkupation die Garanten dafür sahen, ihre eigene innenpolitische Macht aufrechtzuerhalten und auszugestalten.

Die polizeiliche Zusammenarbeit mit der Okkupationsmacht bezeichnete RÖHR als eine geradezu klassische Form der Kollaboration. Er benannte hierfür drei Beispiele und bezog sich dabei vor allem auf Frankreich. So habe dort die Polizei, wie in fast allen besetzten Ländern, die deutsche Besatzung bei der Erfassung und dem späteren Abtransport der jüdischen Menschen in die Vernichtungslager unterstützt. Es sei offenkundig, daß in keinem Land der Massenmord an den Juden gelungen wäre ohne den Anteil der einheimischen Polizei. Desweiteren habe sich in Frankreich und in anderen Ländern die Polizei zum Instrument der Okkupanten bei der Bekämpfung der eigenen Widerstandsbewegung machen lassen und damit die Schwelle zur Kollaboration im Sinne des Landesverrats eindeutig überschritten. Auch die Entsendung von Polizeiformationen in andere besetzte Länder, um etwa bei der Niederschlagung des Ghetto-Aufstandes in Warschau, an der Partisanenbekämpfung oder bei anderen Verbrechen mitzuwirken, betraf mehrere besetzte Länder.

Der wichtigste Sektor war nach Auffassung von RÖHR die wirtschaftliche Kollaboration, wobei die Bedeutung der ökonomischen Ausnutzung der Ressourcen und der Arbeitskräfte nirgends so groß gewesen sei wie in Frankreich, das den größten Anteil an der Kriegsfinanzierung und der wirtschaftlichen Sicherung der Kriegsfähigkeit der deutschen Okkupanten geleistet habe. Hinzu komme das hier besonders drastische Moment der sogenannten Kollaborations-Konkurrenz, auf deutscher Seite etwa zwischen Deutscher Bank und Dresdner Bank, um den größtmöglichen Anteil an der Beute, auf der anderen Seite die Konkurrenz zwischen den Unternehmen der besetzten westeuropäischen Länder um günstige Geschäfte mit [86:] den Okkupanten. Das habe erheblich dazu beigetragen, den Zugang des deutschen Großkapitals zu den wirtschaftlichen Ressourcen zu erleichtern und diese Länder in die unmittelbare Produktion von Rüstungsmaterial für die deutsche Kriegsführung einzubeziehen. Ein weiterer spezieller Aspekt, den Dietrich Eichholtz in dem Band herausgearbeitet habe und der ebenso wie die Arisierung jüdischen Eigentums als ein Kollaborationsangebot funktionierte, sei die angestrebte, aber nicht allzuweit gediehene Beteiligung der Kapitalisten Frankreichs, Dänemarks und der Niederlande an der Ausbeutung der eroberten Sowjetunion mit Hilfe der sogenannten Ostgesellschaften.

Im weiteren ging RÖHR auf das Verhältnis von Motiven, Wirkungen und Funktionen der Kollaboration ein und konstatierte, daß fast alle Historiker die Beweggründe der Kollaborateure herausarbeiten, nach den objektiven Bedingungen aber selten gefragt werde. In der Literatur gebe es die weitverbreitete Argumentation, durch die Zusammenarbeit sei Schlimmeres verhindert worden, während Gerhard Hirschfeld in seinem Buch über Kollaboration in Frankreich die Position vertritt, daß es erst durch sie möglich geworden war, die Okkupationsziele zu erreichen.

Für eine Kollaboration würden vielfältige Motive und Ziele angeführt, wie das der nationalen Befreiung oder nationalen Selbstbestimmung, insbesondere in Nationalitätenstaaten mit unterschiedlichen Minderheiten, etwa Jugoslawien und die Slowakei. Das betreffe auch die Ukrainer in Polen und andere Länder. Oder das für viele Länder zutreffende Motiv, vor der Okkupation nicht erreichte innenpolitische Herrschaftsziele nun mit Hilfe der Besatzungsmacht durchzusetzen, wie etwa das Umkehren von Ergebnissen der Volksfront aus den 30er Jahren in Frankreich, Auch erzwungene Kollaboration habe es gegeben und das Motiv, mit Hilfe von Kollaboration Voraussetzungen zu schaffen, die Okkupanten abzuschütteln. So wurden in Frankreich und Polen bestimmte Funktionen im Apparat der Besatzungsmacht mit Wissen und im Auftrag der Widerstandsbewegungen eingenommen, wobei nicht zu verhindern war, daß eine solche „Scheinkollaboration“ auch schädliche, manchmal vernichtende Folgen für eine Widerstandsgruppe gehabt hat. Für das Verhalten der verschiedenen Gruppen

von Kollaborateuren gäbe es in jedem Land [87:] unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe, die die Historiker zunächst vergleichend untersuchen müßten. Nach Auffassung des Referenten sollte allerdings in der Forschung künftig mehr auf die durch die Besatzungsherrschaft geschaffenen objektiven Bedingungen und damit auf die Ursachen von Kollaboration eingegangen werden. In den besetzten Ländern standen z.B. die Probleme des Wegfalls bisheriger Rohstoff- und Absatzmärkte sowie einer enormen Massenarbeitslosigkeit, so daß Unternehmer wie Arbeiter ein Interesse an Aufträgen der Okkupationsmacht hatten.

Abschließend machte RÖHR einige Ausführungen zu den Wirkungen und Funktionen von Kollaboration für die Okkupationsmacht wie für die Gesellschaften der besetzten Länder. Man müsse nüchtern feststellen, daß jegliche Formen von Kollaboration, unabhängig von den Motiven der einzelnen, die Fähigkeit der Besatzungsmacht zum Ausgleich ihr fehlender ökonomischer, polizeilicher oder anderer Kräfte und zur Kriegsführung, personell wie materiell-technisch, erst ermöglicht hat. Die Generalvollmacht zur Umwälzung der demographische Landkarte Europas, wie sie Hitler dem Reichsführer SS Himmler am 7. Oktober 1939 mit dem Erlaß über die Festigung deutschen Volkstums erteilt habe, einschließlich des Völkermords an Juden, Sinti und Roma oder der polnischen Intelligenz, war nur durch die Kollaboration großer Teile der Bevölkerung in den besetzten Ländern realisierbar. Im Hinblick auf die Gesellschaften unter der Okkupation sei nicht zu leugnen, daß Zusammenarbeit im Sinne von Madajczyk eine Bedingung für die Reproduktion der materiellen Lebensgrundlagen war, sich diese Funktion aber ins Gegenteil verkehrte, als die von der Besatzungsmacht ausgeübte vollziehende Gewalt zum Instrument der Neuordnung des Kontinents im Interesse der Okkupanten wurde. Insofern habe Kollaboration ein ambivalentes Antlitz, war nie nur patriotische Tat. Sie war in dem Moment Landesverrat, wo die Zusammenarbeit ihrem Inhalt nach dazu diene, den Krieg der Okkupationsmacht zu gewinnen und damit zugleich die Okkupationsherrschaft zu festigen.

In der von Kurt PÄTZOLD (Berlin) geleiteten Diskussion sprachen Klaus DROBISCH, Brigitte BERLEKAMP, Berthold PUCHERT, Gerhart HASS, [88:] Emil BONEV (alle Berlin), Kurt FINCKER (Potsdam). Gegenstand der Fragen, kontroversen Äußerungen und ergänzende Bemerkungen waren u.a. die Begriffsgeschichte und historische Bedeutungsveränderung von Kollaboration; die weitere Differenzierung von Kollaboration sowie die Definition und Einbeziehung der Kollaboration von unten; die Unterschiede in der Okkupationspolitik und der Kollaboration zwischen Ost- bzw. Südosteuropa und Westeuropa; die Grenze zwischen Kollaboration und Widerstand; die Rolle der Judenräte im Rahmen erzwungener Kollaboration; die vergleichbare Kategorisierung der Zusammenarbeit von Wirtschaftsunternehmen mit der Okkupationsmacht in den besetzten Ländern sowie handhabbare Kriterien, um Zusammenarbeit von Kollaboration abzugrenzen. Die Teilnehmer betrachteten das Werkstattgespräch als Anregung zum Lesen und Studieren des an historischem Material reichen Bandes.

[89:]

Informationen

Martin Moll

Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz eröffnet

Im Juni 1994 nahm das von der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft getragene Institut unter Leitung des Grazer Historikers und Universitätsprofessors Stefan Karner offiziell seine Tätigkeit auf. Die feierliche Eröffnung, der die politischen Spitzen des Landes Steiermark und der Landeshauptstadt Graz beiwohnten, unterstrich das über die engen Fachkreise hinaus große allgemeine Interesse an der Arbeit und den Ergebnissen der Forschergruppe.

Die Grazer Einrichtung ist das erste wissenschaftliche Forschungsinstitut dieser Zielrichtung. Mit ihm soll eine Lücke in der Untersuchung von Kriegsfolgen geschlossen werden, da diese bislang meist als Annex der Militärgeschichte, aber nicht zusammenhängend und interdisziplinär bearbeitet werden. Es wird abzuwarten sein, inwieweit es den Historikern, die Karners Team bilden, wirklich gelingt, fächerübergreifend ein neues Instrumentarium und damit die theoretische Grundlegung der Kriegsfolgen-Forschung als eigenständige Disziplin zu entwickeln. Eine erste Zusammenstellung möglicher Forschungsfelder, welche sich grob in politische, gesellschaftliche, ökonomische sowie individuelle, ethische und rechtliche Kriegsfolgen untergliedern lassen, macht deutlich, daß die Geschichtswissenschaft angesichts der Komplexität der Thematik mit ihren Methoden und Kenntnissen heillos überfordert wäre. Anzustreben ist daher die enge Kooperation mit Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Psychologen, Ärzten, Denkmalschützern, Soziologen u.a. nicht am Sitz des Instituts allein, sondern letztlich in allen von Kriegen und ihren Folgen betroffenen Staaten.

Naturgemäß ist ein derart gigantisches Programm in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu bewältigen. Karner und sein achtköpfiges Team haben daher zunächst einige konkrete und überschaubare Vorhaben in Angriff [90:] genommen, für deren Verwirklichung bereits auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden kann. In erster Linie zu nennen ist die in den letzten Jahren unter glücklichen Umständen in russischen Archiven gesammelte, riesige Daten- und Materialmenge über das Schicksal von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht in russischer Kriegsgefangenschaft. Das Institut verfügt über edv-erfaßtes Datenmaterial für rund 200.000 Kriegsgefangene, zusätzliche Quellen über die Lagerverwaltung und -führung sowie über zahlreiche Interviews mit Augenzeugen.

Stand in den vergangenen Jahren die Aufklärung des Schicksals Tausender Vermißter und die Auskunftserteilung an Angehörige im Vordergrund, wird es in einem zweiten Schritt darum gehen, die von den Sowjets mit pedantischer Akribie aufgezeichneten Daten unter systematischen und übergreifenden Fragestellungen auszuwerten. Als ausgesprochen fruchtbar hat sich die bisherige Zusammenarbeit mit dem Russischen Staatsarchiv in Moskau, wo das Institut eine Außenstelle mit drei Mitarbeitern unterhält, erwiesen.

Gedacht ist für die Zukunft ferner an ein Projekt zu den Überlebenschancen von Menschen in Extremsituationen, wobei das nationalsozialistische Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich, einige stalinistische Lager und die heutige Situation in Bosnien vergleichend untersucht werden sollen. Weiters auf dem Programm steht eine Studie zu der Frage, wieviele Flüchtlinge eine Gemeinde trägt. Die auch breitenwirksame Aufarbeitung und Darstellung in Form von Buchpublikationen, Fernsehserien und einer Landesausstellung 1995 sind weit vorangeschritten.

Kontaktadresse: Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, A-8010 Graz/Österreich, Schörgelgasse 43; Tel.: (Vorwahl für Österreich 0043) 0316/82 25 00-0, Fax: 82 25 00-33.

Auf Wunsch zugesandt wird eine Pressemappe mit Informationen zu den möglichen Forschungsfeldern sowie zu einigen Ergebnissen der Kriegsgefangenen-Untersuchungen.

[91:] Mit dem BULLETIN Nr. 3/94 wird das bisherige Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung als Halbjahreszeitschrift der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich sein.

Das BULLETIN knüpft thematisch an das seit 1963 vom Arbeitskreis Zweiter Weltkrieg am Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften herausgegebene „Bulletin Faschismus/Zweiter Weltkrieg“ an. Mit der Auflösung des Trägerinstituts mit Ablauf des Jahres 1991 hatte es sein Erscheinen einstellen müssen. Seither immer wieder an uns gerichtete Nachfragen aus aller Welt lassen uns hoffen, daß die Abonnenten und Leser des alten Bulletins ihr Interesse auf das BULLETIN der Gesellschaft übertragen werden.

Gleichzeitig hoffen wir, daß das BULLETIN viele neue Leser unter jenen Kollegen gewinnen wird, die sich in dieser oder jener Weise mit seinen Gegenständen beschäftigen und an Informationen, Forschungsproblemen und Diskussionen darüber interessiert sind.

Das BULLETIN wird

- * Forschungsaufsätze und Kritiken abdrucken;
- * Forschungs- und Tagungsberichte zum Gegenstand sowie die Programme für Konferenzen, Vorträge und Colloquia der Gesellschaft publizieren;
- * periodisch über die wissenschaftlichen Publikationen ihrer Mitglieder informieren;
- * Forschungsvorhaben vorstellen, über Werkstattgespräche berichten und die Publikation der Ergebnisse besprechen;
- * Miscellen, Berichte, Notizen, Briefe und Informationen veröffentlichen.

[92:] Einsendungen sind der Redaktion willkommen, ebenso Kritiken und Vorschläge.

Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.

Redaktion BULLETIN, Postfach 649, D -10128 Berlin

oder an:

EDITION ORGANON

Redaktion BULLETIN, Postfach 46, D - 10205 Berlin

[93:]

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

BULLETIN 1 – 1993

- Veranstaltungspläne der Gesellschaft 1992 und 1993
- Berichte über wissenschaftliche Veranstaltungen der Gesellschaft
- Satzung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.
- Bericht des Vorstandes an die Jahresmitgliederversammlung 1993

BULLETIN 2 – 1994

- Veranstaltungsplan 1994
- Tagungsprogramm der Konferenz „Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus“
- Werner Röhr: Herrschaft und Alltag. Ein Bericht
- Gerhart Hass: Tagung des Komitees der Bundesrepublik Deutschland für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges
- Brigitte Berlekamp: Veröffentlichungen der Mitglieder der Gesellschaft in den Jahren 1992 und 1993
- Bericht des Vorstandes an die Jahresmitgliederversammlung 1994

Einige Exemplare sind noch vorhanden. BULLETIN 1 mit der Satzung wird je nach Bedarf nachgedruckt. Sie können gegen Voreinsendung von 5 bzw. 8 DM plus Porto bestellt werden bei:

Dr. Margarete Piesche, Orionstr. 12, D – 12435 Berlin

[94:]

Vorankündigungen

Im VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPBOOT, Münster erscheint im Frühjahr 1995 der Band

HERRSCHAFT IM ALLTAG – ALLTAG DER HERRSCHAFT.

Probleme der Sozialgeschichte des deutschen Faschismus.

(Arbeitstitel)

Er wird

1. Projekte und Ergebnisse regionaler Sozialgeschichte zu fünf Regionen vorstellen,
2. Streitfragen der Sozial- und Wirkungsgeschichte des Terrors und der Propaganda der faschistischen Diktatur diskutieren und
3. Konzepte und Forschungsprobleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus erörtern.

Der Band wird Beiträge von Gerhard Paul (Flensburg), Walter Struve (New York), August Walzl (Klagenfurt), Dietrich Eichholtz (Berlin), Werner Bramke (Leipzig), Kurt Pätzold (Berlin), Sibylle Hintze (Berlin), Wolfgang Jacobeit (Fürstenberg), Werner Röhr (Berlin), Alf Lüdtkke (Göttingen), Karl Heinz Roth (Hamburg), Michael Schneider (Bonn), Horst Handke (Berlin) und weiteren Autoren enthalten.

Der Band eröffnet die

SCHRIFTEN DER BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG

[95:]

Voraussichtlich im Sommer 1995 erscheint

Deutsche Kriegswirtschaft und „Generalplan Ost“

Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1994

mit Beiträgen von Berthold Puchert, Dietrich Eichholtz, Klaus Drobisch, Kurt Pätzold, Karl Heinz Roth, Günter Wieland, Paul Heider, Gerhart Hass, Werner Röhr, Kurt Finker, Gerhard Armanski, Gerhard Botz, Martin Seckendorf und einem Archivbericht von Klaus Scheel.

(Schriften der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.)

[96:]

BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.

Geschäftsadresse: Postfach 649, D – 10128 Berlin

Konto der Gesellschaft: 58 67 58 – 101

bei der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

Vorstand der Gesellschaft:

Dr. Brigitte Berlekamp

Prof. Dr. Gerhart Hass

Prof. Dr. Dietrich Eichholtz

Prof. Dr. Werner Röhr

Die Satzung der Gesellschaft ist im BULLETIN Nr. 1 abgedruckt (lieferbar)

In folgenden Angelegenheiten bitte wir Sie, sich direkt an Mitglieder unserer Gesellschaft zu wenden:

Beiträge und Finanzen: Dr. Margarete Piesche, Orionstr. 12, 12435 Berlin

Publikationen: Dr. Brigitte Berlekamp, Florapromenade 27, 13187 Berlin

Veranstaltungsplanung: Prof. Dr. Werner Röhr, Pl. d. V. Nationen 1, 10249 Berlin

Die Gesellschaft ist anerkannt gemeinnützig. Spenden können von der Steuer abgesetzt werden. Zur Unterstützung der Tätigkeit erbitten wir Spenden auf das Konto 58 67 58 - 101 bei der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

Wir laden natürliche und juristische Personen ein, als **Förderndes Mitglied** die Vorhaben der Gesellschaft zu unterstützen.

BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG

Postfach 649, 10 128 Berlin

Informationsbrief an die Mitglieder vom 19. September 1994

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

1. Seit dem letzten Brief vom 10. März. 1994 wurden als Mitglieder aufgenommen:

Gabriele Lotfi (Essen) und Dr. **Robert Waite** (Washington)

Wir heißen die neuen Mitglieder in unserer Gesellschaft herzlich willkommen!

Am 13. September 1994 zählte die Gesellschaft 30 Mitglieder. Das nächste aktuelle Mitgliederverzeichnis wird zur Wissenschaftlichen Jahreskonferenz am 3./4. Februar 1994 erstellt und ausgegeben werden.

2. Das BULLETIN Nr. 3 wird im September herauskommen. Von dieser Nummer ab wird das BULLETIN vom Vorstand als Halbjahreszeitschrift der Öffentlichkeit zugänglich sein und im Verlag EDITION ORGANDON erscheinen. Die Redaktion des BULLETIN liegt in den Händen von Frau Dr. Brigitte Berlekamp. Der Vertrieb erfolgt über die Adressen- und Abonnement-Service Gesellschaft mbH (ASG), Körnerstr. 26, 13156 Berlin, Tel. 030/4764527. Bestellungen sind an die ASG zu richten. Das Bulletin wird auch künftig Mitteilungsorgan für die Mitglieder, Freunde und Gäste der Gesellschaft bleiben. Neben Informationen über bisherige und geplante Veranstaltungen soll es Berichte und Resonanzen über diese Veranstaltungen publizieren, periodisch die Bibliographie der Arbeiten der Mitglieder und kleinere wissenschaftliche Beiträge. Für Mitglieder ist der Bezug im Beitrag enthalten.

Wir bitten alle Mitglieder um ihre aktive Mitarbeit am BULLETIN durch eigene Beiträge (Forschungsaufsätze, Konferenz- und Archivberichte, Projektvorstellung, Buchbesprechungen, Informationen, Kritiken etc.) und durch Hinweise und Vorschläge an die Redaktion! Die Redaktion bereitet BULLETIN 4 zur Februarkonferenz 1994 vor. Des Weiteren bitten wir alle Mitglieder noch einmal, der Redaktion Personen, Institute, Archive, Bibliotheken etc. in aller Welt vorzuschlagen, die ggfs. an einem Abonnement des BULLETINS interessiert sein könnten.

3. Auch wenn die noch für den Herbst 1994 vorgesehenen Veranstaltungen im BULLETIN 3 ausgedruckt werden, so sei doch an dieser Stelle noch einmal auf sie verwiesen:

- **4. Oktober 1994**, 15 Uhr, Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Streitgespräch mit Prof. Dr. Gerhard Armanski (Frankfurt/Main) über: Das Konzentrationslager im NS-Terrorssystem
- **8. November 1994**, 15 Uhr, Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Vortrag von Prof. Dr. Gerhard Botz (Salzburg) über:
Die Struktur der NSDAP-Mitgliedschaft in Österreich
- **6. Dezember 1994**, 15 Uhr, Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Werkstattgespräch mit Dr. Martin Seckendorf (Berlin) über:

Griechenland in den Neuordnungsvorstellungen der deutschen Okkupanten

Im Januar 1995 wird wegen der Vorbereitungen zur Februarkonferenz 1995 keine Veranstaltung stattfinden. Die nächsten Termine 1995 sind: 3./4. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai und 13. Juni.

4. Die wissenschaftliche Jahreskonferenz der Gesellschaft 1995 zum Thema

KAPITULATION UND BEFREIUNG. DAS ENDE DES II. WELTKRIEGES IN EUROPA

wird am 3 und 4. Februar 1995 im Plenarsaal der Berlin- Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, Jägerstr. 22-23 stattfinden. Sie wird Plenarveranstaltungen zu zwei Schwerpunkten durchführen:

1. Der Übergang vom Krieg zum Nachkrieg: Das Kriegsende aus konkret sozialgeschichtlicher Sicht

2. Resultate des Krieges: Irreversible und reversible Konsequenzen der Niederlage Deutschlands

Bisher haben folgende Kollegen als Referenten zugesagt: Prof. Hieronym Szczegola (Zielona Góra), Dr. sc Fritz Petrick (Greifswald), Prof. August Walz! (Klagenfurt), Dr. Martin Moll (Graz), Dr. Klaus Scheel (Berlin), PD Dr. Wolfram Wette (Freiburg), Prof. Gerhart Hass (Berlin), Dr. Dr. Karl Heinz Roth (Hamburg), Prof. Nazarewicz (Warschau), Prof. Werner Röhr (Berlin)

Folgende Kollegen wurden um Vorträge gebeten, haben ihre endgültige Zusage aber wegen Schwierigkeiten mit der zeitlichen Abstimmung noch nicht gegeben: Dr. Hans Umbreit Freiburg), Prof. Gerhard Botz (Salzburg), Dr. Brunello Mantelli (Turin), Prof. Ernst Hanisch (Salzburg). Mit weiteren Kollegen ist das Vorbereitungskomitee noch im Gespräch.

Am Rande der Tagung wird am 3. Februar um 18 Uhr die laut Satzung vorgesehene Jahresmitgliederversammlung der Gesellschaft 1995 stattfinden, zu der der Vorstand schon jetzt alle Mitglieder einladen möchte.

Nachdem bisher zunächst einmal alle vorgesehenen Referenten eingeladen wurden, werden alle Mitglieder und alle einzuladenden Teilnehmer in den nächsten Wochen Einladung und vorläufige Tagesordnung der Konferenz zugesandt erhalten.

Wir bitten in diesem Zusammenhang alle Mitglieder, Vorschläge für noch einzuladende Kollegen schnellstmöglich an den Vorsitzenden des Vorbereitungskomitees zu richten: Prof. Dr. Gerhart Hass, Postfach 649, D – 10128 Berlin. Selbstverständlich kann auch jedes Mitglied seine Einladung kopieren und an interessierte Teilnehmer weitergeben. Die Anmeldungen sind bitte ebenfalls an Prof. Hass zu richten.

5. Der Vorstand empfiehlt, die Möglichkeit der Gewinnung fördernder Mitglieder der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung zu prüfen und bittet noch einmal alle Mitglieder um Vorschläge, wer eine solche Mitgliedschaft angetragen werden sollte. Fördernde Mitglieder sind von den statuarischen Pflichten der Mitglieder entlastet. Der Vorstand hielt einen Beitrag in Höhe von 200 DM für Personen und von 500 DM für Institutionen (Verlage, Gesellschaften etc.) jährlich für angemessen. Sie sind von der Steuer absetzbar. Fördernde Mitglieder erhielten Einladungen zu den Veranstaltungen sowie das BULLETIN. Wir bitten um Vorschläge für fördernde Mitgliedschaft (alle Länder) an Frau Dr. Piesche.

6. Für die Veranstaltungsplanung 1995 werden alle Mitglieder gebeten, Vorschläge für eigene Vorträge, Werkstattgespräche oder Buchpräsentationen oder für zu gewinnende Referenten möglichst bis Dezember 1994 an Werner Röhr zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen